

Reaktionen der EG und der NATO auf die Transformationsprozesse in Mittel-und Osteuropa am Beispiel der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik: Das Europa-Abkommen und die Partnerschaft für den Frieden

Kotsch, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kotsch, B. (1995). *Reaktionen der EG und der NATO auf die Transformationsprozesse in Mittel-und Osteuropa am Beispiel der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik: Das Europa-Abkommen und die Partnerschaft für den Frieden*. (Mitteilungen / Osteuropa-Institut München, Historische Abteilung, 5). München: Osteuropa-Institut München. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70359-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more Information see: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Mitteilungen

Nr. 5

Juli 1995

Reaktionen der EG und der NATO auf die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa am Beispiel der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik.

Das Europa-Abkommen und die Partnerschaft für den
Frieden

BERNHARD KOTSCH

Scheinerstraße 11, D-81679 München, Tel. (089) 983821 / 987341 / 989914
Fax (089) 9810110, E-Mail u9511aj@sunmail.lrz-muenchen.de

Inhalt

I. Einleitung	5
II. Die Transformationsprozesse in der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik seit 1989	8
1. Der Aufbau eines demokratischen Staatswesens	9
2. Wirtschaftliche Aspekte der Transformation	15
3. Die außenpolitische Neuorientierung	22
III. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik	25
1. Europapolitische Vorstellungen in Prag	25
2. Die Antworten der EG auf die Transformationsprozesse	29
2.1. Die Fortsetzung der alten Osteuropapolitik	30
2.2. Neue Initiativen auf multilateraler Ebene	34
3. Das Europa-Abkommen	38
3.1. Der Entwicklungsprozeß innerhalb der EG	38
3.2. Die Verhandlungen	41
3.3. Inhalt und Kritik des Europa-Abkommens	44
3.4. Nachbesserungen	56
4. Anspruch und Wirklichkeit	64
IV. Die Beziehungen zwischen der NATO und der Tschechoslowakei/ Tschechischen Republik	67
1. Sicherheitspolitische Vorstellungen in Prag	67
2. Die Antworten der NATO auf die Transformationsprozesse	76
2.1. Von London nach Rom	77
2.2. Von Rom nach Brüssel	82
3. Die Partnerschaft für den Frieden	88
3.1. Inhalt und Kritik des Abkommens	88
3.2. Die Reaktionen in Prag	92
4. Exkurs: Die WEU und Mittel- und Osteuropa	95
5. NATO und WEU: auf dem richtigen Weg?	101

V. Schlußbetrachtungen	103
1. EG und NATO im Vergleich	103
2. Europa — Quo vadis?	105
Abkürzungen	115
Dokumenten- und Literaturverzeichnis	117

I. Einleitung

Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa besitzen seit 1989 einen hohen Stellenwert bei der Frage nach der künftigen politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des europäischen Kontinents. Dabei setzten die verschiedenen Reformbewegungen in den einzelnen Ländern eine Entwicklung in Gang, deren letzte Konsequenzen den unmittelbar Beteiligten, aber auch den Außenstehenden häufig verborgen blieb. So herrschte anfangs in Ost und West Freude und Begeisterung über den meist friedlichen Zusammenbruch der kommunistischen Regime und über das damit im Zusammenhang stehende Ende des Kalten Krieges. Doch die auftauchenden Probleme der Transformation in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verdrängten rasch die frühen Hoffnungen auf einen schnellen Wandel. Die notwendigen wirtschaftlichen sowie innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten der Systemtransformation standen zunächst im Vordergrund der allgemeinen Diskussion. Zusehends rückten auch die ökologischen Schäden und das Fehlen einer *civic culture*¹ in das Bewußtsein vieler Beobachter. Schließlich mußte in die Liste der Probleme auch die Hinwendung zum Nationalismus eingereiht werden, der mit der Renaissance nationaler und ethnischer Konflikte eine Rückkehr zu einer längst vergangen geglaubten Geschichte betreibt.² Zeit erweist sich darüber hinaus als ein zentraler Faktor in den Bemühungen, den Anschluß an ein besseres Leben zu finden. Doch die Schaffung effektiver und glaubwürdiger Strukturen ist ein langfristiger und auch langwieriger Prozeß.³ Und die Gefahren, die aus einem Scheitern der Reformen drohen, sind vielfältig: Gewalt, Bürgerkriege, Rückfälle in autoritäre Regime, Verarmung, Massenemigration.⁴ „Es wird uns auf die Dauer im Westen nicht gutgehen, wenn es den Menschen im Osten auf Dauer schlechtgeht“⁵, so äußerte sich Hans-Dietrich Genscher zu den Ereignissen jenseits des ehemaligen Todesstreifens. In der Tat ist das Schicksal der beiden Teile des Kontinents nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wieder ein gemeinsames. Mehr als fünf Jahre sind seit der Öffnung der ungarischen Grenzen für Ausreisewillige im September 1989 mittlerweile vergangen. Wie hat der Westen in diesem Zeitraum auf die Entwicklungen im ehemaligen Ostblock reagiert, mit welchen Strategien und Lösungen Hilfestellung geleistet? Dieser Frage soll

1 Vgl. Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa: Herausforderungen — Probleme — Strategien, Gütersloh 1992, S. 26–29.

2 Vgl. Ferdowski, Mir A., Probleme und Perspektiven der Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa, in: Europa-Archiv (EA) 9/1993, S. 250.

3 Vgl. Wolff-Poweska, Anna, Die Zukunft Osteuropas: Herausforderungen, Probleme, Strategien, in: EA 19/1991, S. 570.

4 Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa, S. 44–51.

5 Zitiert in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 23. September 1991 („Die EG muß sich nach Osteuropa öffnen“).

in der vorliegenden Arbeit nachgegangen werden. Dabei stehen die Europäische Gemeinschaft⁶ (EG) als die wichtigste Institution für die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Europa sowie der Nordatlantik-Pakt (North Atlantic Treaty Organisation = NATO) als die zentrale westliche sicherheitspolitische Organisation im Mittelpunkt der Untersuchung. Als wesentlich erweisen sich hierbei vor allem das Europa-Abkommen der EG sowie das NATO-Angebot einer Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace = PfP). Der Prozeß der Entscheidungsfindung, der Inhalt dieser Abkommen und deren kritische Betrachtung sollen einen Überblick über den Stand der Dinge geben, wie er sich im Herbst 1994 dem aufmerksamen Zuschauer zeigt⁷. Dabei handelt es sich weniger um einen direkten Vergleich zwischen den beiden Organisationen, der sich aufgrund der unterschiedlichen Strukturen und Zielsetzungen auch als kaum durchführbar erweist. Gegenübergestellt werden sollen vielmehr die Gegebenheiten sowie die Hoffnungen und Erwartungen in den Reformländern und die entsprechenden Antworten aus dem Westen. Erst aus diesem Vergleich wird man am Schluß die Reaktionen der EG und der NATO in ein gegenseitiges Verhältnis setzen und Pläne für die Zukunft aufstellen können. Worin aber unterscheiden sich EG und NATO? Im EG-Vertrag⁸ werden die heute grundlegenden Aufgaben der Gemeinschaft definiert und im Art.2 folgendermaßen umschrieben:

„Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 3a genannten gemeinsamen Politiken oder Maßnahmen eine harmonische und ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, ein beständiges, nicht-inflationäres und umweltverträgliches Wachstum, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern.“

Mit dem Maastricht-Vertrag vom 7. Februar 1992 will man diese fast ausschließlich ökonomisch orientierte Ausrichtung der Gemeinschaft überwinden und die EG zu einem „umfassend geeinten, vollintegrierten, dauerhaften und handlungsfähigen Verband ihrer Mitglieder“⁹, zu einer *Europäischen Union* ausgestalten. Dafür sollen neben dem EG-

6 Die EG beruht auf der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Seit dem 1. November 1993 ist sie in *Europäische Union* (EU) umbenannt. Um das Lesen aber zu erleichtern, wird in der Arbeit einheitlich die Bezeichnung *Europäische Gemeinschaft* (EG) verwendet.

7 Die umfangreiche Literatur zu diesem Thema wurde bis Mitte November 1994, Zeitungsartikel bis Mitte Dezember 1994 berücksichtigt.

8 Der EG-Vertrag vom 7. Februar 1992 basiert auf dem EWG-Vertrag von 1957; alle Verweise auf die großen Vertragswerke EG, NATO und WEU werden ohne Bezeichnung ihrer Quellen angegeben.

9 Europäische Gemeinschaft — Europäische Union: Die Vertragstexte von Maastricht, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bonn 1992, S. 9.

Vertrag eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik als weitere Grundlagen dienen. Die NATO sieht es demgegenüber zwar auch als Ziel an, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zu fördern, ihr Hauptaugenmerk liegt aber auf dem Aufbau und der effizienten Gestaltung einer militärischen Verteidigungsorganisation.¹⁰ Unterschiede zeigen sich auch in den jeweiligen Strukturen. So wird die EG als supranationale Organisation bezeichnet, die eine dichtere Integration als herkömmliche internationale Organisationen aufweist.¹¹ Charakteristisch dafür sind größere hoheitliche Befugnisse, die sich vor allem in der Möglichkeit ausdrücken, eine eigene Rechtsetzungskompetenz auch gegenüber den einzelnen Mitgliedsstaaten ausüben zu können, ohne dabei aber schon über eine volle staatliche Souveränität zu verfügen. Doch „die supranationale Entscheidungsebene tritt damit in Konkurrenz zur einzelstaatlichen und drängt sie mit dem Fortgang der Integration zurück“¹². In der NATO sind solch hohe Integrationsstufen nicht vorgesehen, obwohl auch hier nationale Souveränitätsrechte für bestimmte Bereiche und in bestimmten Fällen übertragen werden können. Die Bedeutung der wichtigsten Institutionen auf Seiten der EG mit dem Europäischen Rat, dem Ministerrat, der Kommission, dem Europäischen Parlament sowie dem Europäischen Gerichtshof¹³ und bei der NATO mit dem Nordatlantikrat, dem ständigen NATO-Rat, dem Generalsekretariat und dem Militärausschuß muß in diesen Zusammenhang eingeordnet werden. Mit der Öffnung der Grenzen verlor der Ostblock hingegen seine früher so charakteristische Geschlossenheit. Er entpuppte sich als eine aus vielen kleinen Elementen zusammengesetzte Einheit, die nun wieder in die verschiedensten Richtungen auseinanderfiel. Für den Westen bedeutete diese Zersplitterung eine Multiplikation der Probleme, wodurch auch die Attraktivität und die Begeisterung für die dortigen Ereignisse sehr schnell nachließ.¹⁴ Für die ehemaligen sowjetischen Satelliten hingegen wurde der Wunsch nach einer differenzierten Behandlung geradezu zu einer außenpolitischen Maxime nach der jahrzehntelang verordneten Geschlossenheit. In diesem Zusammenhang ist es nicht mehr angebracht, lediglich von einem West- und Osteuropa zu sprechen. Genauso wie im ehemaligen Westen zum Beispiel ein Nord- und ein Südeuropa mit den jeweiligen spezifischen Problemen auftritt und Beachtung verlangt, so gliedert sich heute der ehemalige Ostblock vereinfacht in ein Mittel- und Osteuropa und umfaßt in seiner Gesamtheit auch den Balkan und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Diese Aufgliederung in Mittel- und Osteuropa ist auch deshalb sinnvoll und notwendig, weil

10 Vgl. Präambel, Art.2, Art.3 und Art.5 des Nordatlantikvertrages.

11 Vgl. Kimminich, Otto, Einführung in das Völkerrecht, München 1990, S. 196 – 197.

12 Brückner, Michael u.a., Der Europa-Plötz: Basiswissen über das Europa von heute, Freiburg/Würzburg 1993, S. 83.

13 Der Wirtschafts- und Sozialausschuß als Interessenvertretung besitzt nur beratende Funktion.

14 Wolff-Powęska, Anna, Die Zukunft Osteuropas, S. 568.

die Entwicklungen in den einzelnen Regionen unterschiedlich ablaufen und EG und NATO in ihren Reaktionen darauf Rücksicht nehmen. Da in dieser Arbeit nicht alles aufgenommen und verarbeitet werden kann, ist es angebracht, exemplarisch eine Region und hierbei wiederum ein einzelnes Land zu untersuchen. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Tschechoslowakei¹⁵ und seit dem 1. Januar 1993 um die Tschechische Republik (ČR), die neben Polen, Ungarn und der Slowakei zu den mitteleuropäischen Reformländern gezählt wird. Das Land erweist sich dabei aufgrund der geographischen Nähe zu Bayern als willkommener Untersuchungsgegenstand. Aber auch die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Nachbarn zeigt einige Besonderheiten, die eine genauere Betrachtung lohnenswert erscheinen lassen. Um sich die Lage zum Zeitpunkt der Aushandlung der beiden Abkommen dort vorstellen, aber auch um die Entscheidungen der EG und der NATO danach beurteilen zu können, soll am Anfang ein kurzer Überblick über die Transformationsprozesse gegeben werden, die von Prag aus gesteuert werden.

II. Die Transformationsprozesse in der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik seit 1989

„Our aim is to become a state comparable to other Western European countries (...)“¹⁶

Analysen und Berichte über den Stand der Entwicklungen aus dem Jahre 1994 beschreiben in verstärktem Maße die Tschechische Republik als eine Insel relativer politischer Stabilität und als einen Vorreiter in Mittel- und Osteuropa bei der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen.¹⁷ Fast genau fünf Jahre nach der *samtenen* Revolution in Prag, die sich, ausgelöst durch Studentendemonstrationen im November 1989, in die Reihe der mittel- und osteuropäischen politischen Umwälzungen einreihet¹⁸, stellt diese

15 Vor 1990 trug die Tschechoslowakei die offizielle Staatsbezeichnung *Tschechische und Slowakische Sozialistische Republik* (ČSSR), danach, bis zur Trennung der beiden Landesteile, den Namen *Tschechische und Slowakische Föderative Republik* (ČSFR). Bei zeitlichen Überschneidungen, die die verschiedenen Staatsbezeichnungen betreffen, wird auf die jeweils einzelnen Gültigkeitsbereiche hingewiesen.

16 Der tschechische Außenminister Josef Zieleniec, zitiert in: The New York Times vom 7. Januar 1994, Advertisement *The Czech Republic* („Interview with Czech Foreign Minister Mr. Josef Zieleniec“).

17 Vgl. Pehe, Jiří, *The Czech Republic: A successful transition*, in: Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL) Research Report 1/1994, S. 70; vgl. Wintermann, Jürgen H., *Tschechien – Land der Aktionäre*, in: Die Welt vom 8. Februar 1994; vgl. Kohler, Berthold, *Insel der Glückseligen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 25. Mai 1994.

18 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, *Die ČSFR (1989–1991) und die Entstehung der Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei*, in: Jacobeit, Cord/ Yenal, Alparslan (Hrsg.), *Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven*, Opladen 1993, S. 211; vgl. Kosta, Jiří, *Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei und den beiden Nachfolgestaaten*, in: Pradetto, August

Behauptung keine Selbstverständlichkeit dar. Zwar wurde der ehemaligen ČSSR schon im früheren Ostblock eine starke ökonomische Rolle zugeschrieben, die sich vor allem in einer geringen Auslandsverschuldung äußerte, doch war der Handel in erster Linie an den Standards des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ausgerichtet. Daneben führte die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei der ČSSR zu einer unterdrückten und gespaltenen Gesellschaft, die, so Pavel Smutný, in den achtziger Jahren durch Konformismus, Leistungsschwäche und moralischen Verfall gekennzeichnet war.¹⁹ Václav Havel, seit dem 29. Dezember 1989 erster frei gewählter tschechoslowakischer Staatspräsident, faßt den Zustand seines Landes in seiner Neujahrsansprache zum 1. Januar 1990 wie folgt zusammen:

„Unser Land blüht nicht. Das große schöpferische und geistige Potential unserer Völker wird nicht sinnvoll genutzt. Ganze Industriezweige erzeugen Waren, für die kein Interesse vorhanden ist, während das, was wir benötigen, nicht zu haben ist. Der Staat, der sich Staat der Arbeiter nennt, erniedrigt und beutet die Arbeiter aus (...) und heute haben wir die schlechtesten Umweltbedingungen in ganz Europa (...) Das schlimmste ist, daß wir in einer moralisch verdorbenen Umwelt leben.“²⁰

Insgesamt geht es somit bei den Transformationsprozessen um einen umfassenden politischen und ökonomischen Neuaufbau in den Staaten Mittel- und Osteuropas, dessen Grundrichtung die Schaffung von parlamentarisch-demokratischen Mehrparteiensystemen ebenso beinhaltet wie die Einführung einer sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft.²¹ Als dritte große politische Kurskorrektur muß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auch die außenpolitische Neuorientierung hinzugenommen werden.²²

1. Der Aufbau eines demokratischen Staatswesens

Transformationsprozesse, wie man sie heute in Mittel- und Osteuropa vorfindet, bestehen aus einer Vielzahl eng miteinander verwobener Veränderungen, die den politischen, ökonomischen, sozialen, aber auch kulturellen Bereich eines Systems und

(Hrsg.), Die Rekonstruktion Ostmitteleuropas: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Opladen 1994, S. 158.

19 Smutný, Pavel, Die Tschechoslowakei — eine Rückkehr zu sich selbst, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ) B6/1992, S. 25.

20 Zitiert in: EA 7/1990, S. D171.

21 Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“ der EG mit der ČSFR, mit Polen und Ungarn, in: Gegenwartskunde 1/1992, S. 18.

22 Dauderstädt, Michael, EG und Osteuropa: im Leuchtturm geht das Feuer aus, Reihe Eurokolleg 23/1993, S. 3; vgl. Pradetto, August, Europa nach der Revolution: Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: APUZ B6/1992, S. 3.

seiner Gesellschaft umfassen. Die Demokratisierung derselben erweist sich dabei als ein überaus langwieriger Prozeß, der mit der bloßen Etablierung von Institutionen nicht als abgeschlossen gelten kann, überkommene Mentalitäten lassen sich eben nur schwer überwinden.²³ Glaubt man der These von Karpíšek und Reiman, daß seit 1968 die Bevölkerung weitgehend entpolitisiert wurde und Widerstand lediglich in intellektuellen Gruppen, hier vor allem in der Charta 77, und einigen bürgerlichen Kreisen wachgehalten wurde²⁴, dann erscheinen die Studentendemonstrationen mit ihrem Höhepunkt im November 1989 als ein Ausdruck wiedergewonnenen Verantwortungsbewußtseins²⁵. Politischer Hauptträger der Revolution ist eine Bürgerbewegung, die sich aus dem tschechischen *Bürgerforum* und der slowakischen *Öffentlichkeit gegen Gewalt* zusammensetzt und in der differenzierte Interessen durch zwei Grundanliegen geeint werden: die unfähige Staats- und Gesellschaftsführung zu beseitigen und demokratische Gesellschaftsstrukturen aufzubauen.²⁶ Erster konkreter Erfolg ist dabei die am 29. November 1989 erzwungene Streichung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei aus der Verfassung.²⁷

Runde-Tisch-Gespräche mit den Kommunisten führen am 10. Dezember 1989 zunächst zu einer Regierung der *Nationalen Verständigung*, die aus Kommunisten mit Marian Čalfa als Regierungschef, aber auch aus Oppositionellen wie Václav Klaus oder Jiří Dienstbier besteht. Als wichtigste innenpolitische Aufgabe wollen die Reformer freie Wahlen für den Juni 1990 vorbereiten und durchführen.²⁸ Insgesamt 96,79% der Wähler nehmen daran teil und vergeben ihre Stimmen an 23 Parteien, die eine 5%-Klausel zu überspringen haben. Gewählt werden insgesamt 300 Abgeordnete für das tschechoslowakische Parlament, das je zur Hälfte aus der Nationalitätenkammer und der Volkskammer²⁹ besteht und dessen Legislaturperiode von Anfang an auf zwei Jahre begrenzt bleibt.³⁰ Als klare Sieger gehen das *Bürgerforum* sowie die *Öffentlichkeit gegen Gewalt* mit zusammen 170 Sitzen hervor, ein Ergebnis, das als demonstrative Unterstützung der politischen Wende

23 Meyer, Gerd, Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, in: APUZ B10/1993, S. 3.

24 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, Die ČSFR, S. 212.

25 Smutný, Pavel, Die Tschechoslowakei, S.25.

26 Oschlies, Wolf, „Wir haben uns friedlich und demokratisch getrennt...“: Start und Entwicklungsprobleme der parlamentarischen Demokratie in der (Ex)Tschechoslowakei, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) (Hrsg.), Aufbruch im Osten Europas: Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 131.

27 Bohata, Petr, Ein Jahr danach — Eine Zwischenbilanz der tschechoslowakischen Rechtsreform, in: Recht in Ost und West 8/1991, S. 234.

28 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, Die ČSFR, S. 214; vgl. Batt, Judy, East Central Europe from reform to transition, London 1991, S. 95.

29 Daneben existieren auch eigene tschechische und slowakische Nationalräte, die die Politik in den einzelnen Teilrepubliken mitbestimmen.

30 Smutný, Pavel, Die Tschechoslowakei, S. 28.

interpretiert wird und seine Grundlagen in der Glaubwürdigkeit der neuen Gruppierungen sowie in der Popularität ihrer gemeinsamen Gallionsfigur Václav Havel findet.³¹ Überraschend stark zeigen sich auch die Kommunisten als zweitstärkste Partei mit 47 Sitzen³², gefolgt von einer Koalition christlicher Parteien mit insgesamt 40 Sitzen. Die Staatsgeschäfte leitet eine Koalitionsregierung, weiterhin aber unter Marian Čalfa, der jetzt die *Öffentlichkeit gegen Gewalt* repräsentiert. Mit der allmählichen Normalisierung der Verhältnisse im Lande zerbrechen auch die Gemeinsamkeiten der Bürgerbewegung. Das tschechische *Bürgerforum* spaltet sich zu Beginn des Jahres 1991 in die rechtskonservative *Bürgerlich-Demokratische Partei* (ODS) unter Václav Klaus, die eher sozialdemokratisch orientierte *Bürgerliche Bewegung* (OH) mit Jiří Dienstbier an der Spitze und die *Bürgerlich-Demokratische Allianz* (ODA).³³ An einer Regierungskrise in der slowakischen Teilrepublik im April 1991 zerbricht zudem die *Öffentlichkeit gegen Gewalt*, deren Mehrheit die *Bewegung für eine Demokratische Slowakei* (HZDS) unter Vladimír Mečiar bildet.³⁴ Insgesamt ist festzustellen, daß die Parteien zunehmend ein eigenes Profil entwickeln und sich dem westlichen Rechts-Links-Schema annähern.³⁵ Jiří Pehe teilt die rund 22 Groß-, Klein- und Kleinstparteien im Januar 1992 in fünf große Gruppen ein: die Rechtskonservativen (z.B. ODS), die Sozialdemokraten (z.B. OH), linke und kommunistische Parteien, Parteien mit nationaler, ethnischer oder religiöser Ausrichtung sowie stark extremistische Parteien.³⁶ Diese Aufsplitterung führt aber nicht zu unregierbaren Verhältnissen, auch nicht in der Tschechischen Republik. Im Gegenteil, die Popularität der großen politischen Kräfte, vor allem der heutigen Koalitionsregierung in der ČR aus ODS, ODA, der *Christlich-Demokratischen Partei* (KDS) und der *Christlich Demokratischen Union* (KDU) bleibe, so Pehe, unverändert stabil.³⁷ Entscheidend für die Zukunft der ČSFR werden die zweiten Parlamentswahlen vom Juni 1992 mit einer um 10% niedrigeren Wahlbeteiligung. Sowohl die HZDS als auch eine

31 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, Die ČSFR, S. 218; Batt, Judy, After Czechoslovakia's velvet poll, in: The World Today 8/9/1990, S. 141.

32 Vgl. Batt, Judy, After Czechoslovakia's velvet poll, S. 142: „The 1.5m Communist voters represent, in fact, the bedrock of the old apparat (...) the petty bureaucrats, security policemen and assorted other local tyrants who are now truly redundant and indeed unemployable.“

33 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, Die ČSFR, S. 220; Pehe, Jiří, Czechoslovakia's changing political spectrum, in: RFE/RL Research Report 5/1992, S. 2.

34 Pehe, Jiří, Czechoslovakia's changing political spectrum, S. 2.

35 Ebenda, S. 3; Candole, James de, Czechoslovakia: The end of an illusion, London 1993, S. 17.

36 Pehe, Jiří, Czechoslovakia's changing political spectrum, S. 3–7.

37 Ders., The Czech Republic, S. 71; Der Autor betont an gleicher Stelle vor allem das große Vertrauen, das Václav Klaus sowie Václav Havel in der Bevölkerung genießen würden, während gleichzeitig das Parlament in der Beliebtheitskala abrutsche. Diese Aussage deckt sich zum Teil mit einer Darstellung von Berthold Kohler, wonach sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung zufrieden mit der Regierung zeigten. Die ODS erreiche dabei einen konstanten Anteil von ca. 30%; vgl. Kohler, Berthold, Insel der Glückseligen; vgl. Wintermann, Jürgen H., Tschechien – Land der Aktionäre.

Koalition aus ODS und der KDS werden jeweils die stärksten politischen Kräfte in ihren Landesteilen.³⁸ Für das tschechoslowakische Parlament ergeben sich damit folgende Sitzverteilungen, wieder aufgeteilt in tschechische und slowakische Republik:

Verteilung der Abgeordneten in der Tschechischen Republik

Partei	Nationalitätenkammer		Volkskammer	
	%	Mandate	%	Mandate
ODS-KDS	33,43	37	33,9	48
LB	14,48	15	14,27	19
ČSSD	6,8	6	7,67	10
SPR-RSČ	6,37	6	6,48	8
KDU-ČSL	6,08	6	5,98	7
LSU	6,06	5	5,84	7

Verteilung der Abgeordneten in der Slowakischen Republik

Partei	%	Mandate	%	Mandate
HZDS	33,85	33	33,53	24
SDL	14,04	13	14,44	10
SNS	9,35	9	9,39	6
KDH	8,81	8	8,96	6
M-E-M	7,39	7	7,37	5
SDSS	6,09	5		

aus: Brokl, Lubomír, Mansfeldová, Zdeňka, Die letzten Wahlen der ČSFR 1992 und die Lage danach, in: Berichte des BIOst 2, 1993, S. 9–10.

Schon seit längerem schwelt zwischen den Teilrepubliken ein Streit über die Kompetenzverteilung zwischen den föderalen und nationalen Organen, der vor allem von der slowakischen Seite forciert wird. Erstes Anzeichen ist eine langwierige Diskussion über den neuen Staatsnamen, die bereits im Frühjahr 1990 geführt wird und schließlich im April desselben Jahres mit der Formel *Tschechische und Slowakische Föderative Republik* (ČSFR) ein vorläufiges Ende findet.³⁹ Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse im föderalen Parlament nach den Neuwahlen im Juni 1992 erfordern direkte Verhandlungen zwischen den politischen Leitfiguren der einzelnen Teilrepubliken, Vladimír Mečiar und Václav Klaus. Ihr erstes Treffen am 9. Juni 1992 verdeutlicht die unterschiedlichen Positionen.

38 Pehe, Jiří, Czechoslovakia: Toward dissolution, in: RFE/RL Research Report 1/1993, S. 84–85.

39 Smutný, Pavel, Die Tschechoslowakei, S. 27.

Während Mečiar die Zukunft in einer Konföderation mit der Tschechischen Republik sieht und somit auf die Eigenständigkeit der Slowakei drängt⁴⁰, zieht Klaus entweder den Fortbestand der Föderation oder eine vollständige Trennung vor.⁴¹ Auf einem Folgetreffen am 19./20. Juni 1992 in Bratislava wird aufgrund dieser unvereinbaren Haltungen und trotz meist gegenläufiger Stimmung in der Bevölkerung⁴² die Trennung zum 1. Januar 1993 beschlossen.⁴³ Ein Netz von Verträgen, unter denen als wichtigster die Schaffung einer Zollunion angesehen wird, soll die zukünftigen Beziehungen sowie die Abwicklung der Trennung regeln.⁴⁴ Bereits nach den ersten Wahlen im Juni 1990 gilt als eine der Hauptaufgaben der neuen Gesetzgebungsorgane, eine Verfassung für den Staat auszuarbeiten. Am 16. Dezember 1992 wird für die Tschechische Republik nach langer und hitziger Diskussion eine, so Pavel Mates, ausgewogene Verfassung verabschiedet, die eine parlamentarische Demokratie festschreibt und am 1. Januar 1993 in Kraft tritt.⁴⁵ Die Tschechische Republik versteht sich danach als souveräner und demokratischer Rechtsstaat, der die Rechte und Freiheiten seiner Bürger respektiert. Er basiert u.a. auf Volkssouveränität, Gewaltentrennung, Parteienpluralismus und kommunaler Selbstverwaltung und erkennt die allgemeinen Menschenrechte an. Ein Zwei-Kammern-Parlament, bestehend aus 200 Abgeordneten und 81 Senatoren, bildet das gesetzgebende Organ. Für verfassungsändernde Gesetze ist eine Drei-Fünftel-Mehrheit erforderlich.⁴⁶ Der Präsident ist ohne größere Machtbefugnisse der oberste Repräsentant des Staates.⁴⁷ Die Regierung selbst bildet nach der Verfassung die Exekutive und ist lediglich den Abgeordneten

40 Vgl. Batt, Judy, *Czech-Slovakia in transition from federation to separation*, London 1993, S. 24: Das slowakische Nationalbewußtsein ist gestärkt durch die westliche Anerkennung der Baltischen Staaten. Die Tendenz zur Trennung muß aber auch als Folge der veränderten politischen Lage auf dem Kontinent, insbesondere durch das Ende der Sowjetdominanz, gesehen werden.

41 Vgl. Pehe, Jiří, *Czechoslovakia*, S. 86: Der wirtschaftlich schwächeren Slowakei wird vorgeworfen, zwar einerseits die Unabhängigkeit, andererseits aber mit einer Konföderation eine tschechische und damit auch finanzielle Rückendeckung zu suchen.

42 Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, *Die ČSFR*, S. 228; vgl. Pehe, Jiří, *Czechoslovakia*, S. 88: Der Autor merkt aber an, daß auch ein mögliches Referendum das Hauptproblem nicht beseitigt hätte, nämlich den Aufstieg nationalistisch-orientierter Parteien in der Slowakei.

43 Pehe, Jiří, *Czechoslovakia*, S. 86: Das entsprechende Gesetz für die Auflösung der ČSFR wird nach langer Diskussion am 25. November 1992 im Parlament verabschiedet; vgl. Batt, Judy, *Czech-Slovakia in transition*, S. 25: Die Autorin glaubt im Gegensatz zu den Ereignissen in Jugoslawien und Teilen der Sowjetunion an eine friedliche Aufteilung der ČSFR, da sie weder das Ergebnis gewaltsamer Eroberung darstelle, noch tiefe Gegensätze zwischen beiden Hauptbevölkerungsgruppen oder Grenzstreitigkeiten existierten.

44 Pehe, Jiří, *Czechoslovakia*, S. 87.

45 Mates, Pavel, *The Czech constitution*, in: RFE/RL Research Report 10/1993, S. 53: umstrittene Themen waren u.a. die Einrichtung eines Senats und die Wahl des Präsidenten; vgl. dazu u.a. Pehe, Jiří, *Czech senate election stirs controversy*, in: RFE/RL Research Report 14/1994, S. 7–12.

46 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Die Tschechische Republik — Erfolgreichstes Reformland in Mitteleuropa*, Prag 12/1993, S. 4.

47 Ebenda, S. 4: Vaclav Havel bekleidet das Amt des Staatsoberhauptes der Tschechischen Republik seit dem 26. Januar 1993.

verantwortlich. Der Ministerpräsident bestimmt die Mitglieder seiner Regierung, ein Mißtrauensvotum mit einfacher Mehrheit ist möglich. Die Unabhängigkeit der Gerichte in den einzelnen Verwaltungsebenen wird gewährleistet. Entsprechend dem deutschen Modell soll ein Verfassungsgericht einberufen werden. Unbestimmt bleibt zunächst nur die territoriale Aufgliederung des Landes. Zwar wird die tschechische Republik in kommunale und größere Verwaltungseinheiten, also Regionen und Länder, aufgeteilt, doch bleibt hier eine genaue Regelung aus. Hintergrund dieses Provisoriums ist der Streit, ob Mähren und Schlesien als Länder zu gelten haben und damit das Recht auf eigene Volksvertretungen besitzen, worin Prag den Hord neuer sezessionistischer Bestrebungen zu erkennen glaubt.⁴⁸ Insgesamt lassen die einzelnen Bestimmungen der Verfassung aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie in vielen Punkten westeuropäischen Vorbildern nachempfunden ist.⁴⁹ Der Übergang vom kommunistischen System zur Demokratie⁵⁰ ist mit einer Reihe von Problemen und Gefahren behaftet, unter denen wohl der Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu den schwierigsten zählt.⁵¹ Aber auch die Suche nach neuen Werten, paradoxe Erwartungen an den Staat, soziale Krisen und ein Rückzug von der Politik, um nur einige weitere Aspekte anzusprechen, bestimmen heute weitgehend den politischen Alltag in Mittel- und Osteuropa.⁵² Es ist sicherlich Ralf Dahrendorf Recht zu geben, wenn er in diesem Zusammenhang von einem *unvermeidbaren Tal der Tränen* spricht.⁵³ Die entscheidende Frage ist aber, welche Variante der Demokratie zunächst eine stabile Regierung schaffen kann, die sowohl die für Transformationen notwendige Stärke aufweist, als auch flexibel genug ist, Stimmungen und Strömungen in der Bevölkerung durch legale Mittel zu kanalisieren.⁵⁴ Die Tschechische Republik scheint darauf, zumindest vorläufig, eine befriedigende Antwort gefunden zu haben.⁵⁵

48 Mates, Pavel, *The Czech constitution*, S. 57.

49 Ebenda, S. 57.

50 vgl. Garton Ash, Timothy, *Eastern Europe: Après le déluge. Nous*, in: *The New York Review of Books* 37/1990, S. 54: „Transition to democracy or transition from communism?“

51 Meyer, Gerd, *Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas*, S. 4; vgl. bei Karpfšek, Zdeněk/Reiman, Michal, *Die ČSFR*, S. 221, die Diskussion um das *Lustrationsgesetz* im tschechoslowakischen Parlament, das die bürgerlichen Rechte früherer Funktionäre beschneiden soll.

52 Meyer, Gerd, *Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas*, S. 4–12; vgl. Ferdowsi, Mir A., *Probleme und Perspektiven*, S. 252–254: Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von einer Krisenpentarchie: Legitimations-, Partizipations-, Penetrations-, Identitäts- und Distributionskrisen.

53 In: Garton Ash, Timothy, *Eastern Europe*, S. 54.

54 Ebenda, S. 54; vgl. Nötzold, Jürgen, *New tasks of the European Community with regard to Eastern Europe*, in: Clesse, Armand/Vernon, Raymond (Hrsg.), *The European Community after 1992: A new role in world politics?*, Baden-Baden 1991, S. 233–234.

55 Vgl. Garton Ash, Timothy, *Eastern Europe*, S. 55–56: Als Schlüsselement zur Erreichung des notwendigen Konsens nennt der Autor die Formierung einer starken, frei gewählten Koalitionsregierung; vgl. Altmann, Franz-Lothar, *Reformpolitik in der Tschechoslowakei*, in: *Politische Studien* 311/1990, S. 359: Es gibt kaum Zweifel, daß die Tschechoslowakei unter allen RGW-Ländern die „besten Aussichten für eine erfolgreiche Systemveränderung mit nachfolgender wirtschaftlicher

2. Wirtschaftliche Aspekte der Transformation

Die wirtschaftliche Situation der ČSSR gegen Ende der 80er Jahre war Ausdruck einer allgemeinen Stagnation. John Williamson führt dies auf den inneren Zustand der ČSSR zurück und bezeichnet sie als das am weitesten zentralisierte und sozialisierte Land des Ostblocks.⁵⁶ Zwar spielte man schon seit längerem mit dem Gedanken an Reformen, doch war die Lage noch immer gekennzeichnet durch das Fehlen eines privaten Sektors, durch eine zentrale Wirtschaftslenkung, durch die faktische Isolation vom Weltmarkt infolge der Hauptorientierung des Handels auf die RGW-Staaten und damit verbunden durch eine wachsende technische Rückständigkeit der Industrie sowie durch eine steigende Anfälligkeit gegenüber Störungen im Wirtschaftsablauf.⁵⁷ Es waren politische Faktoren und keine Marktkräfte, die das gesamte Wirtschaftsgefüge geprägt hatten.⁵⁸ Trotz allem war der wirtschaftliche Entwicklungsstand der ČSSR von Anfang an höher als in den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Ländern⁵⁹, und es gab keine direkten akuten Notsituationen, besonders im Hinblick auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs.⁶⁰ Der Anfang der wirtschaftlichen Umgestaltung erweist sich zunächst als sehr zögerlich.⁶¹ Zu Beginn des Jahres 1990 bestimmt eine Diskussion über Ausmaß und Tempo der Reformen (timing and sequencing) das Geschehen. Im Zentrum stehen der Vizeministerpräsident Valtr Komarek sowie Finanzminister Václav Klaus. Während Komarek sich eindeutig für einen allmählichen und damit langsameren Übergang ausspricht, beharrt der letztendlich siegreiche Klaus auf seiner geplanten Schocktherapie mit der sofortigen Einführung der Marktwirtschaft.⁶² Am 1. September 1990 wird dann dem Parlament unter der Bezeichnung *Szenario der Wirtschaftsreform* zum ersten Mal ein umfassendes Programm vorgestellt, das eine Politik der kleinen Schritte entschieden

Erholung besitzt“.

56 Williamson, John, *The economic opening of Eastern Europe*, Washington 1991, S. 66; vgl. Dyba, Karel/Svejnar, Jan, *Czechoslovakia: Recent economic developments and prospects*, in: *The American Economic Review* 2/1991, S. 186.

57 Vgl. Dyba, Karel/Svejnar, Jan, *Czechoslovakia*, S. 186; vgl. Landesmann, Michael u.a., *Industrial restructuring and the reorientation of trade in ČSFR, Polen and Hungary*, Centre for Economic Policy Research Discussion Paper No.546, London 1991, S. 32; vgl. Myant, Martin, *Transforming socialist economies: The case of Poland and Czechoslovakia*, Aldershot 1993, S. 155 – 167; vgl. Keich, Roland, *Ungarn, ČSFR und Polen auf dem Weg zur Marktwirtschaft und zur EG*, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Sozioökonomische Texte, Diskussionsbeiträge Nr.26, Hamburg 1991, S. 14.

58 Barisitz, Stephan, *Osteuropa und die europäische ökonomische Integration – politökonomische Analyse und historischer Abriß*, in: *Österreichische Osthefte* 1/1994, S. 54.

59 Meyer, Arthur, *Ohne Adjektive, aber mit Wachstum*, in: *Prager Zeitung (PZ)* vom 3. März 1994.

60 Myant, Martin, *Transforming socialist economies*, S. 155 – 156; Altmann, Franz-Lothar, *Reformpolitik*, S. 350.

61 Myant, Martin, *Transforming socialist economies*, S. 168.

62 Ebenda, S. 170 – 171.

ablehnt.⁶³ Die zentralen Elemente beinhalten an oberster Stelle eine weitgehende Liberalisierung der Preise, die schrittweise Einführung der Konvertibilität der Krone, die Liberalisierung des Außenhandels sowie eine umfassende Privatisierungsaktion. Alle Maßnahmen sollen dabei im Rahmen einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik durchgeführt werden. Doch führen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den föderalen und nationalen Organen sowie ungelöste Eigentumsfragen und Wiedergutmachungsansprüche zunächst zu Zeitverzögerungen.⁶⁴ In der Zwischenzeit leitet man daher die legislativen und institutionellen Voraussetzungen für den Reformbeginn ein und lehnt bereits jetzt die getroffenen Maßnahmen weitmöglichst an EG-Regelungen an.⁶⁵ Die Schocktherapie beginnt am 1. Januar 1991 mit der Liberalisierung der Preise⁶⁶ und der Einführung einer Inländer-Konvertibilität. Rund 95% der Preise werden im Laufe des Jahres freigegeben.⁶⁷ Drei Schlüsselemente sollen die dabei auftretende Inflation eindämmen: die Kontrolle der Löhne⁶⁸, eine restriktive Geldpolitik sowie ein Einfrieren von Höchstgrenzen für ungefähr 15% der Preise.⁶⁹ Der Erfolg gibt dieser Strategie recht: Während im ersten Reformjahr eine Inflationsrate von rund 56% zu Buche steht, fällt sie 1992 auf nur mehr 12%, nimmt aber 1993 mit 20% für die ČR wieder leicht zu.⁷⁰ Vergleiche mit Polen (1991: 70,3%, 1992: 43%, 1993: 35,3%) und Ungarn (1991: 35%, 1992: 23%, 1993: 22,5%)⁷¹ bestätigen die im Verhältnis dazu dennoch positiven Zahlen für die ČSFR/ČR. Für 1994 wird dort mit rund 11% Inflation gerechnet (Polen: 30%, Ungarn: 23%).⁷² Die Konvertibilität der Währung steht demgegenüber in einem engen Zusammenhang mit der Reintegration der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft und geht

63 Beyreuther, Ursula/Klett, Bernd, Tschechoslowakei, in: Deutsche Bank/Volkswirtschaftliche Abteilung (Hrsg.), Osteuropa im Aufbruch, Frankfurt am Main 1991, S. 46; vgl. Werner, Horst, Ordnungspolitik im Reformprozeß Osteuropas, in: APUZ B7-8/1992, S. 39–40: Am Anfang der Transformationsprozesse sollte eine Währungsordnung stehen, die Geldwertstabilität gewährleistet, gefolgt von einer außenwirtschaftlichen Liberalisierung; zu den Kritikpunkten des Programms siehe Myant, Martin, Transforming socialist economies, S. 180–183.

64 Tikal, Svatopluk, Czechoslovak economic reform and West European integration, in: Clesse, Armand/Tökes, Rudolf (Hrsg.), Preventing a new East-West-divide: The economic and social imperatives for the future Europe, Baden-Baden 1992, S. 83.

65 Beyreuther, Ursula/Klett, Bernd, Tschechoslowakei, S. 46.

66 Altmann, Franz-Lothar, Reformpolitik, S. 352: Das binnenwirtschaftliche Preissystem war durch über Jahrzehnte festgeschriebene Verzerrungen in den relativen Strukturen gekennzeichnet.

67 Ausnahmen betreffen hier vor allem die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln.

68 Vgl. Hunya, Gabor u.a., Leichte Erholung folgt schwerer Rezession, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 5/1994, S. 295: So erreicht der reale Lohnzuwachs erst 1992 mit 10,4% erstmals ein positives Wachstum und erhöht sich 1993 erneut um 5,6% gegenüber dem Vorjahr; vgl. FAZ vom 3. Februar 1994 („Kaum neue Gewerkschaften für die Privatwirtschaft in Osteuropa“).

69 Myant, Martin, Transforming socialist economies, S. 190–191.

70 Svitek, Ivan, An assessment: Czechoslovak economic reform in 1991, in: RFE/RL Research Report 21/1992, S. 45; Pehe, Jiří, The Czech Republic, S. 73.

71 Hunya, Gabor u.a., Leichte Erholung, S. 290.

72 Ebenda, S. 290.

damit auch einher mit einer Neuordnung der Handelsbeziehungen. Ende Dezember 1990 wird ein einheitlicher Wechselkurs der Krone eingeführt, der sich an einem Korb mit fünf führenden Währungen, darunter vor allem die Deutsche Mark sowie der US-Dollar, orientieren soll.⁷³ Zu Beginn des folgenden Jahres folgt eine begrenzte Inländerkonvertibilität, die es inländischen Unternehmen erlaubt, Importe von Waren und Dienstleistungen mit Devisen zu bezahlen, sie gleichzeitig aber auch verpflichtet, Deviseneinnahmen sofort in Kronen umzutauschen.⁷⁴ Bereits zum 1. Januar 1990 wird ein zweistufiges Bankensystem eingeführt, das die frühere Tschechoslowakische Staatsbank in eine Zentralbank und mehrere Geschäftsbanken aufspaltet. Im April 1990 beseitigt ein neues Außenwirtschaftsgesetz das Außenhandelsmonopol. Von bestimmten Ausnahmen abgesehen (z.B. Waffen, Drogen, Stahl) wird damit nun jedes Unternehmen in die Lage versetzt, in eigener Verantwortung Geschäfte mit dem Ausland zu tätigen.⁷⁵ 1991 verbucht allein die tschechische Wirtschaft einen drastischen Rückgang des Exports um über 12%, der aber bereits 1992 mit einem Anstieg von 10,8% aufgefangen wird. 1993 steigt der Export bei einem Gesamtvolumen von insgesamt 10,212 Milliarden US-Dollar erneut um 16% gegenüber dem Vorjahr. Die Handelsbilanz schließt für 1993 mit einem Überschuß von 218 Millionen US-Dollar ab, wobei hier schon der Handel mit der Slowakei addiert ist.⁷⁶ Der Anteil der westlichen Industrieländer am tschechischen Außenhandel nimmt dabei drastisch zu. Bereits 1991 wird ein Wachstum der Exporte in diesen Wirtschaftsraum von 10,6% gegenüber 1990 verzeichnet, der sich 1992 nochmals um 35,6% und 1993 um 20,4% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr erhöht.⁷⁷ Die Europäische Gemeinschaft ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland, auf die 1990 rund 50% der EG-Ex- und Importe des Nachbarlandes fallen, entwickeln sich dabei relativ schnell zum Handelspartner Nummer Eins für Prag.⁷⁸ So haben etwa die Exporte der gesamten ČSFR in die EG 1992 um 36,3% zugenommen und einen Umfang von 5,5 Milliarden ECU (European Currency Unit) erreicht. Die Einfuhren aus der EG sind 1992 um 64,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen und liegen für den gleichen Zeitraum bei

73 Becker, Werner, Währungen und Konvertibilität, in: Deutsche Bank/Volkswirtschaftliche Abteilung (Hrsg), Osteuropa im Aufbruch, Frankfurt am Main 1991, S. 67; vgl. Altmann, Franz-Lothar, Reformpolitik, S. 353: „Die Einführung eines für alle Beteiligten gleichen Wechselkurses stellte somit einen wichtigen Schritt zur Herstellung einer Berechnungsbasis für den tatsächlichen Vorteil oder Verlust von Außenhandelsbeziehungen dar.“

74 Becker, Werner, Währungen, S. 68.

75 Kosta, Jiří, Die tschechoslowakische Außenwirtschaft unter alten und neuen ordnungspolitischen Bedingungen, Berichte des BIOst 18/1992, S. 23.

76 Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung, S. 295 – 296.

77 Ebenda, S. 296.

78 Brendel, Gerhard, Zu den Wirtschaftsbeziehungen der EG mit Polen, Ungarn und der ČSFR, in: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)-Berichte 11/12/1991, S. 15.

6,3 Milliarden ECU.⁷⁹ Für das erste Halbjahr 1993 belaufen sich die Ausfuhren allein der Tschechischen Republik in die EG auf 2,3 Milliarden ECU. Die Importe ergeben 2,8 Milliarden ECU.⁸⁰

Die territoriale Gliederung der Ex- und Importe der Tschechischen Republik
(in Millionen US-Dollar):

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Total exports	9922	11071	11088	10770	9052	7985	8895	6064
Exports to the Slovak Republic	-	-	-	-	-	-	-	1280
Exports without the SR	9922	11071	11088	10770	9052	7985	8895	4784
*Developed market economies	3128	3532	3791	3989	3950	4402	6003	3317
** EC	2256	2561	2776	2830	2842	3456	4694	2638
** EFTA	712	779	782	916	872	721	944	487
** Other developed market economies	160	192	233	243	236	225	365	192
*Developing countries	988	868	892	960	994	687	882	489
*European economies in transition without former USSR +)	1910	2208	2060	2060	1434	1385	1084	412
*Former USSR	3579	4045	3815	3308	2269	1394	795	355
*Countries with state trading system	317	415	530	452	302	116	110	211
*Without specification	0	3	0	1	103	1	21	0

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Total imports	10693	11844	11185	10776	9815	7145	10272	5925
Imports from the Slovak Republic	-	-	-	-	-	-	-	1069
Imports without the SR	10693	11844	11185	10776	9815	7145	10272	4856
*Developed market economies	3352	3986	4154	4023	4641	4137	7146	3470
** EC	2414	2920	2920	2852	3131	2861	4862	2457
** EFTA	693	790	890	849	1196	952	1422	687
** Other developed market economies	245	276	344	322	314	324	862	326
*Developing countries	647	656	668	819	759	589	589	283
*European economies in transition without former USSR +)	1810	2042	2016	1991	1553	685	615	293
*Former USSR	4542	4832	3951	3539	2389	1649	1856	771
*Countries with state trading system	323	328	396	404	375	84	64	33
*Without specification	19	0	0	0	98	1	2	6

1992 = preliminary data

1993 = preliminary data for January - June

+ / Bulgaria, Albania, countries of former Yugoslavia, Hungary, Poland, Rumania

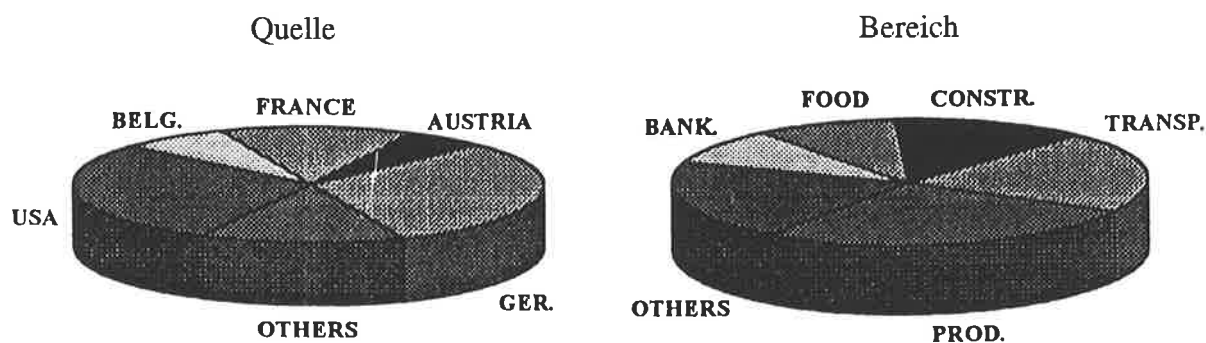
aus: Czech Foreign Trade in Statistics. Ministry of Industry and Trade (Hrsg.), o.O. 1993 (Faltblatt).

79 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften (hiernach: EG-Bulletin) 9/1993, S. 21 – 22.

80 Der Handel der Europäischen Union mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, Eurostat Schnellberichte – Außenhandel und Zahlungsbilanz 7/1994, S. 2 – 3.

Man kann aus diesen Zahlen insgesamt folgern, daß es der ČSFR/ČR nach dem Zusammenbruch des RGW-Handels gelungen ist, den Ex- und Import neu auf Westeuropa und die westlichen Industriestaaten auszurichten. Die Auslandsschulden der Tschechischen Republik belaufen sich Ende 1993 auf rund 8,7 Milliarden US-Dollar und stellen weiterhin einen niedrigen Level für Mittel- und Osteuropa dar (Polen: 46,8 Milliarden US-Dollar, Ungarn: 24,5 Milliarden US-Dollar).⁸¹ Neben der Westorientierung des Handels bildet der Zufluß von Auslandskapital und damit auch von Know how ein wesentliches Element für das Gelingen der Transformationsprozesse. Neben Finanzhilfen verschiedener Institutionen, wie etwa des Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank, erweisen sich Investitionen ausländischer Unternehmer als weitere Hauptquellen.⁸² So existieren 1993 rund 12.300 Joint ventures mit teilweiser oder vollständiger ausländischer Beteiligung⁸³, wobei sich der Zufluß von ausländischen Direktinvestitionen im Jahre 1993 auf 561 Millionen US-Dollar verlangsamt hat⁸⁴. Insgesamt beläuft sich zu diesem Zeitpunkt die Gesamtsumme des seit 1990 allein in der Tschechischen Republik investierten Kapitals auf knapp 2,3 Milliarden US-Dollar (Polen: 0,979 Milliarden US-Dollar, Ungarn: 5,752 Milliarden US-Dollar).⁸⁵

Der Zufluß ausländischen Kapitals in die Tschechische Republik (1990 – September 1993)



aus: CzechInvest Information Series, Czech Agency for Foreign Investment (Hrsg.).
Prag 11/1993, No.2.

81 Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung, S. 291; vgl. Kosta, Jiří, Die tschechoslowakische Außenwirtschaft, S. 34: Der Autor attestiert der ČSFR aufgrund einer aktiven Zahlungsbilanz, einem zufriedenstellenden Stand der Devisenreserven und einem stabilen Wechselkurs Anzeichen eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes.

82 Kosta, Jiří, Die tschechoslowakische Außenwirtschaft, S. 25–29.

83 Pehe, Jiří. The Czech Republic, S. 73; vgl. Altmann, Franz-Lothar, Reformpolitik, S. 357: Seit 1. Januar 1989 ist eine ausländische Mehrheitsbeteiligung gestattet.

84 Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung, S. 296.

85 Ebenda, S. 291.

Einen äußerst wichtigen Punkt innerhalb der Reformen stellen auch die geplanten Privatisierungsprogramme dar. Gerade in der früheren ČSSR war nach der kommunistischen Machtübernahme die Vergesellschaftung von Privateigentum großflächig durchgeführt worden und lief parallel zu einer extremen Konzentration und damit verbundenen Monopolisierung der Unternehmen.⁸⁶ Ein Aspekt der Reformen besteht nun in der Rückgabe kleinerer Geschäfte und Unternehmen an frühere Besitzer. Nach längerer Diskussion billigt das Parlament am 21. Februar 1991 einen Regierungsvorschlag, der nach dem Februar 1948 verstaatlichtes Eigentum an die Privatpersonen zurückgibt bzw. entschädigt.⁸⁷ Im Vordergrund aber steht die *kleine* Privatisierung, die rund 70.000 kleinere Geschäfte umfaßt und in erster Linie über öffentliche Auktionen abgewickelt wird.⁸⁸ Wesentlich umfangreicher und komplizierter gestaltet sich die *große* Privatisierungsrunde, die ungefähr 4.800 große Staatsunternehmen betrifft und bei der verschiedene Methoden angewendet werden. Neben den weiterhin üblichen öffentlichen Auktionen, Ausschreibungen oder Übertragungen steht die sogenannte Coupon-Methode im Zentrum der Aktion und auch Diskussion.⁸⁹ Jeder Staatsbürger über 18 Jahren kann bis zu 1000 Investmentpunkte in einem Coupon-Buch für einen minimalen Betrag von rund 1000 Kronen kaufen und sie größtenteils über private Investment-Fonds in Firmenanteile umwandeln.⁹⁰ Bei einer ersten, in beiden Landesteilen Anfang 1993 erfolgreich abgeschlossenen Runde werden knapp 93% der Aktien von 1491 Betrieben mit einem Buchwert von rund 10 Milliarden US-Dollar verkauft. 8,5 Millionen Bürger (80% der Berechtigten) beteiligen sich daran und wickeln ihre Geschäfte zu 72% über Investment-Fonds ab. Dabei werden 291 Unternehmen vor allem aus dem Dienstleistungsbereich

86 Altmann, Franz-Lothar, Das Problem der Privatisierung im Transformationsprozeß der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, in: BIOst (Hrsg.), Aufbruch im Osten Europas: Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 237.

87 Kosta, Jiří, Die Transformation, S. 166: Davon betroffen sind ca. 70.000 ehemalige Selbständige.

88 Havel, Jiří/Kukla, Eugen, Privatization and investment funds in Czechoslovakia, in: RFE/RL Research Report 17/1992, S. 37; vgl. Kosta, Jiří, Die Transformation, S. 167: Bis Ende 1992 wurden 31.800 Betriebe privatisiert, davon 22.500 in der Tschechischen Republik.

89 Vgl. Fischer, Bryan J., Large Privatization in Poland, Hungary, and Czechoslovakia, in: RFE/RL Research Report 44/1992, S. 38: „(...) the voucher method has obvious advantages: it can be implemented very quickly, without expensive Western consultants, and it enjoys (...) popularity as an experiment in ‘people’s’ capitalism. However, voucher privatization as practiced in Czechoslovakia seems to have raised many questions (...)“; vgl. Bomsdorf, Falk u.a., Die Risiken des Umbruchs in Osteuropa und die Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft, Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik Band 74, Bonn 1993, S. 22: „(...) während das tschechoslowakische Konzept der Ausgabe von Anteilsscheinen wenig praktikabel erscheint, da es Betrugereien und undurchsichtigen Geschäften Vorschub leistet und dabei keineswegs klar ist, ob das zur industriellen Modernisierung erforderliche Kapital und Managementpotential wirklich beschafft werden kann“.

90 Havel, Jiří/Kukla, Eugen, Privatization, S. 37 – 38.

völlig privatisiert, bei den restlichen 1200 bleiben nur geringe Aktienanteile übrig.⁹¹ Eine zweite Privatisierungswelle mit 770 Betrieben allein in der Tschechischen Republik wird im Herbst 1993 gestartet. Insgesamt sind hier gegen Ende 1993 gut 60% aller großen Firmen reprivatisiert.⁹² Für 1994 wird mit guten Wachstumsaussichten gerechnet. Zwar dürfte die Arbeitslosenquote von knapp 4% auf 7% steigen, doch

„ein ausgeglichenes Budget, eine ausgesprochen niedrige Teuerung, geringe oder fast keine Auslandsschulden, eine stabile Währung, und eine Arbeitslosenrate, die deutlich unter dem Durchschnitt der Europäischen Union liegt, sind Werte, um die die Tschechische Republik von anderen Ländern beneidet wird.“⁹³

So rechnet das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche zum Beispiel nach 1991 (-14,2%), 1992 (-6,6%) und 1993 (-0,3%) für 1994 erstmalig wieder mit einem positiven Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2% für die Tschechische Republik und erneut mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt.⁹⁴ Auch die Zahlen der Produktion in der Industrie, der Bau- und Landwirtschaft weisen auf ein Abflauen der negativen Wachstumsraten hin.⁹⁵ Darüber hinaus haben die sich seit 1992 verbessernde materielle Lage der Bevölkerung und der Aufbau eines wirksamen sozialen Netzes, das neben beschäftigungs- und sozialpolitischen Vorkehrungen auch Arbeitslosen- und Sozialhilfe bietet, wesentlich geholfen, den sozialen Frieden im Lande trotz der Umstellung zu bewahren und zur Stabilität auch des politischen Systems beizutragen.⁹⁶ Ob angesichts dieser Daten die Reform des Wirtschaftssystems schon als abgeschlossen gelten kann⁹⁷, bleibt allerdings fraglich. Insgesamt ist jedoch der verbreiteten Auffassung zuzustimmen, die aufgrund der jetzt vorherrschenden ökonomischen Bedingungen eine reelle Chance auf Erfolg sieht.⁹⁸

91 Altmann, Franz-Lothar, Das Problem der Privatisierung, S. 239.

92 Pehe, Jiří, The Czech Republic, S. 72.

93 Meyer, Arthur, Ohne Adjektive, aber mit Wachstum; vgl. FAZ vom 10. März 1994 („Tschechische Republik mit mehr Erwerbslosen“).

94 Meyer, Arthur, Ohne Adjektive, aber mit Wachstum; vgl. FAZ vom 8. April 1994 („Aufschwung in osteuropäischen Reformstaaten“); vgl. Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung, S. 288: Polen: 1991 - 7,6%, 1992 +1,5%, 1993 +4%, 1994 +4%; Ungarn: 1991 -11,9%, 1992 -4,5%, 1993 -2%, 1994 +1%.

95 Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung, S. 296.

96 Kosta, Jiří, Die Transformation, S. 165, 175.

97 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Tschechische Republik, S. 3.

98 Vgl. Pehe, Jiří, The Czech Republic, S. 75; vgl. Williamson, John, The economic opening, S. 70; vgl. FAZ vom 6. Dezember 1994 („Aufschwung in Osteuropas Reformstaaten“).

3. Die außenpolitische Neuorientierung

40 Jahre sowjetische Dominanz belasteten die Entwicklung einer eigenständigen Außenpolitik der ČSFR/ČR nach dem Wandel 1989 erheblich. Es gibt aus dieser Zeit kaum fachkundiges und eigenständig handelndes Personal, und selbst die einzelnen Dissidenten-Kreise hatten sich in erster Linie mit innenpolitischen Reformen auseinandergesetzt.⁹⁹ So ist es kaum verwunderlich, daß bereits jetzt von Magarditsch Hatschikjan drei, zum Teil parallel laufende, Denkrichtungen für die außenpolitische Neuorientierung der ČSFR/ČR identifiziert werden.¹⁰⁰ Die erste beschreibt einen eurorevolutionären Ansatz, der für den Kontinent ein umfassendes, gesamteuropäisches Konzept vorsieht und in der bisherigen Blockstruktur des Kalten Krieges ein entscheidendes Hindernis für dessen Verwirklichung erkennt. In diesen Rahmen, der seit 1991 zusehends an Bedeutung verliert, fallen die Auflösungen des Warschauer Paktes sowie des RGW, an denen auch die ČSFR in einer nicht unbedeutenden Rolle mitwirkte.¹⁰¹ Es folgt ein zweiter, eher auf die nationalen Rechte der einzelnen Staaten konzentrierter Ansatz, der ein gewisses Mißtrauen gegenüber einer supranationalen Integration hegt und eine Alternative in einer verstärkt regionalen Zusammenarbeit sieht. Die erste Einrichtung dieser Art entwickelt sich 1989 aus der bereits 1978 gegründeten regionalen *Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria* zur sogenannten *Vierer-Initiative* (Donau-Adria Gruppe) zwischen den Staaten Österreich, Italien, Jugoslawien und Ungarn.¹⁰² Im Mai 1990 wird die um die ČSFR erweiterte Kooperation in *Pentagonale*, im Juli 1991 durch die Aufnahme Polens in *Hexagonale* umbenannt.¹⁰³ Es folgen ein Jahr später die Beitritte Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas, im Juli 1993 sogar der Mazedoniens in die mittlerweile als *Zentraleuropäische Initiative* bezeichnete Einrichtung.¹⁰⁴ Zahlreiche Arbeitsgruppen existieren, die sich in erster Linie mit Infrastruktur-, Energie- und Umweltproblemen beschäftigen, doch, so Franz-Lothar Altmann, „hat sie bis heute nicht allzuviel tatsächlichen Inhalt gezeigt“¹⁰⁵. Ähnlich verhält es sich auch mit der bekannteren *Visegrád-Gruppe*. Es ist zunächst das persönlich Verhältnis

99 Zielonka, Jan, Security in Central Europe, Adolphi Paper 272/1992, S. 32.

100 Hatschikjan, Magarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen in Ostmitteleuropa, in: Außenpolitik 1/1994, S. 52–53.

101 Brach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“, Baden-Baden 1992, S. 40–50.

102 Altmann, Franz-Lothar, Chancen und Perspektiven der regionalen Kooperation in Ostmitteleuropa, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa: Strategien und Optionen für Europa, Gütersloh 1993, S. 422.

103 Reisch, Alfred A., The Central European Initiative: To be or not to be?, in: RFE/RL Research Report 34/1993, S. 30.

104 Altmann, Franz-Lothar, Chancen und Perspektiven, S. 422.

105 Ebenda, S. 423.

zwischen den früheren Oppositionellen in Polen, Ungarn und vor allem der ČSSR, dann aber auch die Gemeinsamkeiten der Probleme und Ziele, die ein erstes Treffen am 9. April 1990 in Preßburg zwischen den drei Staatspräsidenten Havel, Jaruzelski und Szűrös zusammen mit ihren Ministerpräsidenten und Außenministern ermöglichen. Die Themenbereiche betreffen eine Reorganisation ihrer Beziehungen nach Osteuropa, die engere Anbindung an den Westen und vor allem sicherheitspolitische Garantien.¹⁰⁶ Nach einigen Anfangsschwierigkeiten, vor allem im letzten Themenbereich¹⁰⁷, einigt man sich auf einem Treffen in Visegrád¹⁰⁸ im Februar 1991 unter anderem auf folgende Kernelemente, die im Oktober 1991 in Krakau im wesentlichen bekräftigt werden¹⁰⁹:

- 1) völlige Integration in die europäische Ordnung in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sicherheit und Gesetzgebung;
- 2) gegenseitige Abstimmung bei der Annäherung an die westlichen Institutionen;
- 3) Konsultationen in Sicherheitsfragen;
- 4) Schaffung einer Freihandelszone¹¹⁰.

Zwar betont Václav Havel auf einem Folgetreffen im Mai 1992 den bisherigen Erfolg der Zusammenarbeit, doch bleiben die Kritiker, die im eigenen Lager sitzen, nicht aus. Es ist vor allem Václav Klaus, der schon seit längerem einen stark westorientierten Kurs, wie Hartschikjans in seinem dritten Ansatz formuliert, verfolgt. In diesem Zusammenhang sieht man in einem regionalen Zusammenschluß gerade nach der Landesteilung¹¹¹ verstärkt die Gefahr, von den schwächeren Mitgliedsstaaten in den eigenen Integrationsbemü-

106 Vachudova, Milada Anna, The Visegrád Four: No alternative to cooperation?, in: RFE/RL Research Report 34/1993, S. 38.

107 Vgl. Obrman, Jan, Czechoslovakia overcomes its initial reluctance, in: RFE/RL Research Report 23/1992, S. 20; vgl. Tökes, Rudolf L., From Visegrad to Krakow: Cooperation, competition, and coexistence in Central Europe, in: Problems of Communism 6/1991, S. 104, 113; vgl. Roucek, Libor, After the bloc: The new international relations in Eastern Europe, The Royal Institut of International Affairs Discussion Paper No.40, London 1992, S. 20.

108 Tökes, Rudolf L., From Visegrad to Krakow, S. 103: „(...) the Visegrad alliance of February 1991 can best be seen as a caucus of like-minded Central European reform elites with somewhat tenuous control over the political, economic, and security resources of their respective states rather than a ‘real’ summit meeting of fully empowered national leaders of unquestionably stable political systems.“

109 Timmermann, Heinz, Europa – der zentrale Bezugspunkt für die Länder des Ostens: Erwartungen, Möglichkeiten, Konzeptionen, in: Osteuropa 8/1993, S. 718–719; Vachudova, Milada Anna, The Visegrád Four, S. 40.

110 Vgl. Okolicsanyi, Karoly, The Visegrad triangle's free-trade zone, in: RFE/RL Research Report 3/1993, S. 19–22; vgl. Inotai, Andras, Die regionale Zusammenarbeit der Visegrád-Staaten: Mehr Wettbewerb als Kooperation?, in: Integration 1/1994, S. 21–23.

111 So betont zum Beispiel der stellvertretende Außenministers, Alexandr Vondra: „The Czech Republic is moving westwards and will not allow anything to get in our way“, zitiert in: Candole, James de, Czechoslovakia, S. 19.

hungen abgebremst¹¹² und vom Westen nicht individuell, sondern weiterhin als Block angesehen zu werden.¹¹³ Doch dem *Drang nach Westen*¹¹⁴ sollen möglichst wenig Hindernisse in den Weg gelegt werden, oder wie der stellvertretende Außenminister Vondra es formuliert:

„(...) we want to continue our way westward toward the family of Western democratic countries. We want membership of the EC and of NATO.“¹¹⁵

III. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik

1. Europapolitische Vorstellungen in Prag

„Wir sind wieder am Anfang angekommen, in der Nachkriegszeit, als wir die Chance verpaßt haben, ein Europa freier und blühender Nationen zu schaffen, wofür Soldaten im Zweiten Weltkrieg an den westlichen, den östlichen wie auch den inneren Fronten gekämpft haben.“¹¹⁶

Vor 1989 beschränkten sich die tschechoslowakischen Aktivitäten hinsichtlich Europa auf Bereiche, die den Status quo der Ost-West-Konfrontation im wesentlichen aufrechterhielten.¹¹⁷ Seit November 1989 erfreut sich jedoch die Redewendung *Rückkehr nach Europa* auch in Prag wachsender Beliebtheit. Der frühere Außenminister Jiří Dienstbier hat sicherlich Recht, wenn er diesen Begriff als ungenau oder sogar als falsch bezeichnet, schließlich habe die Tschechoslowakei immer zu Europa gehört.¹¹⁸ Klarer scheint deshalb auch die Aussage des Staatspräsidenten Václav Havel zu sein, der die *Rückkehr nach Europa* folgendermaßen umschreibt:

112 Ziener, Markus, Die Koalition von Visegrád zeigt bereits deutliche Risse, in: Handelsblatt vom 1. März 1993.

113 Reisch, Alfred A., The Central European Initiative, S. 32–33; vgl. Vachudova, Milada Anna, The Visegrád Four, S. 41; vgl. Kohler, Berthold, Ohne Bremser nach Westen, in: FAZ vom 18. Januar 1994: „Das eigene Wirtschaftswunder im Rücken, wollen sich die Tschechen auf ihrem Eilmarsch nach Westen nicht von Lahmen und Fußkranken aufhalten lassen“; vgl. Schuller, Konrad, Zuerst freundlich, dann kritisch, in: FAZ vom 7. Oktober 1994.

114 Hatschikjan, Magarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen, S. 53.

115 Zitiert in: The New York Times vom 7. Januar 1994, Advertisement *The Czech Republic* („The Czech Republic“); vgl. FAZ vom 8. Dezember 1994 („Klaus ist zufrieden mit dem Erreichten“).

116 Dienstbier, Jiří, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei in einer neuen Zeit: Vorschläge zur wirtschaftlichen Gesundung Osteuropas, in: EA 13/14/1990, S. 397.

117 Robejsek, Peter, Europapolitische Vorstellungen und Konzepte in der DDR, in Polen, der ČSSR und Ungarn, Berichte des BIOst 6/1990, S. 29.

118 Dienstbier, Jiří, Träumen von Europa, Berlin 1991, S. 174.

„Wir alle wissen doch, daß das Wort *zurückkehren* nach rückwärts zeigt, daß es uns aber nicht um einen Weg zurück, sondern um einen Weg nach vorn geht, oder – wenn Sie so wollen – politisch gesehen, daß wir in das Europa der vorangegangenen Jahrzehnte weder zurück wollen noch können.“¹¹⁹

„Es geht im Gegenteil um das Sehnen, nach Jahrzehnten unnatürlicher Abweichung wieder auf den Weg zurückzukehren, der einst auch der unsere war.“¹²⁰

Havel bezieht sich dabei vor allem auf den Zustand der Vorkriegszeit, der durch eine Westorientierung seines Landes gekennzeichnet war¹²¹. Mit der *Rückkehr nach Europa* ist somit ein Europa angesprochen, das heute erneut nur den Westteil des Kontinents umfaßt und vor allem durch die EG, aber auch durch den Europarat, die EFTA (European Free Trade Association) und andere Institutionen geprägt ist. Dieses Europa bildet einen fast magnetischen Anziehungspunkt für die aus der Diktatur entlassenen Staaten des früheren Ostblocks, denen es wieder ermöglicht wurde, eigenständig zu handeln und keinem oktroyierten Hegemonialmodell folgen zu müssen¹²². An erster Stelle steht dabei die An- und Einbindung in eine prosperierende und als stabil geltende Europäische Gemeinschaft¹²³, die die drückende Abgeschlossenheit des früheren Ostblocks durchbrechen und den Anschluß an die demokratischen und vor allem wirtschaftlichen Normen ermöglichen soll¹²⁴. Die EG gilt in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas daneben als erfolgreiches Modell für einen gewaltfreien zwischenstaatlichen Interessensausgleich¹²⁵ und wird durch die unmittelbare Nachbarschaft auch als wichtiger Faktor für eine innenpolitische Stabilisierung gesehen, „als Rückversicherung gegen Linkspopulismus und nationalistischen Extremismus“¹²⁶. Ein Netzwerk von bilateralen Verträgen mit der

119 Zitiert in: Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 118.

120 Zitiert in: EA 11/1991, S. D286.

121 Gumpel, Werner, Die Assoziierung der osteuropäischen Länder an die Europäische Union, in: Südosteuropa Mitteilungen 3/1994, S. 180.

122 Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Stuttgart 1990, S. 115.

123 Hrbek, Rudolf, Die Rolle der EG beim Aufbau einer gesamteuropäischen Ordnung, in: Jacobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.), Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 581; Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik: Profilsuche und Kursbestimmung, in: Integration 3/1993, S. 128.

124 Dyba, Karel, The relationship between Czechoslovakia and the European Community in the context of 1992, in: Clesse, Armand/Vernon, Raymond (Hrsg.), The European Community after 1992: A new role in world politics?, Baden-Baden 1991, S. 243–244; vgl. Timmermann, Heinz, Europa, S. 716.

125 Kramer, Heinz, Das System der „Europäischen Abkommen“: Lösung oder Zwischenlösung für die Beziehungen der Gemeinschaft zu Osteuropa?, in: Deubner, Christian (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa: Herausforderungen und Strategien, Baden-Baden 1991, S. 118.

126 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa: Strategien der neuen Eliten zur außenpolitischen An- und Einbindung, Berichte des BIOst 40/1992, S. 31.

Europäischen Gemeinschaft soll dabei die Kontakte knüpfen und ausbauen.¹²⁷ Auch der sicherheitspolitische Bereich spielt bei der Anbindung an Westeuropa als Ordnungsmacht und Stabilitätsfaktor eine wichtige Rolle, doch kommt in diesem Punkt vor allem die NATO zum Tragen, wenn es um Fragen direkter militärischer Sicherheit geht.¹²⁸

Der Moskauer Putschversuch vom August 1991 veranlaßt führende Politiker in Prag erneut zu betonen, daß die „enge Anbindung der Tschechoslowakei an die westliche Staatenwelt ein vordringliches Ziel bleibe und beschleunigt werden müsse“¹²⁹. Die Teilung des Landes erhöht noch einmal das Tempo in Richtung EG.¹³⁰ Doch bleibt Kritik am Wunschpartner nicht aus. Man ist sich in Prag durchaus bewußt, daß sich die Gemeinschaft zu Beginn der 90er Jahre in einem Prozeß der Umgestaltung und Vertiefung befindet. Aber, so Klaus selbstbewußt, bevor eine Mitgliedschaft Prags in Frage komme, müsse in Brüssel selbst erst einmal für Ordnung gesorgt werden.¹³¹ Als Bewerber um eine zukünftige Mitgliedschaft habe man dabei bereits jetzt aktiv in die Diskussion um die Umgestaltung der westeuropäischen Staatengemeinschaft einzugreifen.¹³² Es ist neben dem generellen Vorwurf des Protektionismus¹³³ vor allem und gerade der Vertrag von Maastricht, der Verärgerung bei Tschechen und Slowaken hervorruft.¹³⁴ Václav Klaus hält sich dabei mit abwertenden Äußerungen gegenüber dem Vertragswerk nicht zurück¹³⁵, während gleichzeitig aber immer wieder betont wird, daß der Beitritt das *Ziel Nummer Eins* einer selbständigen tschechoslowakischen/tschechischen Außenpolitik bleibe¹³⁶.

Ein erster Kernpunkt der Kritik scheint dabei neben der Gefahr der Überbürokratisierung die Befürchtung zu sein, durch Maastricht nationale Eigenständigkeiten vollständig zu verlieren und somit die Bevormundung Moskaus lediglich durch eine

127 Timmermann, Heinz, Europa, S. 716.

128 Ehrhart, Hans-Georg, Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas, in: APUZ B10/1993, S. 41; Timmermann, Heinz, Europa, S. 716.

129 FAZ vom 23. August 1991 („Prag zieht es nach Westen“); vgl. McGregor, James P., Czechoslovakia: A new style for the Ministry of Foreign Affairs, in: RFE/RL Research Report 3/1992, S. 22–26.

130 Vgl. Zieleniec, Josef, zitiert in: Financial Times vom 11. Januar 1993, Advertisement *The Czech Republic* („Foreign Policy covers all points of the diplomatic compass“): „Our general policy thrust towards integration with Western Europe will now be more straightforward.“

131 FAZ vom 26. Mai 1994 („Die Tschechen meiden die Fußkranken“).

132 Reuter, Franz-Josef, Mitdenken bei der Gestaltung des gemeinsamen Europas, in: PZ vom 24. Februar 1994.

133 Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik, S. 130.

134 Ebenda, S. 129: „Die konservativen Parteien betonen üblicherweise ihre ideologische Nähe zu den britischen Konservativen, insbesondere zum Thatcher-Flügel“; vgl. Kohler, Berthold, Seelenmassage in Prag, in: FAZ vom 18. Juli 1994.

135 Vgl. FAZ vom 9. September 1992 („Ziel ist die Mitgliedschaft in der EG“): „Der Vertrag von Maastricht sei ein „künstlicher und unnötiger Versuch“, gewesen, den Prozeß der westeuropäischen Einigung voranzutreiben“; vgl. Handelsblatt vom 20. Januar 1993 („Klaus kritisiert Europa“): „idyllische Version Europas“; vgl. Handelsblatt vom 9. März 1994 („Havel regt Verabschiedung einer Charta für Europa an“): Der Staatspräsident spricht Maastricht eine geistige Dimension ab.

136 FAZ vom 9. September 1992 („Ziel ist die Mitgliedschaft in der EG“).

Bevormundung Brüssels einzutauschen¹³⁷. Schließlich sei, so Klaus, Europa nie auf Zentralismus begründet gewesen und habe gerade in seiner Vielfalt seinen Sinn und seine Kraft erhalten.¹³⁸ Ähnlich argumentiert Jiří Dienstbier, wenn er schreibt, daß ein Gesamteuropa nicht die Auflösung seiner Völker bedeuten dürfe, sondern daß gerade die Verschiedenheit die Voraussetzung dafür darstelle.¹³⁹ Ein zweiter Aspekt ist die Vermutung, Westeuropa habe die Folgen der Ereignisse im Ostteil des Kontinents noch gar nicht in ihren tatsächlichen Ausmaßen begriffen:

„Die Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages ist (...) ein entscheidender Versuch, sämtliche Energie der Europäischen Gemeinschaft auf die „Vertiefung“ der Gesellschaft entsprechend der ursprünglichen Pläne und Ziele (aus der Ära des Kalten Krieges) ohne Rücksicht darauf zu konzentrieren, daß gerade in diesem Moment in Europa die eine, ein halbes Jahrhundert andauernde Ära, bereits endete und daher eine Entscheidung über die Machbarkeit des Zusammenschlusses mit Mittel- und Osteuropa aus der Sicht des europäischen Integrationsprozesses notwendig geworden ist. Das Ende des Kommunismus stellt somit nicht nur für die postkommunistischen Länder eine Forderung dar, aber auch für die Länder Westeuropas.“¹⁴⁰

Trotz aller Kritik scheint die ökonomische und politische Anziehungskraft der Gemeinschaft dennoch größer zu sein.¹⁴¹ Das zeigt sich allein schon in den optimistischen Einschätzungen eines möglichen Beitritts zur EG. Zwar spricht man, wie übrigens auch im Bereich der Sicherheitspolitik, von einem mittel- und langfristigen Ziel.¹⁴² Václav Klaus und seine Regierungsmannschaft verstehen darunter aber nicht selten eine eher kurzfristige Zeitspanne. 1996 und 1997, auf jeden Fall aber noch vor dem Jahr 2000, werden hier als mögliche Daten für einen Beitritt genannt.¹⁴³ Grund für die Zuversicht sind vor allem die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen, die Klaus etwa zu der Äußerung veranlassen, sein Land werde bereits 1997 alle Kriterien des Maastricht-Vertrages erfüllen¹⁴⁴, auch wenn man für die Währungsunion noch ein paar Jahre mehr benötige¹⁴⁵. Oft werden in diesem Zusammenhang auch Parallelen mit der Süderweiterung

137 Dauderstädt, Michael, EG und Osteuropa, S. 9.

138 SZ vom 20. Januar 1993 („Plädoyer für ein Europa der Vielfalt“).

139 Dienstbier, Jiří, Träumen von Europa, S. 167; vgl. Dahrendorf, Ralf, Wohin steuert Europa? Ein Streitgespräch: Ralf Dahrendorf, François Furet, Bronisław Geremek, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 67–69.

140 Klaus, Václav, Am Vorabend der Kopenhagener Versammlung, in: Czech Report – Informationsbulletin der tschechischen Botschaft 6/1993, S. 7–8.

141 Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik, S. 130.

142 Vgl. Obrman, Jan, Czechoslovakia, S. 21; vgl. McGregor, James P., Czechoslovakia, S. 26.

143 Reichert, Peter, Drang nach Brüssel, in: Wirtschaftswoche vom 9. April 1993; Handelsblatt vom 19./20. November 1993 („Prag will in drei Jahren als vollwertiges Mitglied in die Europäische Union“); PZ vom 17. März 1994 („EU-Beitritt erst 2000 ist unannehmbar“).

144 Reichert, Peter, Drang nach Brüssel.

145 Schuller, Konrad, Zuerst freundlich, dann kritisch.

der Gemeinschaft um Portugal, Griechenland und Spanien in den 80er Jahren gezogen. Nicht nur die angeblich vergleichbaren wirtschaftlichen Daten¹⁴⁶, sondern vor allem die mit der Integration verbundene politische Stabilisierung werden dann als gewichtige Gründe aufgezählt.¹⁴⁷ Doch es gibt schwerwiegende Unterschiede zwischen beiden Fällen: Portugal, Griechenland und Spanien hatten bereits vor ihrem Beitritt über einen längeren Zeitraum sowohl über mehr oder weniger funktionierende Marktwirtschaften verfügt als auch Handelsbeziehungen mit der EG unterhalten.¹⁴⁸ Mittel- und Osteuropa befindet sich in beiden Fällen erst im Aufbau. So rechnet 1992 das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche bei einer kaum erreichbaren jährlichen Wachstumsrate des BIP von 20% in der ČSFR mit einem Zeitraum von fünf Jahren, um das durchschnittliche westeuropäische Niveau zu erreichen. Bei einer Wachstumsrate von 6,6% wären immerhin noch 18 Jahre zu warten.¹⁴⁹

Doch heute zweifelt in der Prager Regierung niemand mehr daran, daß der EG gar nichts anderes übrig bleiben werde, als die Tschechen früher oder später aufzunehmen.¹⁵⁰ Die Tschechische Republik, so Václav Klaus, werde sich sowohl zu einem demokratischen Land als auch zu einer normal funktionierenden Wirtschaft entwickeln und wünsche sich, als gleichberechtigter Partner in Europa akzeptiert zu werden. Keine Brückenfunktion, das heißt auch keine Pufferfunktion¹⁵¹, zwischen Ost und West, sondern die vollständige Integration mit der westlichen Welt gelte es jetzt zu verwirklichen.¹⁵² Erwartet wird unter anderem ein ungehinderter Zugang zum westeuropäischen Markt, technische und finanzielle Unterstützung sowie die Schaffung der Voraussetzungen für einen späteren Beitritt.¹⁵³ Westeuropa müsse dazu, nach Auffassung des Prager Regierungschefs, Richtung und Inhalt geben.¹⁵⁴

146 Merkel, Wolfgang, Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, in: APUZ B18 – 19/1994, S. 4: „Nach Schätzungen der OECD besaß die ČSFR 1990 65 Prozent, Ungarn 55 Prozent und Polen 30 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Sozialproduktes der Europäischen Gemeinschaft – also z.T. durchaus vergleichbar mit Spanien, Griechenland und Portugal.“

147 Dyba, Karel, *The relationship*, S. 245: „I would like to recall here the principal argument used earlier in support of Spanish and Portuguese accessions, which was that their membership of the Community was the best guarantee for lasting democratic change in those countries.“

148 Axt, Heinz-Jürgen, Europäische Gemeinschaft: Osteuropa ante portas. Lehren aus der Süderweiterung für EG und Beitrittskandidaten, in: *Südosteuropa* 6/1991, S. 304; vgl. Merkel, Wolfgang, *Systemwechsel*, S. 4.

149 Ferdowski, Mir A., *Probleme und Perspektiven*, S. 254.

150 FAZ vom 26. Mai 1994 („Die Tschechen meiden die Fußkranken“).

151 Fehér, Ferenc, Außenpolitik und die neuen Demokratien in Ost-Mitteleuropa, in: *Europäische Rundschau* 3/1991, S. 113.

152 *Financial Times* vom 11. Januar 1993, Advertisement *The Czech Republic* („The opportunity is here for everyone“).

153 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen mit der ČSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge Nr.182, Kiel 1992, S. 6–7.

154 Reuter, Franz-Josef, *Mitdenken bei der Gestaltung des gemeinsamen Europas*.

2. Die Antworten der EG auf die Transformationsprozesse

Für die Gemeinschaft selbst ist nun die Heranführung der Reformstaaten, neben einer moralischen Verpflichtung, im doppelten Sinne von Interesse: Erstens trägt die EG dadurch zu einer Stabilisierung der dortigen Verhältnisse bei und verhindert somit zum Wohle Gesamteuropas ein Scheitern der Reformen. Zweitens eröffnen sich bei gelungener Transformation neue Wirtschaftsmärkte für den Westen.¹⁵⁵ Die Hauptaufgabe beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft liegt bei den Mittel- und Osteuropäern selbst. Die EG kann hier also nur flankierend eingreifen, den Weg aber durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen entscheidend mitbestimmen.¹⁵⁶ So betont Frans Andriessen, Vizepräsident der Kommission und zuständig für die auswärtigen Beziehungen der EG, schon im Juni 1990, daß die EG sich zwar ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung dieser Länder bewußt sei, „es sollte jedoch auch klargestellt werden, daß unsere Hilfe die Verantwortung, die von den einzelnen Ländern selbst getragen werden muß, nicht voll ersetzen kann. Um es anders auszudrücken: Wir können nichts anderes tun, als Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.“¹⁵⁷ Was ergibt sich daraus für die Interessen der EG? Politisch gesehen kann das eine enge Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropas im Hinblick auf eine mögliche Neugestaltung der gesamten europäischen Architektur bedeuten.¹⁵⁸ Die wirtschaftliche Unterstützung beim Übergang zur Marktwirtschaft wird primär die Förderung des Außenhandels und damit, direkt und indirekt verbunden, den notwendigen Zufluß von Know how und Kapital umfassen.¹⁵⁹ Schwierig werden diese Aufgaben, wenn bewußt wird, daß sich die EG selbst seit 1986 in einer dynamischen Entwicklung in Richtung Vertiefung befindet, deren Prioritäten mit den Problemen Mittel- und Osteuropas nur sehr schwer zu vereinbaren sind.¹⁶⁰ Insgesamt lassen sich drei Wege unterscheiden, mit denen die Europäische Gemeinschaft bislang den Herausforderungen

155 Cameron, Fraser, *The European Community and Eastern Europe*, in: Clesse, Armand/Tökés, Rudolf (Hrsg.), *Preventing a new East-West-divide: The economic and social imperatives for the future Europe*, Baden-Baden 1992, S. 325; vgl. Höhmann, Hans-Hermann/Meier, Christian, *Die Wirtschaft Osteuropas im Umbruch: Konsequenzen für die Ost-West Beziehungen* zeichnen sich ab, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 4/1990, S. 46.

156 Dauderstädt, Michael/Domitra, Michael/Ehrke, Michael, *Solidarität mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe*, Vierteljahresberichte (Sonderheft), Bonn 1992, S. 14–15.

157 Zitiert in: Schaefer, Guenther F., *Die EG und die mittel- und osteuropäischen Staaten im Spannungsfeld zwischen Zusammenarbeit, Assoziierung und Mitgliedschaft*, in: *Vierteljahresberichte* 127/1992, S. 57.

158 Kramer, Heinz, *Die Ostpolitik der EG im Kontext der westeuropäischen Integrationsdynamik*, SWP—S354, Ebenhausen 1990, S. 5.

159 Keich, Roland, Ungarn, ČSFR und Polen, S. 65–72.

160 Hrbek, Rudolf, *Die EG und die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa*, in: *Wirtschaftsdienst* 5/1990, S. 247.

gerecht zu werden versucht, von denen der dritte, die Assoziierung, eine besondere Betrachtung verdient.

2.1. Die Fortsetzung der alten Osteuropapolitik

Der erste Weg stellt eine konsequente Fortsetzung der bereits etablierten Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft mit den Abschlüssen von Handelsabkommen dar. Generell wird dabei immer nach dem Grundsatz verfahren, die nach einem einheitlichen Schema verfaßten Abkommen auf die spezielle Situation des Partners zuzuschneiden und ein ausgewogenes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zu berücksichtigen.¹⁶¹ Bis 1988 standen die mittel- und osteuropäischen Länder, damals noch als Staatshandelsländer bezeichnet¹⁶², am Ende einer Hierarchie der Marktöffnungspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Zwar galten schon seit längerem Meistbegünstigungszollsätze¹⁶³, die Einfuhren der meisten Industrieprodukte wurden aber über EG-länderspezifische Einfuhrbeschränkungen kontingentiert.¹⁶⁴ Die Hauptgründe dafür waren in den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Auffassungen zu finden.¹⁶⁵

Wirklich produktive Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem damaligen Ostblock begannen Anfang der 70er Jahre. Ein Hauptproblem bei der Aushandlung von Abkommen lag allerdings in einer Blockadehaltung des RGW. Während dieser in Alleinvertretung für seine Mitglieder mit der Gemeinschaft verhandeln wollte, um seine internationale Legitimität zu fördern, zog die EG auch bilaterale Verhandlungen mit den einzelnen Staaten in Erwägung.¹⁶⁶ Erst mit Michail Gorbatschow eröffneten sich neue Perspektiven der Zusammenarbeit, die schließlich nach zähen Verhandlungen¹⁶⁷ am

161 Kramer, Heinz, Das System der „Europäischen Abkommen“, S. 122; vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu mittel- und osteuropäischen Ländern und zu den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), EG-Nachrichten – Dokumentation Nr.9 vom 20. Juli 1992, S. 23.

162 Ab März 1989 benutzt die EG die Bezeichnung osteuropäische Länder. Seit dem Gipfel von Straßburg am 8. und 9. Dezember 1989 wird von mittel- und osteuropäischen Ländern gesprochen.

163 Handelspolitik der EG im Zuge der Öffnung nach Osten, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)-Wochenbericht 35/1990, S. 490: Meistbegünstigung ist die zolltarifliche Gleichstellung der Handelspartner gemäß den GATT-Regeln, d.h. jeder Vertragspartner ist so zu behandeln wie das am meisten begünstigte Land.

164 Ebenda, S. 489 – 490.

165 Ebenda, S. 490.

166 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft und ihre östlichen Nachbarn, Europäische Dokumentation 8/1990, S. 8.

167 EG-Bulletin 6/1988, S. 15: Ein Hauptproblem der Verhandlungen bestand darin, eine allgemein akzeptierte Bestimmung über die räumliche Geltung der Erklärung aufzunehmen, die auch eine Vereinbarung über West-Berlin beinhaltete; vgl. Cameron, Fraser, The European Community, S. 320 – 321.

25. Juni 1988 in der Luxemburger Erklärung ein erstes positives Ergebnis fanden. Zentrale Aspekte dieser *Gemeinsamen Erklärung* sind die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG und dem RGW sowie die Entwicklung einer Zusammenarbeit in den Bereichen ihrer jeweiligen Zuständigkeit, die von beiderseitigem Interesse sind.¹⁶⁸ Die Bedeutung dieses Schriftstücks liegt jedoch weniger in seinem Inhalt als vielmehr in seiner Existenz. Es weist deutlich auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und dem RGW hin. Vor allem aber eröffnet es die Möglichkeit, diplomatische Beziehungen aufzunehmen sowie bilaterale Handels- und Kooperationsverträge zwischen der EG und einzelnen Mitgliedsstaaten des RGW zu schließen.¹⁶⁹

Zwischen September 1988 und März 1991 folgen auf dieser Grundlage insgesamt acht bilaterale Vereinbarungen. Den Anfang macht am 26. September 1988 ein Handels- und Kooperationsabkommen¹⁷⁰ (*Abkommen der ersten Generation*) mit Ungarn, das durch den Abschluß eines ähnlichen Vertragswerks mit Polen am 1. Dezember 1989 ergänzt wird. Ziel dieser Art von Abkommen ist eine harmonische Entwicklung und Diversifizierung des Handels und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Bereichen von beiderseitigem Interesse.¹⁷¹ Anders verhält es sich vorläufig mit der ČSSR, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu den Mitgliedern des RGW gezählt wird, in denen schon nennenswerte wirtschaftliche oder politische Reformmaßnahmen eingeleitet worden sind. Am 19. Dezember 1988 erfolgt somit *lediglich* der Abschluß eines *Abkommens über den Handel mit gewerblichen Waren*¹⁷² zwischen der Gemeinschaft und der damaligen ČSSR, das ein reines Handelsabkommen auf der Grundlage des Art. 113 EG-Vertrag¹⁷³

168 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl.) L 157/35 vom 24. Juni 1988; vgl. ABl. C 187/148 vom 18. Juli 1988; Das Europäische Parlament billigt in einer legislativen Entschließung die Gemeinsame Erklärung.

169 Cameron, Fraser, *The European Community*, S. 321.

170 Kramer, Heinz, *The European Community's response to the „New Eastern Europe“*, in: *Journal of Common Market Studies* 2/1993, S. 226: „(...) a „standard procedure“ in EC behaviour towards „newcomers“ in the field of Community foreign relations.“

171 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft*, S. 23; Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 227: Alle Abkommen dieser Art sind nichtpräferentieller Natur, d.h. der Handel zwischen der EG und einzelnen Staaten beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit bei der Öffnung der Märkte.

172 ABl. C 7/5–7 vom 10. Januar 1989; vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften – Dokumente (KOM) (88) 673 endg. vom 6. Dezember 1988 (Vorschlag für einen Beschluß des Rates); vgl. ABl. C 69/190–191 vom 20. März 1989; Das Europäische Parlament billigt in einer legislativen Entschließung den Abschluß dieses Abkommens.

173 Art. 113 Abs.3 EG-Vertrag: „Sind mit einem oder mehreren Staaten (...) Abkommen auszuhandeln, so legt die Kommission dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen (...)“

darstellt.¹⁷⁴ Es wird am 13. März 1989 vom Rat genehmigt und tritt am 1. April desselben Jahres in Kraft.¹⁷⁵

In Art. 3 dieses Abkommens räumt die Gemeinschaft ihrem Partner die Meistbegünstigung ein und wird in der vierjährigen Laufzeit darauf achten, daß mengenmäßige Beschränkungen so weit wie möglich beseitigt werden. Art. 4 und 5 heben mengenmäßige Beschränkungen für bestimmte Warengruppen auf oder setzen sie aus, wobei für Frankreich und Italien gesonderte Verwaltungsverfahren gelten. Art. 6 verpflichtet die EG, für weiterhin geltende Einfuhrbeschränkungen jährlich wachsende Kontingente einzuräumen, die in gemeinsamen Konsultationen ermittelt werden. Die Gemeinschaft schützt desweiteren in den Art. 9 und 10 ihre Produzenten gegen Dumping oder unfaire Preisfestsetzungen. Die ČSSR trifft im Gegenzug im Art. 11 „geeignete Maßnahmen zur Förderung der Einfuhren aus der Gemeinschaft auf den tschechoslowakischen Markt“, was insbesondere eine umfassende Information beinhaltet. Art. 12 setzt ein mindestens einmal im Jahr tagendes Gremium für regelmäßige Konsultationen ein, das unter anderem für das ordnungsgemäße Funktionieren des Abkommens sorgt, die Entwicklung des Handels untersucht, bei Schwierigkeiten vermittelt und schließlich einen Rahmen für einen Meinungsaustausch bieten soll. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß mit diesem Abkommen im wesentlichen nur die bereits bestehenden Handelsbeziehungen (Meistbegünstigungen) festgeschrieben werden und vorgesehene Lockerungen im Bereich der mengenmäßigen Beschränkungen lediglich marginale Erleichterungen für die Reformländer bringen. Heinz Kramer folgert daher, daß dieses Abkommen kaum zu einer nennenswerten Steigerung des Warenaustausches beitragen könne.¹⁷⁶ Trotzdem bieten die Bereitschaft zu regelmäßigen Konsultationen und der geplante Informationsaustausch erste Ansatzpunkte für eine Erweiterung der gemeinsamen Beziehungen.

Voraussetzung für eine Ausweitung der vertraglichen Basis von Seiten der EG sind entscheidende Verbesserungen der innenpolitischen Lage in der ČSSR.¹⁷⁷ Diese sieht die Kommission im Februar 1990 für gegeben an und schlägt deshalb vor, jetzt auch ein *Handels- und Kooperationsabkommen* mit der ČSSR auszuarbeiten.¹⁷⁸ Der Rat billigt dieses Vorgehen am 5. März, das entsprechende Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit¹⁷⁹ wird am 8. Mai 1990 in Brüssel

174 EG-Bulletin 12/1988, S. 137; Art. 1 des Abkommens legt fest, daß die Bestimmungen nicht für EGKS- und Textilwaren gelten; vgl. Europäisches Parlament — Sitzungsdokumente (PE) A2—0371/88 vom 30. Januar 1989 (Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen), S. 6.

175 ABl. L 88/1 vom 31. März 1989.

176 Kramer, Heinz, Die Ostpolitik der EG, S. 25.

177 Ebenda, S. 26.

178 EG-Bulletin 1/2/1990, S. 74.

179 ABl. L 291/29—35 vom 23. Oktober 1990; vgl. EG-Bulletin 9/1990, S. 54.

unterzeichnet.¹⁸⁰ Es ersetzt das im Dezember 1988 unterzeichnete Abkommen und tritt am 1. November 1990 in Kraft. Neuerungen gegenüber dem ersten Vertragswerk betreffen in erster Linie einen günstigeren Zeitplan beim Abbau mengenmäßiger Beschränkungen, die spätestens bis Ende 1994 beseitigt sein müssen (Art. 6 und 8). Im Bereich der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit verpflichten sich die Vertragsparteien zudem, nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung und der Gegenseitigkeit zu handeln (Art. 15). Wirtschaftliche Zusammenarbeit zielt unter anderem auf die Erschließung neuer Versorgungsquellen und Märkte ab und umfaßt zum Beispiel die Bereiche Industrie, Bergbau, Energie, Forschung, Wissenschaft¹⁸¹, Umwelt und Verkehr (Art. 17). Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Schaffung eines günstigen Klimas, etwa durch die Erleichterung des Informationsaustausches. Ein gemischter Ausschuß, der mindestens einmal pro Jahr tagt, übernimmt die Ausgestaltung des Vertragswerks (Art. 19).

Deutlich ist vor allem die Eigenverpflichtung der EG zu erkennen, mengenmäßige Beschränkungen innerhalb einer kürzeren Periode abzubauen. Aber auch hier, so ein Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)¹⁸², seien die unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen des Abkommens eher begrenzt. Die Effizienz des Handels- und Kooperationsabkommens muß daher langfristig und in einen größeren Zusammenhang eingeordnet gesehen werden, ebnet es doch den Weg zur Integration der betroffenen Länder in ein gesamteuropäisches liberales Handels- und Wirtschaftssystem, vor allem im Zuge der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas.¹⁸³ So folgt zum Beispiel am 1. Januar 1990 die Aufnahme Ungarns und Polens und genau ein Jahr später der ČSFR in das Allgemeine Präferenzsystem, durch das Entwicklungsländern Zollfreiheit für ihre Lieferung von Industrieprodukten mit den üblichen Beschränkungen bei den sensiblen Produkten Kohle, Stahl, Agrar und Textil gewährt wird.¹⁸⁴ Handelsvorteile sind hier allerdings nur bei Produkten zu erwarten, deren Einfuhr in die EG bislang durch sehr hohe Zölle eingeschränkt wurde.¹⁸⁵ Die allgemein gültigen nicht-tarifären Handelshemmnisse, die vor allem quantitative Beschränkung

180 ABl. L 291/28 vom 23. Oktober 1990: Das Abkommen wird am 24. September 1990 vom Rat genehmigt; vgl. ABl. C 260/163 vom 15. Oktober 1990: Das Europäische Parlament billigt das Abkommen bereits am 13. September 1990.

181 Vgl. PE A3 – 174/90 vom 29. Juni 1990 (Zwischenbericht im Namen des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie).

182 Handelspolitik der EG, S. 492: „Generell verfolgt die EG eine eigennützige Einfuhrpolitik. Sie ist nur dort liberal, wo es nützlich ist (...); wenig kostet (...); gefährlich würde, davon abzuweichen (...).“

183 Kramer, Heinz, Die Ostpolitik der EG, S. 24; Handelspolitik der EG, S. 490, 492.

184 Handelspolitik der EG, S. 489; Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft, S. 3.

185 Böhnlein, Barbara/Heitger, Bernhard, Die neue Handelspolitik der EG gegenüber Osteuropa, in: Die Weltwirtschaft 2/1991, S. 143.

betreffen, werden für 1991 mit der Ausnahme der sensiblen Bereiche suspendiert, alle länderspezifischen nicht-tarifären Handelshemmnisse werden graduell über einen Zeitraum von fünf Jahren beseitigt, wobei hier die ČSFR allerdings kaum von diesen Einschränkungen betroffen ist.¹⁸⁶ Nicht zu unterschätzen ist letztendlich auch die politische Bedeutung des Handels- und Kooperationsabkommens, betrachtet doch die EG die Partner nicht länger als Staatshandelsländer.¹⁸⁷

2.2. Neue Initiativen auf multilateraler Ebene

Ein zweiter Weg zur Unterstützung der Reformmaßnahmen in Mittel- und Osteuropa wird auf dem Pariser Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 eröffnet. Die Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen begrüßen bei diesem Treffen die Veränderungen vor allem in Polen und Ungarn und erklären sich bereit, „diesen Prozeß zu unterstützen sowie in geeigneter Form und koordiniert Wirtschaftshilfe zur dauerhaften Umgestaltung und Öffnung der Volkswirtschaften dieser Staaten in Erwägung zu ziehen“¹⁸⁸. Die Europäische Kommission wird in diesem Zusammenhang gebeten, die nötigen Initiativen zu ergreifen und eine abgestimmte Hilfsaktion zunächst für Polen und Ungarn in die Wege zu leiten.¹⁸⁹ Diese Entscheidung gilt als Geburtsstunde des *PHARE-Programms*¹⁹⁰ und der *G-24 Aktivitäten* (OECD-Länder), die anfänglich beide identisch sind, sich aber später auseinanderentwickeln. Seit Dezember 1989 stellt PHARE ein spezielles EG-Programm von nicht-zurückzahlbaren Finanzhilfen dar, das allerdings auf die Aktivitäten der G-24 abgestimmt bleibt.¹⁹¹ Ende September 1989 legt die Kommission einen ersten Aktionsrahmen für die koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn vor, der folgende Prioritäten berücksichtigt: Nahrungsmittelversorgung, Umgestaltung der Landwirtschaft, Erleichterung des Marktzugangs, Berufsausbildung und Umweltschutz.¹⁹² Bei einem ersten Treffen der Außenminister der G-24 am 13. Dezember 1989 wird darüber hinaus die Bereitschaft bekundet, Hilfsmaßnahmen auch auf andere mittel- und

186 Ebenda, S. 140 – 141.

187 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 227; ABl. C 113/171 vom 7. Mai 1990: Bereits im April ersucht das Europäische Parlament den Rat sowie die Mitgliedsstaaten, sich für eine rasche Abschaffung aller COCOM-Vorschriften gegenüber Mittel- und Osteuropa, inklusive Sowjetunion, einzusetzen.

188 Zitiert in: EA 17/1989, S. D490 – D491; vgl. EG-Bulletin 7/8/1989, S. 135.

189 EG-Bulletin 7/8/1989, S. 8; ABl. L 375/11 – 12 vom 23. Dezember 1989.

190 Poland and Hungary Assistance for the Restructuring of the Economy, oder: *Phare* = frz. *Leuchtturm*

191 European Commission/Phare Information Office (Hrsg.), *PHARE-Assistance Programme*, Brüssel o.J. (Faltblatt).

192 EG-Bulletin 10/1989, S. 8; vgl. EG-Bulletin 11/1989, S. 61; vgl. PE A3-0361/93 vom 30. November 1993 (Bericht des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz).

osteuropäische Staaten auszudehnen, sofern politische und wirtschaftliche Reformschritte dort eingeleitet worden seien.¹⁹³

Bereits am 2. April 1990 billigt der Rat die Ausdehnung des PHARE-Programms auf die Länder DDR, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und die ČSFR.¹⁹⁴ Nach der Teilung der ČSFR werden im Juni 1993 beide Republiken rückwirkend zum 1. Januar 1993 in die Liste der Begünstigten der Aktion PHARE wieder aufgenommen.¹⁹⁵

Anfang Mai 1990 legt die Kommission einen zweiten Aktionsplan vor, der weitere Schwerpunkte auf die Förderung von Investitionen und wirtschaftliche Umstrukturierungen sowie auf finanzielle Unterstützung legt.¹⁹⁶ Der einzelne Staat entscheidet dabei in Absprache mit der Kommission zum größten Teil selbst über den Einsatz der Mittel.¹⁹⁷ Für 1990 werden 500 Millionen ECU den einzelnen Programmen zur Verfügung gestellt, 1991 785 Millionen ECU und 1992 1 Milliarde ECU.¹⁹⁸ Die ČSFR erhält aus diesen Programmen 1991 133 Millionen ECU, 1992 96 Millionen ECU.¹⁹⁹ Von 1993 an wird das PHARE-Programm langfristig ausgerichtet. Zwar werden die Gelder weiterhin jährlich zur Verfügung gestellt, doch versucht man in Zukunft, die Mittel in einen breiteren und auf lange Sicht hin orientierten Rahmen der wirtschaftlichen Umgestaltung einzubinden.²⁰⁰

Als Ergänzung zu den PHARE-Aktivitäten erweitert die Gemeinschaft 1990 die Investitionstätigkeiten der *Europäischen Investitionsbank* (EIB) auf die Länder Polen, Ungarn, die ČSFR, Rumänien und Bulgarien.²⁰¹ Hier werden bis Ende 1992 Kredite in Höhe von rund 800 Millionen ECU bewilligt, die in erster Linie der Verbesserung der Infrastruktur, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Industrieprojekten dienen sollen.²⁰² Bereits am 25. Oktober 1989 spricht der französische Staatspräsident François Mitterrand vor dem Europäischen Parlament von einer weiteren zu gründenden Institution. Diese solle, ähnlich wie die EIB, Großprojekte finanzieren und neben den Mitgliedsstaaten

193 In: EA 3/1990, S. D60.

194 EG-Bulletin 4/1990, S. 55; vgl. ABl. L 257/1 vom 21. September 1990

195 EG-Bulletin 6/1993, S. 108; vgl. ABl. L 162/1 vom 3. Juli 1993.

196 EG-Bulletin 5/1990, S. 68.

197 European Commission/Phare Information Office (Hrsg.), PHARE-Assistance Programme.

198 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 223; vgl. Meier, Christian, *Die „Europa-Verträge“*, S. 24 – 25: 1989 und 1990 sind die zur Verfügung stehenden Mittel oft wegen bürokratischer Hindernisse nur teilweise in Anspruch genommen worden. Inzwischen sind diese Anlaufschwierigkeiten aber behoben.

199 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft*, S. 9.

200 European Commission/Phare Information Office (Hrsg.), PHARE-Assistance Programme.

201 ABl. C 242/15 vom 27. September 1990.

202 Cameron, Fraser, *Die Politik der EG gegenüber den Staaten Mittel- und Südosteuropas*, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa: Strategien und Optionen für Europa*, Gütersloh 1993, S. 356; vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft*, S. 3: vorgesehen waren 1,7 Milliarden ECU.

der EG auch mittel- und osteuropäische Länder einschließen.²⁰³ Der Europäische Rat, der am 8. und 9. Dezember 1989 in Straßburg tagt, greift Mitterrands Vorschlag auf und billigt die Einrichtung einer *Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* (EBWE), deren Ziel es sein soll,

„in Absprache mit dem IWF²⁰⁴ und der Weltbank Anlageinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu fördern, gegebenenfalls die mit der Vergabe von Krediten für diese Volkswirtschaften verbundenen Risiken zu verringern, den Übergang zu einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft zu erleichtern und die erforderlichen strukturellen Anpassungen zu beschleunigen.“²⁰⁵

Am 28. Mai 1990 wird ein entsprechendes Gründungsübereinkommen in Paris unterzeichnet. Das Grundkapital der Bank beträgt 10 Milliarden ECU, an dem die Gemeinschaft zusammen mit der EIB 51% der Anteile besitzt.²⁰⁶ Bis Juni 1992 werden über diese Schiene rund 85 Millionen ECU als Globaldarlehen für kleine und mittlere Investitionsmaßnahmen in der ČSFR vergeben.²⁰⁷ Im Juli folgen zum Beispiel weitere 15 Millionen ECU für zwei Hotelbetriebe²⁰⁸ und im Juni 1993 33 Millionen ECU für eine Zuckerfabrik in der ČR²⁰⁹. Zusammen mit den Aktionen anderer Finanzinstitute und Organisationen erhöht sich somit das Kreditvolumen der Reformländer deutlich.²¹⁰ Insgesamt werden den mittel- und osteuropäischen Staaten bis Ende Juli 1992 Hilfen und Unterstützungen aller Art in einem Gesamtwert von knapp 47 Milliarden ECU zur Verfügung gestellt.²¹¹

203 EG-Bulletin 10/1989, S. 88; vgl. Bedarff, Hildegard, Die Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft 1975 – 1991: Zur Institutionalisierung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Münster/Hamburg 1992, S. 63 – 64: „Ein wichtiges Motiv Frankreichs lag in der Hoffnung, daß diese internationale Institution ein europäisches Gegengewicht gegenüber dem starken ökonomischen Einfluß der Bundesrepublik in Osteuropa bilden könne.“

204 Die ČSFR wird am 20. September 1990 Mitglied des IWF.

205 Zitiert in: EG-Bulletin 12/1989, S. 13.

206 EG-Bulletin 5/1990, S. 66 – 67.

207 EG-Bulletin 6/1992, S. 121.

208 EG-Bulletin 7/8/1992, S. 109.

209 EG-Bulletin 6/1993, S. 123.

210 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft, S. 3: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewährt bislang Darlehen in Höhe von 200 Millionen ECU.

211 Kramer, Heinz, The European Community's response, S. 225; Krenzler, Horst Günter, Ost- und Mitteleuropa und die Europäische Gemeinschaft, in: EG-Nachrichten Nr.44 vom 4. November 1991, S. 3: Rund 10 Milliarden US-Dollar entfallen auf die multilateralen Finanzinstitutionen, über 30 Milliarden US-Dollar sind von den G-24 Ländern aufgebracht worden.

Nimmt man die Koordination der G-24 Hilfe durch die Europäische Kommission²¹², die Einrichtung des *Transeuropäischen Mobilitätsprogramms für Universitätsstudenten* (TEMPUS)²¹³ sowie die Gründung einer *Europäischen Stiftung für Berufsbildung*²¹⁴ zu den bereits getroffenen Maßnahmen hinzu, dann wird deutlich, daß die Gemeinschaft in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht bislang mit Abstand den größten Beitrag im Vergleich zu anderen westlichen Organisationen zur Unterstützung der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa geleistet hat.²¹⁵ Aber die angesprochenen Hilfsmaßnahmen beschränken sich im wesentlichen auf den ökonomischen Sektor, dessen handelspolitischer Teil auch weiterhin von EG-Seite restriktiv behandelt bleibt, und lassen die politischen Herausforderungen unberücksichtigt. Über einen dritten Weg, die Assoziierung, sollen diese Mängel beseitigt werden.

3. Das Europa-Abkommen

3.1. Der Entwicklungsprozeß innerhalb der EG

Für die Entscheidung zu einer Assoziierung der Reformländer spielen zwei Überlegungen innerhalb der EG eine wesentliche Rolle. Zum einem ist es der bereits erwähnte Wunsch nach politischer Einbindung Mittel- und Osteuropas in die westlichen Strukturen, zum anderen aber auch die Erkenntnis, den wirtschaftlichen Erwartungen mit den bisherigen Initiativen nur ungenügend gerecht zu werden. Schon auf einer Tagung am 24. April 1989 in Brüssel weist der Rat auf die Bedeutung der Veränderungen hin und fordert insbesondere die Entwicklung eines kohärenten und dynamischen Gesamtkonzepts. Vor allem müßten die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten „konstruktiv auf die gegenwärtige Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Reformen reagieren und eine aktive Rolle in den Ost-West-Beziehungen spielen“²¹⁶.

212 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 225: Die G-24 Hilfe besteht in erster Linie aus einer Erleichterung des Marktzuganges für industrielle Güter, technischer Hilfe für den Umbau der Wirtschaft sowie finanzieller Unterstützung zur Stabilisierung der einzelnen Volkswirtschaften.

213 EG-Bulletin 5/1990, S. 67: Geplant sind für eine Dauer von fünf Jahren gemeinsame Ausbildungsvorhaben sowie die Förderung der Mobilität von Lehrern, Studenten und Verwaltungskräften; vgl. EG-Bulletin 10/1990, S. 73: Die ČSFR erhält 4 Millionen ECU zur Realisierung des TEMPUS-Programms.

214 EG-Bulletin 1/2/1990, S. 71: Sie soll vor allem zur Anpassung der Ausbildungssysteme an die neuen Marktbedingungen beitragen und sich auf die Berufsbildung, Fortbildung und die Ausbildung in bestimmten Fachbereichen konzentrieren.

215 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 225.

216 Zitiert in: EG-Bulletin 4/1989, S. 71; vgl. EG-Bulletin 12/1988, S. 11 – 12: Bereits auf seinem Treffen in Rhodos im Dezember 1988 zeigte sich der Europäische Rat angesichts der Reformprozesse in Polen und Ungarn entschlossen, die Teilung des Kontinents zu überwinden und schlug unter anderem

Ein Sondertreffen des Europäischen Rates am 18. November 1989 in Paris, das auf französischen Wunsch einberufen wird, beschäftigt sich ausschließlich mit den Ereignissen in Mittel- und Osteuropa²¹⁷ und behandelt zum ersten Mal auch offiziell den Gedanken einer Assoziierung²¹⁸. Schon am 8. und 9. Dezember 1989 einigen sich die Regierungschefs der Mitgliedsländer auf ihrem Gipfel in Straßburg darauf, die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den Reformländern zu intensivieren und „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die erforderlichen Wirtschaftsreformen [zu] unterstützen und nach geeigneten Formen der Assoziierung mit den Ländern [zu] suchen, die sich auf dem Wege wirtschaftlicher und politischer Reformen befinden“²¹⁹.

Grundlage einer Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft ist Art. 238 EG-Vertrag²²⁰, obwohl der Artikel selbst keine genaue Definition des Begriffes an sich beinhaltet. In einem Urteil vom 30. September 1987 sieht es der Europäische Gerichtshof allerdings als Aufgabe der Assoziierung an, besondere und privilegierte Beziehungen zu einem Drittland zu schaffen, in denen der Partner zwar teilweise am Gemeinschaftssystem teilhaben, jedoch außerhalb der Entscheidungsprozesse der EG selbst bleiben muß.²²¹ Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (1. Juli 1987) ist vor dem endgültigen Vertragsabschluß die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.²²²

Peter Gilsdorf unterscheidet in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft verschiedene Arten der Assoziierung.²²³ Eine Assoziierung als Beitrittsersatz sei zum Beispiel mit den EFTA-Staaten vollzogen worden. Im Falle Griechenlands und der Türkei sei die Assoziierung als Vorstufe zum Beitritt gedacht gewesen. Hier sollten durch eine Zollunion, die Harmonisierung vieler Regelungsbereiche und einen ausgebauten in-

vor, auch den politischen Dialog mit den östlichen Nachbarn zu erweitern.

217 Allen, David, West European responses to change in the Soviet Union and Eastern Europe, in: Rummel, Reinhard (Hrsg.), *Toward political union: Planning a common foreign and security policy in the European Community*, Baden-Baden 1992, S. 124–125: Neben den Bemühungen, den eigentlichen Gipfel in Straßburg im Dezember von diesem Thema zu entlasten, wird als weiterer Grund für diese Entscheidung die Absicht angeführt, vor dem geplanten Gipfeltreffen der Supermächte in Malta eine eigene EG-Linie zu den Ereignissen in Mittel- und Osteuropa zu beschließen.

218 Kramer, Heinz, *Die Ostpolitik der EG*, S. 51; vgl. ABl. C 323/110 vom 27. Dezember 1989: Das Europaparlament setzt sich nur fünf Tage später für eine rasche Assoziierung ein.

219 Zitiert in: EG-Bulletin 12/1989, S. 12–13.

220 Art. 238 EG-Vertrag: „Die Gemeinschaft kann mit einem oder mehreren Staaten oder einer oder mehreren Organisationen Abkommen schließen, die eine Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren herstellen.“

221 Kuschel, Hans-Dieter, *Die Europaabkommen der EG mit Polen, Ungarn und der ČSFR*, in: *Wirtschaftsdienst* 2/1992, S. 93.

222 Vgl. Hrbek, Rudolf, *Das Vertragswerk von Maastricht: Die EG auf dem Weg zur Europäischen Union*, in: *Wirtschaftsdienst* 3/1992, S. 132.

223 Gilsdorf, Peter, *Assoziierungsabkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Entwicklung und Perspektiven*, Saarbrücken 1990, S. 4–5; vgl. Meier, Christian, *Die „Europa-Verträge“*, S. 25.

stitutionellen Mechanismus die Länder auf den Beitritt zur Gemeinschaft vorbereiten werden. Ein dritter Typ stelle die stufenweise Einrichtung einer Zollunion mit Malta und Zypern dar, die nicht unmittelbar auf einen Beitritt ausgerichtet sei und ungenauerweise als Freihandelsassoziiierung bezeichnet werde. Schließlich müsse als vierter und bislang letzter Typ noch die Entwicklungsassoziation genannt werden, die sich allerdings nur auf die Entwicklungsländer konzentriere. Da aber hier, wie in allen anderen Fällen, lediglich wirtschaftliche Fragen aufgeworfen werden, kommt es für die EG nun darauf an, mit einer neuen, fünften Variante der Assoziierung auch die politischen Aspekte miteinzubeziehen. Deutlich werden soll dieser Ansatz mit der neuen Bezeichnung *Europa-Abkommen*.²²⁴

In den nächsten Monaten entwickelt die Kommission kontinuierlich ein Konzept für eine Assoziierung, das neben den wirtschaftlichen auch die politischen Aspekte miteinbezieht und in Mitteilungen an den Rat zur Diskussion stellt. In einer ersten Überlegung vom 23. Januar 1990 spricht die Kommission in diesem Zusammenhang von möglichen Initiativen, die eine engere Anbindung an die EG erleichtern und flexibel auf die einzelnen Länder angewendet werden sollen.²²⁵ Im Rahmen einer umfassenden Gemeinschaftspolitik denke man daran, die bilateralen Beziehungen nach dem Abschluß von Handels- und Kooperationsabkommen durch eine Assoziierung zu erweitern, die Bestimmungen über Handel, Zusammenarbeit und Finanzhilfen beinhalten könnte.²²⁶ Am 2. Februar 1990 werden erste spezifischere Vorstellungen dargelegt²²⁷: Man befürworte eine frühzeitige Assoziierung zugunsten der Stabilisierung der politischen Lage, der Entwicklung neuer Kooperationsinstrumente und der Stärkung des Vertrauens der Wirtschaft. Die Abkommen stünden zunächst nur für sich und würden keine Zusage für einen späteren Beitritt bedeuten. Folgende Hauptbereiche sollten dabei behandelt werden: schrittweise Liberalisierung des Handels mit dem Ziel des Freihandels, erweiterte Zusammenarbeit auf der Grundlage der Abkommen der ersten Generation, technische Hilfe und Finanzhilfe, Gemeinschaftsprojekte, politischer Dialog als Rahmen für einen regelmäßigen Gedankenaustausch zur Überwindung der Teilung Europas sowie Informationsaustausch und kulturelle Zusammenarbeit.

224 KOM (90) 398 endg. vom 27. August 1990 (Allgemeines Schema für Assoziationsabkommen), S. 1; vgl. Merritt, Giles, Abenteuer Osteuropa: die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropa, Landsberg/Lech 1991, S. 43: „Um jegliche Verpflichtung zur späteren Aufnahme der osteuropäischen Länder zu umgehen, nannten die Brüsseler die Dokumente nicht mehr Assoziierungsverträge, sondern fanden stattdessen den pompösen Namen „Europa-Verträge“.“

225 Wirtschafts- und Sozialausschuß (SEK) (90) 111 endg. vom 23. Januar 1990 (Mitteilung der Kommission an den Rat), S. 5.

226 Ebenda, S. 6.

227 SEK (90) 196 endg. vom 2. Februar 1990 (Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament), S. 6–10.

Konkretisiert werden diese Pläne durch eine dritte Mitteilung der Kommission vom 18. April 1990.²²⁸ Zum ersten Mal werden hier die für eine Assoziierung zugrunde liegenden Voraussetzungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht deutlich erwähnt.²²⁹ So gelten als unerläßliche Bedingungen für einen Übergang von der Kooperation zur Assoziation Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Schaffung von Mehrparteiensystemen, freie und geheime Wahlen sowie marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen. Der Europäische Rat beschließt am 28. April 1990 in Dublin, auf der Grundlage dieser Kommissionsmitteilung interne Beratungen über eine Assoziierung der einzelnen Reformländern aufzunehmen und erklärt seine Absicht, zukünftige Verhandlungen so schnell als möglich abzuschließen, sofern die einzelnen Bedingungen erfüllt seien.²³⁰

Am 27. August 1990 legt die Kommission in einer vierten Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament ein *Allgemeines Schema für Assoziationsabkommen mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa*²³¹ vor. Dieser Vorschlag soll Anhaltspunkte für das weitere Vorgehen der EG geben und die Vorstellungen für eine Assoziierung näher erläutern.²³² Bedeutend sind vor allem die Ziele, die die EG im Zusammenhang mit den Europa-Abkommen verfolgen will²³³:

- 1) Schaffung eines Klimas des Vertrauens und der Stabilität, das politische Reformen begünstigt und in dem sich enge Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Wertevorstellungen entwickeln können;
- 2) Festigung der Grundlage einer neuen europäischen Ordnung durch die Teilhabe Mittel- und Osteuropas an dem umfassenden europäischen Integrationsprozeß;
- 3) Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, um die Ungewißheit privater Investoren zu beseitigen;
- 4) Hilfe beim Wechsel der Wirtschaftssysteme;
- 5) Verbesserung der Transparenz und der Kohärenz der finanziellen Unterstützung der Gemeinschaft und deren Anpassung an neue Prioritäten;

228 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Mitteilung der Kommission: Die Entwicklung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, in: EG-Nachrichten – Dokumentation Nr.4 vom 2. Mai 1990, S. 25 – 27; ein erster vollständiger Entwurf der Kommission für eine Assoziation stammt vom Februar 1990 (SEK (90) 713), bleibt aber vertraulich.

229 Kramer, Heinz, Das System der „Europäischen Abkommen“, S. 126.

230 EG-Bulletin 4/1990, S. 9; vgl. PE A3 – 172/90 vom 29. Juni 1990 (Zwischenbericht im Namen des Politischen Ausschusses), S. 10: Ähnlich argumentiert der Politische Ausschuß des Europäischen Parlaments knapp zwei Monate später am 29. Juni 1990.

231 KOM (90) 398 endg. vom 27. August 1990 (Allgemeines Schema für Assoziationsabkommen).

232 EG-Bulletin 7/8/1990, S. 93.

233 KOM (90) 398 endg. vom 27. August 1990 (Allgemeines Schema für Assoziationsabkommen), S. 2 – 4.

- 6) Förderung der wechselseitigen Informationsweitergabe und der kulturellen Zusammenarbeit.

Auffallend ist dabei, daß die politischen Aspekte zwar am Anfang der Aufzählung angeführt werden, doch wird angesichts der vorangehenden Informationen auch erkennbar, daß die geplanten Assoziierungsabkommen ganz klar wirtschaftlich ausgerichtet sein werden und der politische Dialog daher nur ergänzende Funktion besitzen kann.

Das Europäische Parlament drängt auf schnelle Verhandlungen, macht aber im Unterschied zur Kommission deutlich, daß es die zukünftige Zusammenarbeit in eindeutiger Perspektive eines späteren Beitritts der betroffenen Reformländer verstanden haben wolle²³⁴. Der Rat beauftragt schließlich am 18. Dezember 1990 die Kommission, die Europa-Abkommen zunächst mit der ČSFR, Polen und Ungarn auszuhandeln und hofft auf ein Inkrafttreten der Verträge für Januar 1992.²³⁵

3.2. Die Verhandlungen

Die Verhandlungen stehen von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. So beginnt die Europäische Kommission die getrennt geführten Verhandlungen auf der Grundlage identischer Vertragstexte und beabsichtigt damit, die Politik mit den Handelsabkommen weiter zu verfolgen. Wegen der vorhandenen Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung deuten die Reformländer diese Haltung der EG jedoch als ein Zeichen mangelnder Sensibilität.²³⁶ Bei einem Besuch Václav Havels in Brüssel am 20. März 1991 fordert der Präsident darüber hinaus eine größere Flexibilität der Gemeinschaft bei der Öffnung ihrer Märkte und spricht bei dieser Gelegenheit auch die Möglichkeiten eines künftigen Beitritts seines Landes zur EG an. Jacques Delors unterstreicht zwar in diesem Zusammenhang die Bedeutung der geplanten Abkommen.²³⁷ Doch schon Anfang April wird über eine wachsende Verärgerung in Mittel- und Osteuropa wegen Verzögerungen im Abschluß der Europa-Abkommen berichtet. Es sind gerade die von Havel angesprochenen Bereiche, die ein deutliches Mißtrauen gegenüber der Verhandlungsbereitschaft der EG aufkommen lassen und die in der Folgezeit immer wieder im Zentrum der Diskussion stehen werden: die Weigerung der EG, in der Frage eines eventuellen Beitritts den Reformländern entgegenzukommen sowie die protektionistische Haltung der EG in Sachen Marktöffnung. Der Kommentar im *The Guardian*, „alle drei

234 ABl. C 284/138 – 139 vom 12. November 1990; ABl. C 129/143 vom 20. Mai 1991.

235 EG-Bulletin 12/1990, S. 119.

236 Merritt, Giles, Abenteuer Osteuropa, S. 42.

237 EG-Bulletin 3/1991, S. 56.

Länder sind aufgrund des scharfen Gegensatzes zwischen den offiziellen Stellungnahmen der EG in Bezug auf die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa und der tatsächlichen, erbärmlichen Haltung der Gemeinschaft bei den wirtschaftlichen Schlüsselfragen (...) desillusioniert²³⁸, wird sich daher wie ein roter Faden in der Thematik des Europa-Abkommens verfolgen lassen.

Ein späterer Beitritt der betroffenen osteuropäischen Länder ist in den Planungen der Kommission zunächst nicht vorgesehen, auch wenn er definitiv nicht von vornherein ausgeschlossen wird. Doch bleibt man bei diesem Schritt in vielen Mitgliedsstaaten eher skeptisch. Einzelne Länder, wie etwa Frankreich, befürchten durch eine Osterweiterung eine Machtverschiebung zugunsten Deutschlands.²³⁹ Wichtig sind auch ökonomische Gründe, die es der EG schwer machen, bei der Frage des Beitritts den mittel- und osteuropäischen Reformländern entgegenzukommen. Die Furcht vor erheblichen und langfristigen Transferzahlungen (geschätzte 8 Milliarden ECU pro Jahr), vor unnötigem Konkurrenzdruck und drohenden Arbeitskräftewanderungen lassen den Enthusiasmus vor allem der ärmeren EG-Staaten für die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa schnell sinken.²⁴⁰ Doch die Visegrád-Staaten zeigen in diesem Punkt erbitterten Widerstand. Erst als ein Scheitern der Verhandlungen droht, lockert der Ministerrat seine Haltung und erteilt am 15. April 1991 der Kommission ein flexibleres Verhandlungsmandat.²⁴¹

Als das größte Hindernis in den Verhandlungen erweist sich der wirtschaftliche Sektor. Probleme gibt es hier hauptsächlich in der Umsetzung des Planes, in einer Zehn-Jahres-Frist zu einer Freihandelszone zu gelangen. Kern der Auseinandersetzung ist zunächst der gegenseitige Abbau der Zölle. Doch hier scheint Ende Mai mit dem Begriff *Asymmetrie*²⁴² eine Lösung gefunden zu sein. In anderen strittigen Bereichen kommt erst nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch in Moskau vom August 1991 wieder Bewegung in die Verhandlungen. Gerade die sensiblen Produkte Stahl, Kohle, Textilien und der

238 Palmer, John, The door to Brussels is still closed to the former communist bloc, in: The Guardian vom 10. April 1991.

239 Brendel, Gerhard, Zu den Wirtschaftsbeziehungen der EG, S. 18.

240 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten – Anpassung im Westen: Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, Institut der deutschen Wirtschaft, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Köln 1993, S. 65–66.

241 Lippert, Barbara, Mittel- und osteuropäische Staaten, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1990/91, Bonn 1991, S. 369.

242 News and Current Affairs (NCA) (Brüssel) vom 28. Mai 1991: Die EG vermindert in den nächsten fünf Jahren zunächst einseitig die Steuersätze für die meisten Waren auf 0%, gewährt aber den Reformländern über einen längeren Zeitraum eigene Steuersätze zum Schutze ihrer jungen und anfälligen Industrien. Ironischerweise muß die ČSFR in diesem Zusammenhang zunächst einmal ihre von Haus aus niedrigen Steuersätze gegenüber der EG anheben, um dem Grundsatz der Asymmetrie gerecht zu werden.

Agrarbereich stehen jetzt im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.²⁴³ Hildegard Bedarff befürchtet, daß durch den Binnenmarkt Interessenverbände innerhalb der EG versuchen würden, strikte Quotierungen durchzusetzen, um den verschärften internen Konkurrenzdruck nach außen hin abzufedern.²⁴⁴ Vor allem Frankreich, das unter heftigem Druck seiner Landwirtschaftslobby steht, scheint aus diesem Grund hartnäckig eine Steigerung der Fleischimporte aus dem Visegrád-Dreieck zu blockieren. Erst müßten „die Interessen der französischen Landwirte“²⁴⁵ gesichert sein, mahnt der französische Außenminister Roland Dumas und provoziert damit auch Unverständnis in den Reihen der EG.²⁴⁶ Um erneut das Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden, werden am 30. September noch einmal die Verhandlungsdirektiven von Seiten der EG gelockert, was einer Einigung in den Problembereichen sehr entgegenkommt.²⁴⁷

Am 22. November 1991 erfolgt letztendlich die Paraphierung der Europa-Abkommen. Die Freude ist nach den endlos scheinenden Problemen und Verhandlungsrunden groß. Pablo Benavides, Chefunterhändler der EG, betont: „Wir haben uns hohe Ziele gesteckt. Wir werden versuchen, diese drei Länder auf eine Mitgliedschaft vorzubereiten“, aber das Abkommen sei kein Freischin.²⁴⁸ Der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Zdenko Pirek fügt hinzu: „Das ist ein großer Schritt in Richtung Re-Integration in die Europäische Familie.“²⁴⁹ Bis zuletzt tauchen aber immer wieder neue Hindernisse auf, die aus dem Weg zu räumen sind. So lenkt Spanien erst einen Tag vor der offiziellen Unterzeichnung in der Frage der Quoten für Stahl endgültig ein, nachdem die EG zugesichert hat, im Falle von zu hohen Importen von Billigstahl Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen.²⁵⁰ Am 16. Dezember 1991 werden schließlich die einzelnen Europa-Abkommen in Brüssel unterzeichnet. Jacques Delors spricht bei dieser Gelegenheit von einem wichtigen Schritt zu einer neuen europäischen Architektur.²⁵¹

243 NCA (Brüssel) vom 5. September 1991: Textilien für Portugal, Kohle für Deutschland, Agrarprodukte für Frankreich.

244 Bedarff, Hildegard, Die Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft, S. 50.

245 Lasten abgewälzt, in: Der Spiegel 39/1991, S. 155.

246 Sir Leon Brittan, zitiert in: Reuter (Prag) vom 10. September 1991: „We regard the lack of impetus and the lack of agreement so far as a disappointment and a matter of grave concern because I think it calls in question the credibility of the community“; der Präsident des DIHT, Stühl, zitiert in: Bedarff, Hildegard, Die Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft, S. 75–76: „Ein Hick-Hack über Rindfleischimportquoten kann nicht unsere Antwort auf den historischen Umbruch in Osteuropa sein“.

247 EG-Bulletin 9/1991, S. 47.

248 Reuter (Brüssel) vom 22. November 1991.

249 Ebenda

250 Buchan, David, Central Europeans sign trade accord with EC, in: Financial Times vom 17. Dezember 1991; vgl. die Haltung Spaniens bei den Beitrittsverhandlungen der Nordeuropäischen Länder. Auch hier hat Spanien nach dem offiziellen Beitrittsbeschluß der EG Nachbesserungen im Bereich der Fischfangquoten erreicht.

251 In: Weydenthal, Jan B. de, Czechoslovakia, Hungary, and Poland gain associate membership in the

3.3. Inhalt und Kritik des Europa-Abkommens²⁵²

Präambel: Konditionalität und Beitrittsfrage — Auch die Assoziationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und den Ländern Mitteleuropas stellen Präferenzabkommen auf der Basis des Art. 238 EG-Vertrag dar. Die verschiedenen Fassungen sind dabei im Grundsatz miteinander identisch und weisen lediglich in einigen Punkten länderspezifische Abweichungen auf. Es handelt sich hierbei um sogenannte gemischte Abkommen, deren Vertragsinhalte, vor allem die Bestimmungen über die kulturelle Zusammenarbeit und den politischen Dialog, sowohl in den Kompetenzbereich der Gemeinschaft als auch in den der einzelnen Mitgliedsstaaten fallen. Somit ist eine Ratifizierung des Abkommens im Europäischen Parlament und in den Parlamenten der einzelnen Nationalstaaten für die Inkraftsetzung erforderlich.²⁵³

Im Vertragswerk mit der ČSFR wird bereits in der Präambel auf die Konditionalität des Europa-Abkommens durch den Vermerk hingewiesen, daß ein Zusammenhang hergestellt werden sollte zwischen der vollen Verwirklichung der Assoziation einerseits und der tatsächlichen Vollendung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Reformen in der ČSFR andererseits. Da der Vertrag, zunächst abgeschlossen auf zehn Jahre, in zwei gleichmäßige Stufen aufgeteilt ist und über den Übergang zur zweiten Stufe gesondert entschieden wird (vgl. Art. 7), übt man dadurch automatisch einen gewissen Reformdruck von Seiten der EG auf die ČSFR aus.²⁵⁴ Dieser Punkt betrifft in erster Linie ökonomische Aspekte. Das Ziel einer geplanten Freihandelszone kann nur auf der Basis gleicher Wettbewerbsbedingungen erreicht werden. Bestimmte Grundbedingungen für den Übergang zur Marktwirtschaft müssen deshalb für ein erfolgreiches Funktionieren des Abkommens vorausgesetzt bzw. erwartet werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche freie Preisbildung, konstanter Geldwert sowie der Ausschluß von Monopolgewinnen und die Begünstigung von Investitionen.²⁵⁵ Vergleicht man diese Voraussetzungen mit der Situation in der ČSFR, dann muß festgestellt werden, daß zum Zeitpunkt des Entscheidungsprozesses innerhalb der EG und sogar teilweise während den Verhandlungen selbst die ČSFR die erforderlichen wirtschaftlichen Grundbedingungen noch nicht

EC, in: RFE/RL Research Report 6/1992, S. 25.

252 Alle Artikel-Angaben ohne Bezeichnung des Gesetzestextes beziehen sich auf das Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EG sowie ihren Mitgliedsstaaten und der Tschechischen Republik in seiner Fassung vom 4. Oktober 1993.

253 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten, S. 56; vgl. Lippert, Barbara, Mittel- und osteuropäische Staaten, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1991/92, Bonn 1992, S. 384.

254 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen der EG, S. 95.

255 Kramer, Heinz/Müller, Friedemann, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Assoziation, in: Bonvicini, Gianni u.a., Die EG und die jungen Demokratien in Europa: Ein gemeinsamer Bericht westeuropäischer Außenpolitik-Institute, Baden-Baden 1991, S. 30.

erfüllt und erst mit Beginn des Jahres 1991 die entscheidenden Weichen stellt. Trotzdem steht das Land bei den Überlegungen der EG nie zur Disposition.²⁵⁶ Im Gegenteil, schon mit dem Beginn der eigentlichen Verhandlungen zu den Europa-Abkommen hat die Gemeinschaft den ehemaligen Ostblock in verschiedene Gruppen eingeteilt, von denen die erste, und damit am weitesten fortgeschrittene, die Länder Polen, Ungarn und die ČSFR umfaßt.²⁵⁷ Die EG betreibt damit eine radikale Politik der Differenzierung, die sich sowohl an der geographischen Lage als auch an den Möglichkeiten für Reformen zu orientieren scheint.

Ein erster konkreter Punkt, der Anlaß zur Verstimmung auf Seiten der ČSFR gibt, ist die schon angesprochene Problematik des Beitritts. Wie bereits erwähnt, strebt Ministerpräsident Václav Klaus für sein Land eine Mitgliedschaft in der EG bis spätestens zum Jahr 2000 an, das Europa-Abkommen ist daher nur ein Zwischenziel. Dabei steht er mit seinem Wunsch nicht ganz allein. In der Präambel des EWG-Vertrages²⁵⁸ fordern die Unterzeichner die anderen Völker Europas auf, sich ihrer Gemeinschaft anzuschließen und legen im Art. 237 EWG-Vertrag fest: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“ Der Maastricht-Vertrag hat diesen Wortlaut im Art. O übernommen. Neben der geographischen Zugehörigkeit zum europäischen Kontinent existieren aber eine Reihe ungeschriebener Voraussetzungen, vor allem das Bekenntnis zur demokratischen Staatsform und einer marktwirtschaftlichen Ordnung, wobei hier die Anforderungen nicht an einem bestimmten System gemessen werden können. Dazu sind allein innerhalb der EG die Erscheinungsformen zu verschieden.²⁵⁹ Der Europäische Rat beschließt nach Art. O Maastricht-Vertrag nach Anhörung der Kommission sowie der Zustimmung der absoluten Mehrheit des Europäischen Parlaments einstimmig über die Aufnahme des Bewerbers. Die Entscheidung für einen Beitritt liegt somit in letzter Instanz im politischen Ermessen des Rates, doch darf die im EWG-Vertrag grundsätzlich festgelegte Offenheit der Gemeinschaft nicht willkürlich verleugnet werden.²⁶⁰ Im Europa-Abkommen selbst wird zwar dann auch am Ende der Präambel

256 Vgl. SEK (90) 492/F vom 22. Juni 1990 (Informationsbericht – Tschechoslowakei).

257 Langhammer, Rolf J., EC integration widening towards Eastern Europe: Reconciling the political and economic rationale of supporting the transformation process, The Kiel Institut of World Economics, Kiel Working Paper No.524, Kiel 1992, S. 9; vgl. Slay, Ben, The postcommunist economic transition: barriers and progress, in: RFE/RL Research Report 39/1993, S. 36: Die zweite Gruppe besteht aus Rußland, den Baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien, eine dritte Gruppe aus den restlichen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie dem ehemaligen Jugoslawien.

258 Auch im EG-Vertrag in der Präambel enthalten.

259 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten, S. 62–63; vgl. dazu ausführlich: Gärtner, Wolfram, Die Annäherung osteuropäischer Staaten an die Europäischen Gemeinschaften, in: Recht in Ost und West 8/1991, S. 228–230: Der Autor fügt noch völkerrechtliche Verpflichtungen als Voraussetzung für eine Aufnahme hinzu; vgl. EA 15/16/1992 S. D508–D514.

260 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten, S. 63.

von Seiten der Europäischen Gemeinschaft das Streben der ČSFR nach Vollmitgliedschaft in der EG anerkannt und festgestellt, daß das Abkommen bei der Verwirklichung dieses Ziels behilflich sein werde. Jede Automatik vor allem in Bezug auf Fristen oder einzelne Schritte bleibt aber unerwähnt und erfüllt somit in diesem ersten Punkt nicht die Hoffnungen des assoziierten Partners.²⁶¹

Handelsvereinbarungen — Kernstück des Vertrages ist die stufenweise Einführung der Freihandelszone (vgl. Art. 8), d.h. des freien Warenverkehrs zwischen den Partnern. Nach dem Grundsatz der Asymmetrie muß die Gemeinschaft dabei schneller voranschreiten als die ČSFR. So beseitigt die EG ihrerseits mit Ausnahmen für Spanien und Portugal für die meisten gewerblichen Waren die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen sofort und verpflichtet sich zum stufenweisen Abbau der Einfuhrzölle innerhalb von fünf Jahren. Der ČSFR wird bei Importen hingegen eine Übergangsphase von maximal 10 Jahren eingeräumt (vgl. Art. 9 – 14).²⁶² Sonderregelungen gibt es in den sensiblen Bereichen Textil, Stahl und Kohle. Für Textilien gilt eine Übergangsfrist von sechs Jahren, innerhalb derer von EG-Seite mengenmäßige Beschränkungen und Zölle sukzessive vermindert und schließlich beseitigt werden (vgl. Art. 16).²⁶³ Auch für Stahl gelten ähnliche Sonderregelungen, insbesondere für Deutschland.²⁶⁴ Im Kohlebereich werden Ausnahmeregelungen für Deutschland und Spanien getroffen, die beide erst bis zum Ende des vierten Jahres Einfuhrbeschränkungen aufgehoben haben müssen. Für die übrigen EG-Länder ist ein Jahr Übergangszeit vorgesehen (vgl. Art. 17).²⁶⁵

Den schwierigsten Teil des Abkommens machen die Regelungen im Agrarsektor aus (vgl. Art. 19 – 21). Hier produziert die Gemeinschaft selbst gerade in den Bereichen Rind- und Schweinefleisch, Getreide und Milchprodukte, Überschußmengen von beträchtlicher Größe. Eine Liberalisierungspolitik wie bei anderen gewerblichen Produkten war deshalb von Seiten der EG kaum zu erwarten. Sie würde sonst nicht nur an den Grundpfeilern einer gemeinsamen Agrarpolitik rütteln, sondern vor allem auch die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten zu stark berühren.²⁶⁶ Insbesondere Frankreich wehrte sich, wie bereits erwähnt, vehement gegen die Erhöhung des Imports von Rind- und Schaffleisch. Eine vorläufige Lösung wird hier durch ein Umlenken mittel- und osteuropäischer Fleischimporte vor allem in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion gefunden (Dreiecksgeschäfte). Doch trifft dieser Kompromiß auch auf Kritik aus Mittel- und Osteuropa. Eine

261 Vgl. Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, in: DIW-Wochenbericht 50/1991, S. 702.

262 Ebenda, S. 702.

263 Ebenda, S. 702.

264 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europa-Abkommen, S. 96.

265 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 15.

266 Ebenda, S. 11 – 12.

derart ausgerichtete Umlenkungspolitik würde zwar kurzfristig Abhilfe schaffen, auf lange Sicht aber einer Anpassung der eigenen Agrarstruktur an den westeuropäischen Standard im Wege stehen, zumal die sowjetische Agrarwirtschaft andere Strukturen als die EG aufweist.²⁶⁷ Bei anderen Produkten einigt man sich in den Abkommen unter anderem auf gemäßigte Abschöpfungssätze²⁶⁸ (Lebendtiere, Milch, Eier) und Zollkontingente mit ermäßigten Zollsätzen (Gemüse, Obst) mit Ausnahmeregelungen für Spanien und Portugal. Nach der Auffassung von Berthold Busch und Hans-Peter Fröhlich stehen damit im Agrarbereich die getroffenen Maßnahmen, zu denen auch Plafondserhöhungen²⁶⁹ und Einfuhrzuwachsrate gehören, in keinem Verhältnis zum Exportpotential der Partnerländer bei landwirtschaftlichen Grund- und Verarbeitungserzeugnissen.²⁷⁰ Handelsausweitend oder handelsfördernd können solche Maßnahmen daher nicht wirken, zumal ein Zeitplan für eine weitere Liberalisierung des Agrarmarktes nicht vereinbart wird.²⁷¹

Angesichts der relativ dürftigen Zugeständnisse²⁷² der EG bei der Marköffnung wird von verschiedenen Seiten erheblich Kritik an den Europa-Abkommen geübt. Ein zentraler Punkt ist dabei der Vorwurf, die EG öffne ihre Märkte zu langsam, während auf der anderen Seite die Schonfrist für die Industrien der Reformländer zu knapp bemessen sei.²⁷³ Betrachtet man darüber hinaus die Warenstruktur des tschechoslowakischen Außenhandels, dann wird deutlich, daß ein Großteil der Exporte in den Westen Bereiche betrifft, die von der EG gesondert behandelt werden:

267 Inotai, András, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: *Integration* 1/1992, S. 32; Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa, S. 69.

268 Abgaben auf Ein- und Ausfuhr im Rahmen der EG-Agrarpolitik.

269 Oberer Grenzbetrag bei Kreditgewährungen.

270 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, *Aufbruch im Osten*, S. 57.

271 Langhammer, Rolf J., *Die Assoziierungsabkommen*, S. 12–13.

272 Pinder, John, *The European Community and Eastern Europe*, London 1991, S. 61: Der Autor kommt zu dem Schluß, wesentliche Fortschritte gegenüber den Handels- und Kooperationsabkommen seien durch das Europa-Abkommen nicht erzielt. Vielmehr handle es sich nur um eine Konsolidierung dessen, was bereits vereinbart sei.

273 Meier, Christian, *Die „Europa-Verträge“*, S. 28; vgl. Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, *Osteuropa*, S. 69.

Der mitteleuropäische Anteil (in %) am gesamten EG-Import (1989 – 1992)

Land	Alle Bereiche			sensible Bereiche		
	1989	1991	1992	1989	1991	1992
ČSSR/ČSFR	0,24	0,35	0,47	0,35	0,45	0,58
Ungarn	0,25	0,32	0,35	0,54	0,63	0,63
Polen	0,37	0,53	0,60	0,64	0,86	0,86
Gesamt	0,86	1,20	1,42	1,53	1,94	2,07

aus: Galinos, Alexis, Central Europe and the EU: Prospects for closer integration, in: RFE/RL Research Report 29/1994, S. 21.

Für die drei mitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und die ČSFR insgesamt ergibt sich sogar für 1992 ein Anteil der sensiblen Warengruppen am Export in die EG von jeweils über 50%, während er am EG-Import ungefähr 2% ausmacht.²⁷⁴ Von einer Überschwemmung mit Billigprodukten kann folglich auf EG-Seite kaum die Rede sein, während für die betroffenen Mitteleuropäer dieses Problem geradezu eine Existenzfrage darstellt. Hinzu kommt, daß alle drei Länder in diesen Bereichen eine ähnliche Exportstruktur aufweisen und in starker, von Brüssel protegierter Konkurrenz aus Griechenland, Spanien und Portugal stehen.²⁷⁵ Christian Meier spricht in diesem Zusammenhang von *kleinkarierter Quotenfeilscherei* auf Seiten der EG und wirft der EG mangelnde Hilfsbereitschaft vor.²⁷⁶ Vor allem im Agrarbereich, so eine andere Analyse, sei eine größere Marktöffnung durchaus möglich gewesen²⁷⁷, wodurch der daraus resultierende stärkere Wettbewerb den auch in der EG notwendigen Strukturwandel endlich herbeiführen oder beschleunigen könnte.²⁷⁸ Aber auch EG-Experten zeigen sich durchaus selbstkritisch. So fragt sich zum Beispiel der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG in einer Stellungnahme vom Oktober 1991, warum die EG fünf Jahre für die Öffnung ihrer Märkte benötige, und stellt fest, daß auch die sensiblen Bereiche auf Dauer davon nicht ausgenommen sein könnten²⁷⁹: „Die Europäische Gemeinschaft sollte nicht vergessen, daß höhere Exporterlöse für die

274 Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“, S. 29.

275 Brendel, Gerhard, Zu den Wirtschaftsbeziehungen der EG, S. 16.

276 Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“, S. 29.

277 Zu den Assoziationsverträgen der EG, S. 704.

278 Ebenda, S. 704; vgl. FAZ vom 27. August 1994 („Die Agrarpolitik erschwert die Annäherung von Osteuropa an die EU“).

279 SEK (91) 1119/Korr. vom 20. Oktober 1991 (Ergänzende Stellungnahme zum Thema: Die Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten), S. 4.

Reformstaaten entscheidende Voraussetzungen sind, um die Restrukturierung der Wirtschaft voranzutreiben.“²⁸⁰

Die Ursachen dieser Politik sind leicht auszumachen. So folgert Hildegard Bedarff, daß die Ergebnisse die Unfähigkeit der Gemeinschaft widerspiegeln, „angesichts von Partikularinteressen ihrer Mitglieder in sensiblen Bereichen eine weitsichtige Politik zu betreiben“²⁸¹. Ähnlich formuliert dies Heinz Kramer, wenn er schreibt, die Vermutung läge nahe, daß organisierte Interessen innerhalb der EG durch ihre Einflußmöglichkeiten die Verhandlungen zu den Europa-Abkommen stark beeinflusst und auf die Absicherung ihres Besitzstandes abgezielt hätten.²⁸² Deutlich wird auf jeden Fall der im Europa-Abkommen klar erkennbare Widerspruch zwischen Freihandel und ökonomischem Eigeninteresse.²⁸³

Es gibt aber auch Stimmen, die die Endergebnisse für sich allein betrachtet zwar kritisieren, im Zusammenhang mit den tatsächlichen Möglichkeiten aber durchaus gute Ansätze erkennen. So gelangt Rolf J. Langhammer zu der These, daß angesichts der Schwierigkeiten in den einzelnen Verhandlungsrunden und der zur Verfügung stehenden Optionen die Resultate im handelspolitischen Teil des Abkommens durchaus positiv zu bewerten seien.²⁸⁴ Immerhin hätten es die Reformländer auf Anhieb geschafft, einen Fuß in den ansonsten geschlossenen europäischen Agrarmarkt zu setzen, wodurch sich die EG früher oder später genötigt sehen werde, die Türe weiter zu öffnen. Auch bei Montan- und Textilprodukten lenke die EG in ihrer Politik langsam aber sicher ein.

Letztendlich ist aber festzustellen, daß die unterschiedlichen Analysen des Europa-Abkommens durchweg negative Beurteilungen des Vertragswerks hervorbringen und auch die offiziellen Verlautbarungen entgegen der Anfangseuphorie sachlicher werden. Warum haben die Mitteleuropäer diese Ergebnisse akzeptiert? Wie dargelegt, standen die Verhandlungen bereits zweimal kurz vor dem Abbruch, da die Reformländer mit den Angeboten der EG im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich nicht zufrieden sein konnten. Die nun im Endeffekt erzielten Regelungen stellen somit schon Kompromißformeln dar, die nur durch die hartnäckige Haltung von Seiten der Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken durchgesetzt werden konnten. Wenn man daher also von durchaus schlechteren Anfangsangeboten der EG ausgeht, dann erweisen sich die Ergebnisse tatsächlich als erste Teilerfolge.

280 Ebenda, S. 24.

281 Bedarff, Hildegard, Die Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft, S. 61.

282 Kramer, Heinz, The European Community's response, S. 228.

283 Dyker, David A., Free trade and fair trade with Eastern Europe, in: RFE/RL Research Report 26/1993, S. 39.

284 Langhammer, Rolf, J., Die Assoziierungsabkommen, S. 35 – 36; vgl. ders. EC integration widening, S. 6.

Freizügigkeit, Niederlassungsrecht, Dienstleistungsverkehr — Der nächste größere Abschnitt des Europa-Abkommens enthält nähere Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, über das Niederlassungsrecht sowie über den Verkehr mit Dienstleistungen. Die hierin aufgenommenen Regelungen sind weniger umfangreich als die Vereinbarungen bezüglich des freien Warenverkehrs. Als sensibelster Punkt erweist sich die Frage der Freizügigkeit von Personen, da „die Erteilung von Arbeitserlaubnissen, der Zugang zum Erwerbsleben, die rechtliche Behandlung ausländischer Arbeitnehmer hinsichtlich Beschäftigung, Entlohnung sowie sozialer Sicherheit in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten liegen“²⁸⁵. So hat die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel für rund 56.000 Arbeitnehmer aus Polen, Ungarn und der ČSFR Werkvertrags- und Gastarbeiterabkommen ausgehandelt.²⁸⁶ Das Europa-Abkommen legt fest, legal tätige tschechoslowakische Arbeitnehmer, vorbehaltlich der Regelungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EG, bezüglich der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung sowie der Entlassung nicht zu diskriminieren (vgl. Art. 38). Desweiteren wird lediglich den Angehörigen von legal beschäftigten Tschechen und Slowaken der Zugang zum EG-Arbeitsmarkt gewährt. Ansonsten bleibt dieser entgegen vieler Hoffnungen geschlossen²⁸⁷ und verdeutlicht gleichzeitig den Zwiespalt, in dem sich die EG befindet. Einerseits hat die Gemeinschaft über 40 Jahre lang die kommunistischen Regierungen aufgefordert, ihren Bürgern Bewegungsfreiheit zuzugestehen, andererseits schränkt die EG nun selbst die Mobilität derselben Personen wieder ein.²⁸⁸ Unberührt von diesen Regelungen bleiben bereits bestehende günstigere bilaterale Abmachungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EG und der ČSFR (vgl. Art. 41). Das Europa-Abkommen fordert in diesem Zusammenhang die Mitgliedsstaaten der EG auf, solche bilaterale Verträge abzuschließen, beizubehalten bzw. zu verbessern (vgl. Art. 42).

Die Niederlassungsfreiheit, die das warenproduzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich umfaßt, richtet sich im wesentlichen nach der Definition der Art. 52 — 58 EG-Vertrag, die eine dauerhafte Niederlassung im Rahmen einer selbständigen Erwerbstätigkeit im Gültigkeitsbereich der Abkommen mit dem Ziel einer ständigen Integration vorsehen.²⁸⁹ Das Europa-Abkommen unterscheidet dabei verschiedene Geschwindigkeiten bei der Einführung jener sogenannten Inländerbehandlung, die Ausländer mit einheimischen Staatsbürgern gleichstellen soll (vgl. Art. 45 Abs.1 (i)). Die EG gewährt Unternehmen aus dem Partnerland mit Inkrafttreten der Abkommen die Inländerbe-

285 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 99.

286 Ebenda, S. 99; vgl. Reuter (Brüssel) vom 7. November 1991: Die tschechoslowakische Delegation drängte bei den Verhandlungen zu dem Europa-Abkommen darauf, bilaterale Verträge nach deutschem Muster mit jedem EG-Land abschließen zu wollen.

287 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 17.

288 Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa, S. 70.

289 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 98.

handlung (vgl. Art. 45 Abs.3). Dabei tauchen für die EG selbst keine größeren Hindernisse auf, da die Gemeinschaft schon ein relativ liberales Niederlassungsrecht für ausländische Unternehmen besitzt.²⁹⁰ Für die bereits in der ČSFR tätigen Unternehmen aus der EG gilt ebenfalls unmittelbar mit Inkrafttreten des Abkommens die Inländerbehandlung (vgl. Art. 45 Abs.1 (i)). Neue Niederlassungen aus dem Bereich des warenproduzierenden Gewerbes erhalten jedoch die Niederlassungsfreiheit in der ČSFR binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens. Dienstleistungsanbieter haben ebenfalls eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Ausnahmen bilden hier Banken und Versicherungen, denen zehn Jahre zugeschrieben werden (vgl. Anhang XVIa).²⁹¹

Ein wesentlicher Grund für diese Zurückhaltung ist der Prager Wunsch, den eigenen noch unterentwickelten Dienstleistungssektor zu schützen.²⁹² Dieses Argument muß sich allerdings wegen der Bedeutung des finanziellen Sektors und der Nichtbeachtung von Kompromißmöglichkeiten²⁹³ Kritik gefallen lassen. So ist zum Beispiel Rolf Langhammer zuzustimmen, wenn er dem dortigen unterentwickelten Bankensektor einen momentan sehr geringen Beitrag zum Gelingen der Reformprozesse zutraut und die Niederlassungsfreiheit insgesamt aufgrund der Vielzahl von Sonderbestimmungen und Ausnahmeregelungen als *stumpfes Schwert* bezeichnet.²⁹⁴ Doch muß bei diesen Überlegungen auch der Gedanke der unterschiedlichen Ausgangspositionen berücksichtigt werden. Gerade im finanziellen Sektor ist es wichtig, nationale Eigenheiten nur mit Vorsicht anzugreifen. Der Vorwurf des *nationalen Ausverkaufs*, der gerade in der ČSFR/ČR ein nicht unbedeutendes Gewicht besitzt, könnte sonst traurige Wahrheit werden. In die gleiche Richtung gehen daher auch die Bestimmungen über Immobilien. Zwar dürfen EG-Unternehmen mit Inkraftsetzung des Vertrages Grundbesitz kaufen, pachten oder verkaufen. Der Erwerb und Verkauf natürlicher Ressourcen, land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen sowie von Kulturdenkmälern, historischen Denkmälern und Gebäuden bleiben davon aber ausgenommen (vgl. Anhang XVIc).

Kapitalverkehr, Wettbewerb, Angleichung der Rechtsvorschriften — Für den Kapitalverkehr sind konkrete Bestimmungen im Europa-Abkommen nicht zu finden. Hier heißt

290 Ders., Die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen der Europäischen Gemeinschaft in den Europaabkommen der EG mit der ČSFR, Polen und Ungarn, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 18/1992, S. 572.

291 Vgl. Anhang XVIb des Europa-Abkommens: Weitere Ausnahmen sind u.a. Rüstungs- und Verteidigungsproduktion sowie Stahlherstellung.

292 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 99.

293 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 17: „Kompromisse, wie sie aus Entwicklungsländern bekannt sind, beispielsweise Minderheitsbeteiligungen oder Verpflichtungen, Eigenkapitalanteile nach einer bestimmten Frist Einheimischen anzubieten, wurden nicht in Betracht gezogen.“

294 Ebenda, S. 17–18.

es lediglich, die Vertragsparteien würden Konsultationen aufnehmen, um den Kapitalverkehr zwischen der Gemeinschaft und der ČSFR zu erleichtern (vgl. Art. 61 Abs.3). Eine Verpflichtung zur Herstellung der vollen Freiheit des Kapitalverkehrs innerhalb der Übergangsphase von zehn Jahren ist danach nicht vorgesehen.²⁹⁵ Somit ist in der Aufzählung, Ausformung und Verwirklichung der vier Grundfreiheiten (freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) deutlich eine hierarchische Gliederung erkennbar. Dem freien Warenverkehr wird entsprechend der Zielsetzung, eine Freihandelszone zu errichten, oberste Priorität eingeräumt. Die Detaillierung nimmt dann in den folgenden Punkten deutlich ab. Eine Gleichgewichtung der vier Freiheiten wird theoretisch im Binnenmarkt erreicht, den die EG selbst erst am 1. Januar 1993 vollendet hat. Brüssel folgt somit in den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa zunächst dem Vorbild des eigenen Integrationsprozesses.

Wie stark der Einfluß der EG in dem Vertragswerk weiterhin ist, machen die Regelungen bezüglich des Wettbewerbs deutlich (vgl. Art. 64). Demnach müssen alle wettbewerbsverzerrenden Vereinbarungen, marktbeherrschenden Stellungen oder staatlichen Beihilfen, die den Handel zwischen den Vertragsparteien beeinträchtigen, mit gewissen Übergangsfristen beseitigt werden. Eine Angleichung des Rechts zum Schutze des geistigen, kommerziellen und gewerblichen Eigentums (vgl. Art. 67) sowie die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens ergänzen dabei die generelle Tendenz, das Wirtschaftsrecht der ČSFR allmählich dem der Gemeinschaft anzunähern.²⁹⁶ Als zentral erweisen sich auch die Regelungen, in denen die Angleichung der meisten Rechtsvorschriften der ČSFR an das Gemeinschaftsrecht festgelegt wird, wobei hier die EG technische Hilfe bei der Durchführung bereitstellt (vgl. Art. 69–71). Eine Setzung von Prioritäten aber, die neben dem Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht auch die Aspekte Umwelt, Beihilfe sowie Arbeits- und Verbraucherschutz berücksichtigen sollte, wird, so eine kritische Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses, zunächst nicht durchgeführt²⁹⁷ und unterstreicht damit die handelspolitische Ausrichtung des Abkommens.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit — Der mit Abstand größte Abschnitt des Abkommens behandelt die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Vertragspartner. Ziel soll es sein, das Entwicklungs- und Wachstumspotential der ČSFR zu steigern sowie die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen (vgl. Art. 72). Die Zusammenarbeit soll folgende Bereiche umfassen: Industrielle Zusammenarbeit (vgl. Art. 73), Investitionsförderung und Investitionsschutz (vgl. Art. 74), Industrienormen und

295 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 100.

296 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 20.

297 Vgl. SEK (91) 1119/Korr. vom 20. Oktober 1991 (Ergänzende Stellungnahme zum Thema: Die Beziehungen der EG zu den mittel- und osteuropäischen Staaten), S. 7.

Konformitätsprüfung (vgl. Art. 75), Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik (vgl. Art. 76), allgemeine und berufliche Bildung (vgl. Art. 77), Landwirtschaft und Agroindustrie (vgl. Art. 78), Energie (vgl. Art. 79), nukleare Sicherheit (vgl. Art. 80), Verkehr (vgl. Art. 82), Telekommunikation (vgl. Art. 83), Banken, Versicherungen, andere Finanzdienstleistungen und Rechnungsprüfung (vgl. Art. 84), Währungspolitik (vgl. Art. 85), Geldwäsche (vgl. Art. 86), Regionalentwicklung (vgl. Art. 87), Zusammenarbeit im sozialen Bereich (vgl. Art. 88), Fremdenverkehr (vgl. Art. 89), kleine und mittlere Unternehmen (vgl. Art. 90), Information und Kommunikation (vgl. Art. 91), Verbraucherschutz (vgl. Art. 92), Zoll (vgl. Art. 93), Zusammenarbeit im Bereich der Statistik (vgl. Art. 94), Wirtschaftswissenschaften (vgl. Art. 95) sowie Drogen (vgl. Art. 96).

Exemplarisch soll im folgenden die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt näher erläutert werden (vgl. Art. 81). Die Kooperation umfaßt u.a. die Themen Bekämpfung der Luftverschmutzung, wirksame und umweltschonende Energiegewinnung und Energienutzung, Abfallentsorgung, Raumordnung, globale Klimaveränderung sowie Umwelterziehung und Umweltbewußtsein. Die konkrete Zusammenarbeit ergibt sich dabei aus dem Austausch von Know how, Informationen und Sachverständigen, aus Ausbildungsprogrammen, gemeinsamen Forschungsarbeiten, Angleichung der Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen Entwicklung von Strategien. Die EG wird bei allen diesen Punkten in die Pflicht genommen, einen erheblichen Anteil bei der gegenseitigen Annäherung zu leisten.²⁹⁸ Zwar handelt es sich dabei nur um Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen, diese kommen aber der eigentlichen Absicht sehr entgegen, die Handlungsbasis der ČSFR an westliches Niveau anzugleichen und damit auch ähnliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

Kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit — Bei weitem kürzer fallen die Bestimmungen über eine kulturelle Zusammenarbeit aus. Hier werden einzelne Programme vereinbart, die die Übersetzung literarischer Werke, die Erhaltung und Restaurierung von Denkmälern, Ausbildungsmaßnahmen und europabezogene Kulturveranstaltungen miteinschließen (vgl. Art. 97). Gefördert werden soll darüber hinaus auch eine Kooperation der audiovisuellen Industrie auf dem Kontinent. Von erheblich größerer Bedeutung sind die Bestimmungen über eine finanzielle Zusammenarbeit. Das Abkommen gewährt zwar der ČSFR Zuschüsse und Darlehen im Rahmen des PHARE-Programms, der Europäischen Investitionsbank und in Verbindung mit den G-24-Aktivitäten (vgl. Art. 98, 99 und 101). Jedoch geht die EG keine neuen Verpflichtungen ein, um, so John Pinder, flexibel auf die Entwicklungen in den einzelnen Ländern reagieren zu können.²⁹⁹ Im Gegensatz zu

298 Vgl. Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 36.

299 Pinder, John, The European Community, S. 70; vgl. Merritt, Giles, Abenteuer Osteuropa, S. 44: Wahrscheinlich ist es auch die Furcht, mit einer konkreten Regelung einen Blankoscheck für die

den Lomé-Abkommen mit den Entwicklungsländern konnte man sich somit auf keine festen Beträge einigen, so daß die einzelnen Projekte ebenso wie die dafür vorgesehenen Finanzmittel jährlich neu in Absprachen bestimmt werden müssen.³⁰⁰ Zu einer Vereinfachung der Kooperation und zu einer längerfristigen Planung in der ČSFR trägt dieser Entschluß mit Sicherheit nicht bei, die Enttäuschung in Prag ist daher verständlich.³⁰¹

Politischer Dialog — Im wesentlichen handelt es sich bei dem Europa-Abkommen bislang um ein reines Wirtschaftsabkommen. Es unterscheidet sich damit kaum von den Assoziationsverträgen anderer Art. Neu hingegen ist mit Sicherheit die Institutionalisierung des politischen Dialogs als festem Bestandteil des Abkommens. Ziel ist es, die Annäherung zwischen der Gemeinschaft und der ČSFR zu begleiten und zu festigen, den politischen und wirtschaftlichen Wandel in diesem Land zu unterstützen und zur Herstellung dauerhafter Solidaritätsbeziehungen und neuer Formen der Zusammenarbeit beizutragen (vgl. Art. 2). Dabei strebt Brüssel eine Erleichterung der Integration der ČSFR in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten, eine zunehmende Konvergenz der Positionen zu internationalen Problemen und auch eine Annäherung der Standpunkte in Sicherheitsfragen an.³⁰² Hierfür werden hauptsächlich zwei verschiedene Ebenen der Beratung und des Austausches eingerichtet. Erstens finden auf Ministerebene Besprechungen im sogenannten *Assoziationsrat* statt (vgl. Art. 3). Darunter fallen auch Treffen zwischen den Präsidenten der ČSFR, des Europäischen Rates sowie der Europäischen Kommission und Tagungen hoher Beamter (vgl. Art. 4). Ein weiteres Verfahren beinhaltet die Heranführung Prags an die Europäische Politische Zusammenarbeit durch einen verstärkten Informationsaustausch (vgl. Art. 4). Die ČSFR soll damit allmählich mit den außenpolitischen Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft vertraut gemacht werden.³⁰³ Zweitens wird auf parlamentarischer Ebene ein *Parlamentarischer Assoziationsausschuß* gebildet (vgl. Art. 5), dem Abgeordnete des Europäischen sowie des tschechoslowakischen Parlaments angehören (vgl. Art. 110).

Erst im letzten Abschnitt des Abkommens wird detaillierter auf die eben angeführten Punkte eingegangen (vgl. Art. 105–112). Der Assoziationsrat als wichtigstes Organ überwacht die Durchführung des Europa-Abkommens und tagt mindestens einmal jährlich. Er besteht aus den Mitgliedern des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und Vertretern der Prager Regierung. Der Assoziationsrat faßt für beide Seiten verbindli-

Reformländer auszustellen.

300 Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“, S. 27–28.

301 Vgl. Zu den Assoziationsverträgen der EG, S. 701–702; vgl. Zschiedrich, Harald, Die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas auf dem Weg in die EG, in: Osteuropa – Wirtschaft 3/1992, S. 207–208.

302 PE A3–0297/93 vom 14. Oktober 1993 (Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit), S. 8.

303 Kramer, Heinz, The European Community's response, S. 230.

che Beschlüsse, vermittelt in Streitigkeiten und wird dabei in seiner Tätigkeit von einem eigenen Ausschuß unterstützt. Vergleiche mit den seit 1988 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ČSSR/ČSFR abgeschlossenen Verträgen zeigen bei der Einrichtung des Assoziationsrates eine durchgehende Linie auf. So ist in dem Abkommen über den Handel³⁰⁴ vom Dezember 1988 (Art. 12) sowie in dem Handels- und Kooperationsabkommen³⁰⁵ vom Mai 1990 (Art. 19) von einem Gremium regelmäßiger Konsultationen bzw. einem gemischten Ausschuß die Rede, der die Durchführung der einzelnen Abkommen überwachen und Maßnahmen zur Erreichung der vereinbarten Ziele treffen soll. Der Assoziationsrat bildet somit eine qualitative Weiterentwicklung der bereits bestehenden Institutionen durch die Hinzunahme des politischen Sektors und verdeutlicht gleichzeitig die enge Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Entwicklung.³⁰⁶ Fraglich ist allerdings, ob die im Europa-Abkommen eingerichteten Gremien den Dialog tatsächlich fördern. Der Assoziationsrat mit seinem festgeschriebenen einmaligen Treffen pro Jahr sowie ein gemeinsamer parlamentarischer Ausschuß dürften für den beabsichtigten Zweck nicht ausreichen. Vielmehr müßte, wie Heinz Kramer es beschreibt, ein regelmäßiger Austausch auf verschiedenen Ebenen eingerichtet und der Dialog insgesamt multilateralisiert werden.³⁰⁷

Zwei weitere Punkte, die nicht unmittelbar den Inhalt des Abkommens betreffen, müssen noch erwähnt werden. Um die durch die Ratifizierungsbestimmungen verursachten Zeitverzögerungen im handelspolitischen Teil möglichst zu vermeiden, treten durch ein Interimsabkommen zum 1. März 1992 die Bestimmungen über den Handel und Handelsfragen zwischen der EG und der ČSFR in Kraft, wobei das Land ab diesem Datum aus der Liste der Begünstigten gestrichen wird.³⁰⁸ Das Interimsabkommen umfaßt die Vereinbarungen über den freien Warenverkehr sowie die Einsetzung eines gemischten Ausschusses bis zur Formung des Assoziationsrates. Die Geltungsdauer des Interimsabkommens wird vorläufig und in der Hoffnung auf einen schnellen Abschluß des Ratifizierungsverfahrens des Europa-Abkommens auf den 31. Dezember 1992 beschränkt.

Von allgemeinem Interesse im Zusammenhang mit dem Europa-Abkommen ist auch die Frage nach dessen Konformität zum GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Die im Europa-Abkommen verankerte spezielle Form der Assoziierung läßt vor allem bei Drittländern heftige Kritik aufkommen. Vorwürfe betreffen in erster Linie den Bruch

304 Abl. C 7/7 vom 10. Januar 1989.

305 Abl. L 291/33–34 vom 23. Oktober 1990.

306 Vgl. Izik Hedri, Gabriella, Die EG und die Staaten des „Visegráder Dreiecks“: Zu den Assoziierungsabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, der Tschechoslowakei und insbesondere Ungarn, in: Osteuropa 2/1993, S. 158.

307 Kramer, Heinz, Die EG und die Stabilisierung Osteuropas, in: Außenpolitik 1/1992, S. 17.

308 Abl. C 69/13 vom 18. März 1992; vgl. EG-Bulletin 6/1992, S. 95.

des im GATT vereinbarten Meistbegünstigungsprinzips (Art. I GATT) und des Nichtdiskriminierungsgrundsatzes (Art. XIII GATT), der in dieser Form nur in einer Freihandelszone (bzw. Zollunion) zulässig ist.³⁰⁹ Für ein solches Freihandelsabkommen fordert GATT in Art. XXIV die Beseitigung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Vertragspartnern für annähernd den gesamten Handel.³¹⁰ Das Europa-Abkommen selbst begründet noch keine Freihandelszone, sondern will lediglich den Weg dorthin ebnen. Ein solches Interimsabkommen, das in diesem Fall mit dem Europa-Abkommen identisch ist, ist nach GATT-Regeln möglich, sofern es die Errichtung einer Freihandelszone in einem Zeitraum von zehn Jahren beabsichtigt. Bis auf den Agrarbereich entsprechen somit, nach Auffassung von Hans-Dieter Kuschel, alle Bestimmungen des Europa-Abkommens diesen Bedingungen, wobei im Agrarbereich selbst auch auf GATT-Ebene zahlreiche Beschränkungen zu finden sind.³¹¹ Trotzdem scheinen die Bedenken nicht verstummen zu wollen. Vor allem die Befürchtung handelsumlenkender Effekte des Europa-Abkommens zu Ungunsten von Drittländern nährt kritische Bewertungen. Das Europa-Abkommen wird in diesem Punkt aber erst zu einem späteren Zeitpunkt beurteilt werden können.³¹²

3.4. Nachbesserungen

Am 22. April 1992 billigt das tschechoslowakische Parlament das Europa-Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft.³¹³ Doch obwohl die Volksvertreter sich mit großer Mehrheit für die Assoziierung aussprechen, stehen weiterhin zwei Bereiche im Mittelpunkt der Diskussion: die Verbesserung des Zugangs zu den Märkten der EG sowie die Möglichkeit eines schnellen Beitritts.

In Brüssel vermeidet man nach wie vor jede klare Stellungnahme im Hinblick auf eine Osterweiterung. Erst als die Mitteleuropäer in einer gemeinsamen Erklärung³¹⁴ vom September 1992 die Gemeinschaft konkret auffordern, bereits 1996 Verhandlungen aufzunehmen und diese bis spätestens zum Jahr 2000 abzuschließen, reagiert die EG.

309 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 97.

310 Schulz, Hartwig, Die Europa-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, Ungarn und der ČSFR, in: Zeitschrift für Zölle 5/1992, S. 141.

311 Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen, S. 97.

312 Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen, S. 34; vgl. ders., EC integration widening, S. 13 – 14.

313 Reuter (Prag) vom 22. April 1992.

314 Vgl. Kramer, Heinz, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1992/93, Bonn 1993, S. 394 – 395.

Douglas Hurd – Großbritannien hatte zu diesem Zeitpunkt die EG-Präsidentschaft inne
– weist zwar den Wunsch nach einem Zeitplan Anfang Oktober zurück:

„We sympathise with the wish of our friends here to become full members but it is difficult now to envisage a timetable. There are many uncertainties, particularly in the economic area. Talking of a timetable risks creating an expectation, and perhaps disappointment.“³¹⁵

Doch auf einem Treffen der EG-Regierungschefs mit ihren mitteleuropäischen Amtskollegen am 28. Oktober in London erklärt John Major für viele überraschend, daß Kriterien für einen Beitritt noch vor dem EG-Dezembergipfel in Edinburgh erarbeitet werden sollen.³¹⁶ Majors Zugeständnis wird in Prag mit Wohlwollen aufgenommen. Anfang November gibt der tschechische Außenminister Josef Zieleniec zu verstehen, daß er klare Bedingungen einem genauen Zeitplan vorziehe, da dieser sich sogar als Hindernis für diejenigen Staaten erweisen könnte, deren Reformprozeß schon weiter fortgeschritten sei.³¹⁷ Trotzdem sehe auch er das Jahr 1996 als ein gutes Datum für die Tschechische Republik für den Beginn von Verhandlungen.³¹⁸ Deutlich sichtbar wird hier erneut die Tendenz der tschechischen Regierung, im Bewußtsein der baldigen Auflösung der ČSFR und des eigenen wirtschaftlichen Vorsprungs sich von dem Visegrád-Prozeß abzukoppeln und eine eigene Annäherungspolitik an Brüssel zu verfolgen.

In einem Bericht der Kommission für den Europäischen Rat in Edinburgh am 11. und 12. Dezember 1992³¹⁹ wird zum ersten Mal konkret auf die Beitrittsmöglichkeit der Reformländer eingegangen. Die Kommission vertritt dabei die These, daß der Europäische Rat das Ziel einer Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Länder in der EG (nicht die Mitgliedschaft selbst) akzeptieren solle, sofern diese in der Lage seien, die geforderten Voraussetzungen zu erfüllen. Dieser Schritt sei dabei vor allem als psychologisches Signal von Seiten der Gemeinschaft zu verstehen, die Reformprozesse fortzusetzen.³²⁰ Dabei müßte folgenden, teilweise schon in den Europa-Abkommen verankerten Faktoren Rechnung getragen werden³²¹:

315 Zitiert in: Reuter (Luxemburg) vom 5. Oktober 1992.

316 Robinson, Anthony/Mauthner, Robert, Summit leaves Central Europeans in dark over future entry to EC, in: Financial Times vom 29. Oktober 1992.

317 Handelsblatt vom 3. November 1992 („Prag will klare Kriterien für einen Beitritt zur EG“).

318 NCA (London) vom 1. Dezember 1992.

319 SEK (92) 2301 endg. vom 2. Dezember 1992 (Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas); vgl. EG-Bulletin 6/1992, S. 10: Die Kommission ist auf dem Lissaboner Gipfel im Juni 1992 beauftragt worden, einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen aufzustellen sowie neue Initiativen für die Zukunft vorzuschlagen.

320 SEK (92) 2301 endg. vom 2. Dezember 1992 (Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas), S. 2–3.

321 Ebenda, S. 3.

- 1) die Fähigkeit des betreffenden Landes, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen, den sogenannten *Besitzstand der Gemeinschaft* oder *acquis communautaire*, zu übernehmen³²²;
- 2) die Stabilität der Institutionen, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte sowie der Minoritätenrechte garantieren;
- 3) die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft;
- 4) die Übernahme der Ziele der politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion;
- 5) die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft standzuhalten;
- 6) die Fähigkeit und Bereitschaft der Gemeinschaft, neue Mitglieder aufzunehmen und gleichzeitig die Richtung auf eine europäische Integration zu wahren.

Die Kommission gibt mit dem kompletten Kriterienkatalog nicht nur zu erkennen, daß eine funktionierende Mitgliedschaft an bestimmte, sinnvolle Voraussetzungen bei den Beitrittskandidaten gebunden ist, sondern legt auch Wert auf die Aufrechterhaltung des erreichten Integrationsstandes und auf die Handlungsfähigkeit der EG. Dabei verdeutlicht die Kommission mit dem letzten Punkt noch einmal, daß für die Aufnahme neuer Mitglieder kein Automatismus besteht. Auch ein genauer Zeitplan wird vermieden, da, so die Kommission, eine terminliche Festlegung zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht wäre. In jedem Falle sei aber noch nach einem eventuellen offiziellen Beitritt eine Übergangszeit erforderlich, um die Reformstaaten auf die Übernahme aller Rechte und Pflichten vorzubereiten.³²³ Flankierend gelte es hier, den politischen Dialog vor allem durch einen parallel zu den bilateralen Beziehungen des Europa-Abkommens zu schaffenden multilateralen Dialog der Länder deutlich zu verstärken, die beschlossen hätten, untereinander enger zusammenzuarbeiten.³²⁴

Erst der Kopenhagener Gipfel vom 21. und 22. Juni 1993 bietet dann eine klare Stellungnahme des Europäischen Rates und damit der Gemeinschaft zum Thema Mitgliedschaft der mitteleuropäischen Reformländer. Der Rat eröffnet ihnen die reelle Chance eines Beitritts und orientiert sich dabei an den von der Kommission aufgestellten

322 Die Erweiterung Europas: eine neue Herausforderung, Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 3/1992, S. 12: Unter den sogenannten *Besitzstand der Gemeinschaft* fallen folgende Punkte: Inhalt, Grundsätze und politische Ziele der Verträge einschließlich des Vertrags von Maastricht, das Folgerecht und die Rechtsprechung des Gerichtshofes, die Erklärungen und Entschlüsse der Gemeinschaft, die internationalen Abkommen und Abkommen zwischen Mitgliedstaaten, die die Tätigkeit der Gemeinschaft betreffen.

323 SEK (92) 2301 endg. vom 2. Dezember 1992 (Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas), S. 3.

324 Ebenda, S. 4–5.

Kriterien.³²⁵ Im Hinblick darauf wird zusätzlich zu den Europa-Abkommen mit den assoziierten Ländern ein multilateraler Rahmen für einen intensiveren Dialog und Konsultationen über Fragen von gemeinsamem Interesse neu geschaffen.³²⁶

Der Zugang zum europäischen Markt bildet den zweiten Themenschwerpunkt bei den Bemühungen Prags, Nachbesserungen im Europa-Abkommen zu erzielen. Dabei werden die bereits dargelegten Schwierigkeiten zunächst durch handelspolitische Konflikte verstärkt³²⁷, die in den folgenden Monaten die Beziehungen zwischen Ost und West erneut belasten. So führt die EG-Kommission von November 1992 an Antidumpingzölle³²⁸ auf die Importe einiger nahtloser Rohre aus Eisen und nicht-legiertem Stahl aus den Visegrád-Ländern ein³²⁹. Speziell für die Tschechische und Slowakische Republik werden im April 1993 sogenannte *Selbstbeschränkungsabkommen* zur Begrenzung der Exporte bestimmter Stahlprodukte in die EG vereinbart. Ausgangspunkt für die Berechnungen der dabei jährlich ansteigenden Ausfuhrmengen wird das Jahr 1991 und nicht das für die ČSFR günstigere Jahr 1992, so daß diese Bestimmungen faktisch Exportkürzungen darstellen³³⁰.

Als noch schwerwiegender erweist sich der im April 1993 von der EG wegen des Verdachts auf Maul- und Klauenseuche³³¹ verhängte Einfuhrstop tierischer Erzeugnisse (*cattle war*³³²) aus Mittel- und Osteuropa. Auch die Tschechische Republik ist von diesen Maßnahmen stark betroffen, obwohl die EG den aus diesem Land kommenden Tieren kurz zuvor bereits eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt hatte.³³³ Die Entscheidung in Brüssel löst folglich erhebliche Unruhe in Prag aus und gibt Vorwürfen neue Nahrung, die EG betreibe reinen Protektionismus.³³⁴ Ende April bzw. Anfang Mai werden nach heftigen Auseinandersetzungen die meisten Einfuhrverbote zwar wieder

325 EG-Bulletin 6/1993, S. 13.

326 Ebenda, S. 18; vgl. Höhmann, Hans-Hermann/Meier Christian, Systemic transformation in the East of Europe: Tasks, risks and external aspects, Berichte des BIOst 4/1994, S. 27.

327 Vgl. Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten, S. 58–59.

328 Vgl. EG-Bulletin 3/1993, S. 75–76: Die Antidumpingmaßnahmen wurden im März 1993 verlängert; solche Schritte sind im Europa-Abkommen (vgl. Art. 30) unter bestimmten Bedingungen vorgesehen.

329 Vgl. Vondran, Ruprecht, Osteuropäische Einfuhren zerstören EG-Märkte, in: Handelsblatt vom 29. Juli 1992: Der Autor berichtet, osteuropäischer Stahl erweise sich um 20 bis 35% billiger als gleiche Produkte aus dem Westen, deshalb drohten Dumping- und Antisubventionsverfahren. Das erste, in den Assoziationsabkommen gesuchte Rendezvous scheine im Streit zu enden; vgl. Barisitz, Stephan, Osteuropa, S. 62.

330 Vgl. NCA (Brüssel) vom 1. Juni 1992: „Germany and France have persuaded their European Community partners that steel imports from Czechoslovakia must be monitored and, possibly, controlled“; vgl. Dyker, David A., Free trade, S. 40.

331 Weydenthal, Jan B. de, The EC and Central Europe: A difficult relationship, in: RFE/RL Research Report 21/1993, S. 8.

332 Ebenda, S. 8.

333 Coudenhove, Sophia, EC curbs replace embargo, in: The Prague Post vom 5.–11. Mai 1993.

334 Candole, James de, Czechoslovakia, S. 20.

aufgehoben.³³⁵ Doch ob die Angst vor einer Seuchengefahr an der Entscheidung für den Einfuhrstopp in Brüssel mitwirkte oder ob protektionistische Gründe ausschlaggebend waren, bleibt in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas weiter ein Diskussionsthema. Angesichts dieser Maßnahmen ist jedenfalls Václav Klaus zu verstehen, der verärgert über die EG-Praktiken meint: „As soon as we export something successfully the West reacts with increased duties, quotas, or restrictions.“³³⁶

Mit dem Kommissionsbericht für den Ratsgipfel in Edinburgh von Dezember 1992 werden von EG-Seite erste konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lage unterbreitet. Handel sei besser als Finanzhilfe, die Europaabkommen würden dafür einen geeigneten und ausgewogenen Rahmen bilden. „Der Rhythmus der Liberalisierung sollte aber beschleunigt und die Handelshemmnisse in empfindlichen Sektoren sollten rascher abgebaut werden (...) Denn die Wirtschaftsexpansion in Mittel- und Osteuropa wird sowohl den direkt betroffenen Ländern als auch der Gemeinschaft zugute kommen.“³³⁷ Dazu müßten zunächst die Übergangszeiten verkürzt, die Marktzugänge erleichtert und die regionale Zusammenarbeit gefördert werden.³³⁸ Die Mitteleuropäer zeigen sich zufrieden. Die Vorschläge berücksichtigten zwar nicht alle Wünsche, dennoch seien sie ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß die Gemeinschaft ihre Notlage verstehe.³³⁹

In der abschließenden Erklärung des Europäischen Rates in Kopenhagen am 21. und 22. Juni 1993 stimmt man schließlich einer stärkeren Marktöffnung gegenüber Mitteleuropa zu.³⁴⁰ Wieder dienen die Vorschläge der Kommission als Grundlage. Konkret werden eine um zwei Jahre schnellere Verminderung der Zölle und eine leichte Erhöhung der Kontingente und Plafonds für die meisten Produkte vereinbart. Für Textilien, Kohle und Stahl wird die Übergangszeit auf maximal fünf Jahre verkürzt.³⁴¹ Die Handelsbeschränkungen im Agrarbereich bleiben allerdings bestehen.³⁴² Die Europäische Gemeinschaft behält somit ihre Strategie einer vorsichtigen Marktöffnung für Waren aus den Reformländern bei. Zwar wird die vorherrschende Rezession in Westeuropa als wichtiges Argument dafür angeführt.³⁴³ Unverständlich aber wird diese Haltung trotz allem vor dem Hintergrund eines mittlerweile deutlichen Exportüberschusses der EG im Handel mit Polen, Ungarn der ČSFR, Bulgarien und Rumänien von 2,5 Milliarden ECU

335 Weydenthal, Jan B. de, *The EC and Central Europe*, S. 8.

336 Zitiert in: Okolicsanyi, Karoly, *Trade between East Central Europe and the EC moving forward*, in: RFE/RL Research Report 35/1993, S. 45.

337 SEK (92) 2301 endg. vom 2. Dezember 1992 (Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas), S. 5.

338 Ebenda, S. 5.

339 FAZ vom 9. Juni 1993 („Visegrád-Staaten für mehr Export in die EG“).

340 EG-Bulletin 6/1993, S. 13.

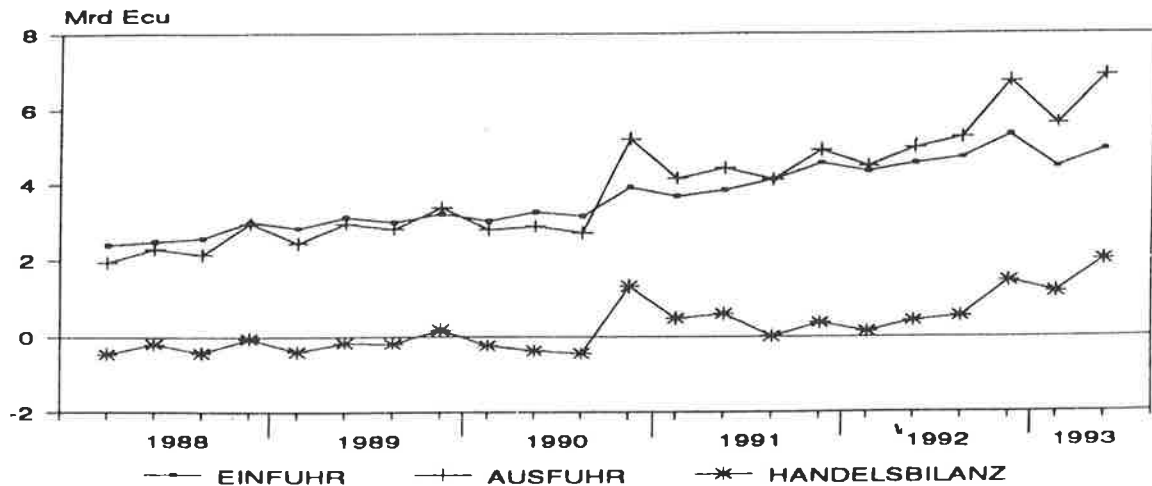
341 Ebenda, S. 19.

342 Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, *Aufbruch im Osten*, S. 60.

343 Dyker, David A., *Free trade*, S. 39.

für 1992 (1991: 1,4 Milliarden ECU).³⁴⁴ Für die erste Hälfte des Jahres 1993 ergibt sich sogar ein Überschuß von 3,1 Milliarden ECU.³⁴⁵

Der Handel der EG mit den Ländern Mittel- und Osteuropas



aus: Der Handel der Europäischen Union mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, Eurostat Schnellberichte — Außenhandel und Zahlungsbilanz, 7/1994, S. 1.

Ein dritter Aspekt der Nachbesserungen verdient ebenfalls noch Beachtung. Mit den Wahlen vom Juni 1992 werden die Weichen in der ČSFR in Richtung auf die Trennung des Landes in zwei voneinander unabhängige Republiken gestellt. Diese Entscheidung stellt die Gemeinschaft vor die Notwendigkeit, die Rechtsgrundlage des bereits unterzeichneten Europa-Abkommens neu zu überprüfen.³⁴⁶ Dies bedeutet die Aussetzung des Ratifizierungsprozesses. Das Europäische Parlament stimmt folglich am 16. September 1992 lediglich den Europa-Abkommen mit Polen und Ungarn zu.³⁴⁷ Václav Klaus glaubt dennoch an die Möglichkeit, das Europa-Abkommen auf beide Nachfolgestaaten übertragen zu können.³⁴⁸ Gründe für diese Haltung sind einerseits frühe Stimmen von Seiten der EG, die eine Aufrechterhaltung zumindest des gemeinsamen Außenhandels der beiden neuen Republiken erhoffen, andererseits aber auch Befürchtungen in Prag, die EG könnte bei einer Neuaushandlung ihren Protektionismus weiter verschärfen. Ein entsprechendes tschechisch-slowakisches Memorandum, das am 28. Oktober auf dem

344 EG-Bulletin 9/1993, S. 21; vgl. Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten, S. 60–61; vgl. Hatschikjan, Margarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen, S. 54; vgl. Okolicsanyi, Karoly, Trade between East Central Europe and the EC, S. 44.

345 Der Handel der Europäischen Union, S. 4.

346 Reuter (Luxemburg) vom 20. Juni 1992.

347 EG-Bulletin 9/1992, S. 57.

348 Vgl. Handelsblatt vom 7. August 1992 („Prag und Preßburg wollen das Europa-Abkommen retten“).

Londoner Gipfeltreffen der EG übergeben wird, enthält die Zusage beider Staaten, durch eine geplante Zollunion zwischen der Tschechischen und Slowakischen Republik alle handelspolitischen Vereinbarungen mit der EG zu übernehmen, während die übrigen Aspekte des Europa-Abkommens einzeln neu ausgehandelt werden könnten.³⁴⁹ Doch schon bald wird klar, daß die EG an Neuverhandlungen denkt. So schlagen beide Republiken am 7. Dezember 1992 der Kommission die Aushandlung zweier getrennter Europa-Abkommen vor, die allerdings dem Inhalt des alten Europa-Abkommens entsprechen sollten.³⁵⁰ Der Rat billigt auf Vorschlag der Kommission dieses Vorgehen am 5. April 1993³⁵¹, gut zwei Monate später werden die neuen Texte bereits paraphiert. Folgende Neuerungen sind dabei unter anderem neben den auf dem Kopenhagener Gipfel erreichten Resultaten festzuhalten³⁵²:

- 1) Ein neuer Absatz über die Menschenrechte³⁵³, einschließlich der Rechte von Minderheiten, wird in die Präambel des Europa-Abkommens aufgenommen;
- 2) Art. 6 wird nach einem Beschluß des Rates vom 11. Mai 1992 in das Abkommen eingefügt³⁵⁴, der die Wahrung der Grundrechte, die Achtung der Menschenrechte sowie die Grundsätze der Marktwirtschaft als wesentliche Bestandteile dieses Assoziationsabkommens festschreibt³⁵⁵;
- 3) Die für die ČSFR vorgesehenen Höchstmengen werden auf beide Republiken aufgeteilt.

349 Batt, Judy, *Czech-Slovakia in transition*, S. 26; Handl, Vladimír, *Tschechische Europapolitik*, S. 130–131.

350 KOM (93) 386 endg. vom 28. Juli 1993 (Vorschlag für einen Beschluß des Rates und der Kommission über den Abschluß des Europa-Abkommens), S. 12.

351 EG-Bulletin 4/1993, S. 61–62.

352 KOM (93) 386 endg. vom 28. Juli 1993 (Vorschlag für einen Beschluß des Rates und der Kommission über den Abschluß des Europa-Abkommens), S. 12–13; vgl. EG-Bulletin 10/1993, S. 74.

353 Vgl. Tschechisches Pressebüro (ČTK) (Straßburg) vom 9. März 1993: Gerade der Punkt über die Menschenrechte hat in der Tschechischen Republik einige kritische Stimmen hervorgerufen, wie etwa die des tschechischen Vertreters bei der EG, Jiří Payne, verdeutlicht: „Regarding the EC's desire to include a clause on the observance of human rights (...) this would lead to a certain asymmetry, in that while the EC could choose to interfere in the Czech Republic's internal affairs, the Czech Republic could not allow itself to say that we are cancelling the Association Agreement (...) in case, let's say, that there are some problems with human rights in the Basque country.“

354 EG-Bulletin 5/1992, S. 85.

355 Vgl. PE A3–0297/93 vom 14. Oktober 1993 (Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit), S. 7: Diese Bestimmung gilt für beide Seiten und soll auch in die mit Polen und Ungarn abgeschlossenen Verträge aufgenommen werden.

Zusatzprotokolle³⁵⁶ zu dem Interimsabkommen gewährleisten darüber hinaus dessen Fortsetzung und ermöglichen den beiden Nachfolgestaaten die Übernahme desselben³⁵⁷. Am 4. Oktober 1993 erfolgt die Unterzeichnung des Europa-Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Tschechischen Republik. Genau ein Jahr nach den entsprechenden Verträgen mit Polen und Ungarn und gemeinsam mit denjenigen Rumäniens, Bulgariens und der Slowakei tritt das Abkommen schließlich am 1. Februar 1995 in Kraft.³⁵⁸

4. Anspruch und Wirklichkeit

Die Europäische Gemeinschaft sieht sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit ihrer neuen Aufgabe als Stabilitätsanker und Problemlöser konfrontiert. Diese Rolle wurde dabei nicht nur von außen an sie herangetragen. Die EG brachte sich auch selbst ganz bewußt in diese Position und zeigte sich dabei zunächst durch die Aufwertung im politischen Bereich auch sichtlich zufrieden. So erklärt der Europäische Rat im Juni 1989 auf seinem Gipfeltreffen in Madrid, die in Mittel- und Osteuropa stattfindenden Prozesse und Reformen *tatkräftig* zu unterstützen und zu fördern.³⁵⁹ Ergänzt wird diese Stellungnahme durch seine Äußerung in Straßburg von Dezember 1989: „In dieser Zeit der tiefgreifenden und raschen Veränderungen bildet die Gemeinschaft — und dies muß auch künftig so sein — einen festen Bezugspunkt mit starker Ausstrahlungskraft. Sie bleibt der Eckstein einer neuen europäischen Architektur und — in ihrem Willen zur Öffnung — der ruhende Pol eines künftigen europäischen Gleichgewichts.“³⁶⁰ Der Rat fügt außerdem hinzu, die Unterstützung Mittel- und Osteuropas werde mit *allen* der EG zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen.³⁶¹ Insgesamt werden somit zwischen 1989 und 1991 von Seiten der EG Erwartungen geweckt, auf deren Erfüllung viele Mittel- und Osteuropäer jetzt drängen.³⁶² Inwieweit aber die tatsächlichen Leistungen der EG ihrem eigenen anfänglichen Anspruch genügen, gilt es im folgenden für die Bereiche Wirtschaft und Politik zusammenfassend noch kurz darzustellen.

Sicherlich kann angesichts der Fülle an Hilfsprogrammen, die in den letzten vier bis fünf Jahren von der EG in die Wege geleitet wurden, von einer großangelegten Unterstüt-

356 Vgl. KOM (93) 404 endg. vom 3. August 1993 (Mitteilung der Kommission); ABl. L 195/42–48 vom 4. August 1993; ABl. L 25/11–13 vom 29. Januar 1994.

357 Vgl. EG-Bulletin 12/1993, S. 107.

358 Büscher, Klemens, Tschechien auf dem Weg nach Brüssel, in: FAZ vom 23. Mai 1995 (Beilage); vgl. FAZ vom 2. Februar 1994 („Europa-Verträge in Kraft“).

359 EG-Bulletin 6/1989, S. 14.

360 Zitiert in: Ungerer, Werner, Die EG und der Umbruch in Osteuropa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1992, S. 173.

361 EG-Bulletin 12/1989, S. 12.

362 Okolicsanyi, Karoly, Trade between East Central Europe and the EC, S. 47.

zungskampagne gesprochen werden. Vor allem das PHARE-Programm, aber auch die EIB, die EBWE und andere Einrichtungen geben umfangreiche finanzielle Hilfen. Das Handels- und Kooperationsabkommen und natürlich auch das Europa-Abkommen ermöglichen einen besseren Anschluß an den europäischen Markt, erleichtern die Handelsbeziehungen zwischen den Partnerländern und vereinfachen damit auch engere politische Beziehungen. Auch können diese Abkommen ausländische Investoren ermutigen, in den für sie unbekannten und unsicheren Wirtschaftsraum zu gehen. Schließlich wird es durch die vertraglichen Regelungen mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Konditionalität fast bis zur Unmöglichkeit erschwert, die Kontinuität der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa noch entscheidend zu behindern.³⁶³

Dennoch bleibt Skepsis angebracht. Es ist hier gerade das Europa-Abkommen, das der EG viel Kritik einbringt. Nicht nur die Versprechen einer tatkräftigen Unterstützung, sondern auch das von der Gemeinschaft selbst geprägte Sprichwort *Hilfe zur Selbsthilfe* wurden in den Hauptstädten Mittel- und Osteuropas dankbar aufgegriffen und mit der Möglichkeit freier Handelsmöglichkeiten verknüpft. Erwartet wurde ein faire Chance, doch kurzfristige ökonomische Entscheidungen zugunsten verschiedener, vor allem nationaler Interessengruppen laufen den Absichtserklärungen der Gemeinschaft entgegen.³⁶⁴ Die vorliegenden Ergebnisse spiegeln jedenfalls nur teilweise das vorhandene Potential beider Seiten wider.

Bei der Verfolgung einer langfristigen Vision für Europa sieht es ähnlich aus. Wie bereits erwähnt, weist am 24. April 1989 der Ministerrat auf die Notwendigkeit eines europäischen Gesamtkonzepts hin. Das Pariser Sondertreffen des Europäischen Rates im November 1989 fordert daneben aber auch, den EG-Vertiefungsprozeß nicht zu vernachlässigen. Eine entsprechende deutsch-französische Note wird am 23. November 1989 an das Europäische Parlament weitergeleitet mit der Begründung, die EG müsse stärker zusammenwachsen, um weiterhin als Magnet für die Länder Mittel- und Osteuropas dienen zu können.³⁶⁵ Ähnlich argumentiert der Wirtschafts- und Sozialausschuß im März 1990. Dieser beurteilt die Lage in Mittel- und Osteuropa insgesamt eher pessimistisch und warnt davor, den europäischen Einigungsprozeß dadurch zu stören.³⁶⁶ Zwar sieht die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 1991 die Gemeinschaft als Grundpfeiler einer neuen europäischen Architektur, die vom Europäischen Wirtschaftsraum als zweitem und

363 Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“, S. 29; vgl. Barta, Vit, ČSFR on the way to EC: Double transition, in: Schenk, Karl-Ernst/Seeler, Hans-Joachim (Hrsg.), Chancen für ein größeres Europa: Ost-Europa auf dem Weg in die EG, Baden-Baden 1992, S. 34.

364 Vgl. Weydenthal, Jan B. de, EC keeps Central Europe at arm's length, in: RFE/RL Research Report 5/1993, S. 30.

365 Allen, David, West European responses, S. 125.

366 EG-Bulletin 3/1990, S. 54.

vom Europa-Abkommen als drittem Pfeiler flankiert wird.³⁶⁷ Doch wird gerade dadurch deutlich, daß die EG mit dem Europa-Abkommen den eigenen, alten Kurs aufgrund der Umbrüche im ehemaligen Ostblock nicht in Frage zu stellen bereit ist.³⁶⁸ Das in der Mitteilung der Kommission von August 1990 gesteckte Ziel, mit einer Assoziation die Grundlage einer neuen europäischen Ordnung durch die Teilhabe Mittel- und Osteuropas an dem umfassenden europäischen Integrationsprozeß zu festigen, ist jedenfalls noch nicht erkennbar.

Diese Tendenz wird durch den Abschluß des Maastricht-Vertrages vom Februar 1992 manifestiert, durch den nach der Vollendung des Binnenmarktes mit den weiteren Zielen der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der politischen Union eine noch höhere Integrationsstufe angestrebt wird. Die Ereignisse im Osten des Kontinents finden dabei weder in finanzieller³⁶⁹ noch in politischer Hinsicht Eingang in das Vertragswerk, wodurch sich die auch von Václav Klaus bereits angenommene Vermutung bestätigt, Maastricht sei völlig losgelöst von den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa verhandelt worden.

Zusammenfassend scheint die EG somit nach wie vor kurz- und mittelfristige Hilfsmaßnahmen einer wirklichen politisch-konzeptionellen Bewältigung des Wandels vorzuziehen und vor allem weiterhin die Aufrechterhaltung der existierenden europäischen Ordnungsstruktur aus Gründen der eigenen Stabilität zu bevorzugen.³⁷⁰ Von einem echten europäischen Gesamtkonzept fehlt in den Reihen der Europäischen Gemeinschaft auch gut fünf Jahre nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa entgegen den eigenen Ansprüche bislang jedenfalls jede Spur.

Doch auch die Erwartungen in Prag gehen nicht selten an der Realität vorbei. Vergleicht man nämlich die von der EG in Kopenhagen beschlossenen Kriterien für eine Mitgliedschaft mit der tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Tschechischen Republik des Jahres 1993, so erscheint die Aussage des tschechischen Ministers für Handel und Verkehr, Vladimír Dlouhý, als nicht haltbar, alle aufgestellten Bedingungen für einen Beitritt bereits jetzt zu erfüllen³⁷¹. Die Tschechische Republik wird sich daher in ihrem Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft nicht nur wegen der fehlenden

367 Arbeitsprogramm der Kommission für 1991, Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 1/1991, S. 24–25.

368 Kramer, Heinz, Das System der „Europäischen Abkommen“, S. 139.

369 Maastricht: Ausblendung Osteuropas ein Fehler, in: DIW-Wochenbericht 15/1992, S. 189–191.

370 Kramer, Heinz, Die Ostpolitik der EG, S. 49–50; vgl. Juchler, Jakob, Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989–1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S. 71: „Zu sehr wurde improvisiert, Hilfsmaßnahmen zu sehr verzettelt, zu stark reagierte man auf die gerade dringenden realpolitischen Spannungen.“

371 Handelsblatt vom 19./20. November 1993.

Bereitschaft der EG, sondern auch wegen der noch andauernden Transformationsprozesse im eigenen Lande gedulden müssen.

IV. Die Beziehungen zwischen der NATO und der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik

1. Sicherheitspolitische Vorstellungen in Prag

Nach dem Ende des Kalten Krieges wird Sicherheit im Ostteil des Kontinents verstärkt über zwei Bereiche definiert. Zum einen verbesserte sich zwar die Situation bei der traditionellen Wahrnehmung der Sicherheitspolitik vor allem der mitteleuropäischen Länder, die nun über einen freien Zugang zum Westen verfügen und auch keiner unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt sind.³⁷² Trotzdem verfolgt man dort nach wie vor sehr aufmerksam die Entwicklungen in den Nachbarregionen und formuliert daraus die Prämissen für die eigene Politik. So leiten sich für Prag³⁷³ potentielle Restrisiken³⁷⁴ in erster Linie aus militanten und ethnischen Konflikten, wie im ehemaligen Jugoslawien³⁷⁵, sowie aus der fortschreitenden Krise in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit der eventuellen Wiederkehr eines revanchistischen Regimes in Moskau³⁷⁶ her, gegen die Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Zum anderen wird Sicherheit heute nicht selten auch als eine Stabilität verstanden, „die durch Entwicklungen ohne klare militärische Dimension gefährdet werden kann“³⁷⁷. Das schließt für Mittel- und Osteuropa neben einem möglichen Scheitern der wirtschaftlichen und politischen Reformprozesse und einer Destabilisierung des im Aufbau befindlichen Rechtsstaates³⁷⁸ Migrationsströme und Umweltgefahren ebenso mit ein wie organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Drogenschmuggel und neuerdings verstärkt den Handel mit radioaktivem Material. „Hatten die mitteleuropäischen Länder früher durch die Verbindung mit der UdSSR viele Gegner und

372 Rühl, Lothar, Europäische Sicherheit und Osterweiterung der NATO, in: Außenpolitik 2/1994, S. 115 – 116.

373 Van den Doel, Theo, Central Europe: The new allies? The road from Visegrad to Brussels, Oxford 1994, S. 75: Die tschechische Sicherheitspolitik unterscheidet sich kaum von der der ČSFR.

374 Vgl. Hatschikjan, Magarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen, S. 56.

375 Vgl. Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest for NATO membership, in: RFE/RL Research Report 28/1993, S. 42.

376 Broer, Michael/Diehl, Ole, Die Sicherheit der neuen Demokratien in Europa und die NATO, in: EA 12/1991, S. 368: Hinzu kommt auch die Befürchtung, aufgrund der immer noch hohen wirtschaftlichen Verflechtung und Abhängigkeit von Moskau im Bereich der Energieversorgung ökonomisch erpreßbar zu sein.

377 Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.), Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des BIOst 43/1993, S. 30.

378 Broer, Michael/Diehl, Ole, Die Sicherheit der neuen Demokratien, S. 367.

wenig Ungewißheiten gehabt“, wie Magarditsch Hatschikjan folgert, „so haben sie nunmehr keine Gegner, aber um so mehr Ungewißheiten“³⁷⁹.

Die Momente der unmittelbaren und mittelbaren Existenzbedrohung haben somit die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa über Nacht mit fast unüberschaubaren Problemen konfrontiert, für die selbst etablierte Staaten des Westens nur sehr schwer anwendbare Lösungen finden können. Umso verständlicher sind daher für den Betrachter die Bemühungen vor allem der Mitteleuropäer, aus dieser mit der Schwächung und Auflösung des Warschauer Paktes verbundenen *Zone vermindelter Sicherheit*³⁸⁰, aus diesem *sicherheitspolitischen Vakuum*³⁸¹ herauszukommen, und somit den innenpolitischen Reformen auch eine außenpolitische Absicherung zu geben.³⁸² Dabei richtet sich ihr Streben auf *gleiche Sicherheit* für alle Staaten Europas.³⁸³ Daß eine solche Sicherung im ehemaligen Ostblock kaum, wenn überhaupt, zu finden ist und sich die Anstrengungen daher in erster Linie auf die Aufnahme in westliche Sicherheitsinstitutionen konzentrieren, erscheint verständlich. So zeigen sich heute folgende Grundpfeiler der mitteleuropäischen Sicherheitsperspektive³⁸⁴: eine dauerhafte militärische Präsenz amerikanischer Truppen in Europa, die volle Aufnahme unter den NATO-Sicherheitsschirm, eine Annäherung der militärischen Ausrüstung an westlichen Standard, eine Aufwertung der WEU, eine Differenzierung in der westlichen Osteuropapolitik sowie die Ausweitung der wirtschaftspolitischen Bindungen. Diese heutzutage allgemein vertretenen politischen Ziele und Wünsche entstammen aber im Gegensatz zum raschen Bekenntnis zur Europäischen Gemeinschaft keiner politischen Grundauffassung, sondern stellen gerade in Prag das vorläufige Ergebnis eines Entwicklungsprozesses dar, der zu Beginn des politischen Wandels von ganz anderen Prämissen ausging.

Zwei grundsätzliche Vorstellungen über eine künftige Sicherheitspolitik haben sich zunächst aus der Zeit des Dissidententums vor allem in den Personen Václav Havel und Jiří Dienstbier in den tschechoslowakischen Neuanfang hinübergerettet. So lehnt Havel am 25. Januar 1990 vor dem polnischen Sejm zum einen die bislang in der europäischen Sicherheitspolitik vorherrschende Blockkonzeption entschieden ab und meint: „Wir möchten zu Europa gehören als einer freundschaftlichen Gemeinschaft unabhängiger Nationen und demokratischer Staaten, zu einem stabilisierten, nicht in Blöcke und Pakte

379 Hatschikjan, Magarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen, S. 55.

380 Wettig, Gerhard, Gesamtkonstellation, in: ders. (Hrsg.), Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des BIOst 43/1993, S. 45.

381 Havel, Václav in seiner Rede vor der NATO in Brüssel am 21. März 1991, in: EA 10/1991, S. D245.

382 Vgl. Nógrádi, Georg, Partnerschaft für den Frieden: Illusionen und Ernüchterung, in: Europäische Sicherheit 5/1994, S. 243.

383 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 31; vgl. Dienstbier, Jiří, Central Europe's security, in: Foreign Policy 83/1991, S. 120.

384 Miszczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas: Zwischen NATO und Rußland, in: Europäische Sicherheit 6/1994, S. 298.

geteilten Europa, einem Europa, das keinen Schutz der Großmächte braucht, weil es fähig ist, sich selbst zu verteidigen, d.h. sein eigenes Sicherheitssystem aufzubauen.“³⁸⁵ Zum anderen wird Havels Auffassung ergänzt durch den damaligen Außenminister Dienstbier, der die Blockkonzeption durch den Prozeß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ersetzt sehen möchte.³⁸⁶ Es ist vor allem Dienstbier, der aufgrund seines politischen Amtes verstärkt die Haltung der Prager Regierung nach außen vertritt und ein Modell einer neuen europäischen Sicherheitsordnung zu entwerfen versucht. Dabei bemüht er auch die Geschichte seines Landes und verweist auf die Politik des früheren Staatspräsidenten Eduard Beneš³⁸⁷ mit dessen Betonung regionaler Bündnisse und dem Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit.³⁸⁸ Zwei unterschiedliche und sich im Ungleichgewicht befindliche militärisch-politische Blöcke könnten, nach Meinung Dienstbiers, kein Kräftegleichgewicht aufrechterhalten und somit keine Sicherheitsgarantie anbieten. Dieses Ungleichgewicht mache es unmöglich, Frieden durch Stärke zu garantieren. Vielmehr müsse Frieden in Zukunft durch Recht gewährleistet werden.³⁸⁹ Ein solches System könne nur auf dem Helsinki-Prozeß beruhen.³⁹⁰

Ähnlich wie bei den Bemühungen um ein Mitspracherecht in der Europäischen Gemeinschaft erweist sich Prag auch bei sicherheitspolitischen Fragen als ein aktiver Teilnehmer an der Diskussion. Zum Teil entstammt diese Haltung dem bereits bekannten Motiv, als künftiges Mitglied an der Gestaltung der Umgebung mitwirken zu wollen, zum Teil aber auch der Einsicht, geographisch in der Mitte Europas an einem alten Schnittpunkt von Konflikten zu liegen³⁹¹. Bereits auf einem Treffen der Außenminister des Warschauer Paktes im März 1990 wird daher das Konzept eines *Europäischen Sicherheitsausschusses* ins Spiel gebracht, das in einem tschechoslowakischen Memorandum vom 6. April 1990 den KSZE-Teilnehmerstaaten näher erläutert wird. Die Aufgabe dieses neu zu schaffenden Ausschusses liegt in einer ersten Etappe zunächst in der Rolle eines ständigen Konsultations-, Kooperations-, und Kontrollorgans und einer Plattform für die Beurteilung europäischer Sicherheitsfragen.³⁹² Dabei sollte der Ausschuß vorläufig neben den beiden Blöcken existieren, nach deren Auflösung aber, in einer zweiten Etappe, auf der Basis eines gesamteuropäischen Vertrages und unter Teilnahme aller KSZE-Mitglieds-

385 Zitiert in: Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 131.

386 Dienstbier, Jiří, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 399–404; vgl. Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 131.

387 Eduard Beneš (1884–1948) war von 1921 bis 1922 Ministerpräsident, von 1935 bis 1938 sowie noch einmal von 1945 bis 1948 Staatspräsident der Tschechoslowakei.

388 Dienstbier, Jiří, Central Europe's security, S. 121; vgl. Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik, S. 127.

389 Dienstbier, Jiří, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 399.

390 Ebenda, S. 403.

391 Ebenda, S. 397.

392 Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 133.

staaten in eine *Organisation der Europäischen Staaten* als ein System kollektiver Sicherheit übergehen. „In der dritten Phase, und das ist wahrscheinlich eine Vision für den Beginn des nächsten Jahrtausends, könnte es ein konföderiertes Europa geben“³⁹³, so die Auffassung Dienstbiers.

Diese Haltung modifiziert sich in den folgenden Monaten. In einer Rede an der Harvard University vom 16. Mai 1990 äußert sich Dienstbier zwar zur NATO folgendermaßen: „Wir sind nur der Meinung, daß es für die Sicherheit von niemandem von uns nützlich sein wird, wenn jemand noch immer eine mächtige Struktur von 16 privilegierten Staaten verewigen will, neben der verschiedene atomisierte Gebilde auf der internationalen Szene operieren werden. Und gegen wen will sich diese NATO verteidigen?“³⁹⁴ Doch relativiert Havel diese Stellungnahme selbst in einer Rede vor dem Europarat am 10. Mai 1990. Er halte die NATO für sinnvoller, demokratischer und in den Strukturen besser funktionierend als den Warschauer Pakt. Sie sei somit geeigneter, sich zum Kern eines neuen Sicherheitssystems zu wandeln.³⁹⁵ Also nicht die bloße Auflösung der westlichen Allianz wird jetzt gefordert, sondern ihre Weiterentwicklung und ihr Aufgehen in einer neuen europäischen Sicherheitskonstellation.

Ein gemeinsamer Entwurf der Regierungen der ČSFR, der DDR und Polens vom 12. Juni 1990 als Beschlußvorschlag für alle KSZE-Mitgliedsstaaten zielt auf eine Institutionalisierung der KSZE „bei Erhaltung des bisherigen Gleichgewichts zwischen den einzelnen Gebieten der gesamteuropäischen Zusammenarbeit“³⁹⁶ ab und stellt somit neben der formellen auch eine inhaltliche Weiterentwicklung des tschechoslowakischen Memorandums vom April des gleichen Jahres dar. Nicht nur wird hier nämlich die Schaffung eines Rates für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorgeschlagen, der im Prinzip den Sicherheitsausschuß ablöst und dessen Aufgaben insgesamt breiter gefaßt sind. Auch die Einrichtung eines ständigen Sekretariats als Exekutivorgan des Rates, eines Zentrums für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Verifikation sowie eines Zentrums zur frühzeitigen Erkennung und politischen Schlichtung von Konflikten hält man nun für empfehlenswert.³⁹⁷

In den folgenden Monaten aber tritt in Prag eine Art Prämissenverschiebung ein, die eine Mitgliedschaft in der NATO, verbunden mit dem Verbleib der Atommacht USA als wichtigem Garanten für das Gleichgewicht und die Stabilität in Europa, als vordringlicheres Ziel gegenüber dem Ausbau der KSZE anerkennt.³⁹⁸ Schon kurz vor dem

393 Dienstbier, Jiří, *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei*, S. 403.

394 Ebenda, S. 404.

395 Břach, Radko, *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei*, S. 138; vgl. Reisch, Alfred A., *Central and Eastern Europe's quest*, S. 36.

396 Břach, Radko, *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei*, S. 140.

397 Ebenda, S. 140 – 141.

398 Timmermann, Heinz, *GUS und Ostmitteleuropa*, S. 32; vgl. FAZ vom 8. Dezember 1994 („Klaus ist

Visegrader Gipfel der drei mitteleuropäischen Länder im Februar 1991 spricht sich Havel gegenüber Journalisten deshalb für eine engere Kooperation mit der NATO aus, die momentan die einzig funktionierende demokratische Sicherheitsstruktur in Europa darstelle. Bezugnehmend auf die dramatischen Entwicklungen in den Baltischen Staaten sei es jetzt für die ČSFR notwendig, so der Staatspräsident, Teil einer solchen Sicherheitsstruktur zu werden.³⁹⁹ Grund für den offensichtlichen Stimmungswandel in Prag sind, beginnend mit dem Rücktritt Eduard Šewardnadse als sowjetischem Außenminister, Ereignisse in der Sowjetunion, die eine konservative Restauration oder einen mit Chaos und Bürgerkrieg verknüpften Zerfall des riesigen Reiches in Aussicht stellen. Damit verbunden ist die wachsende Skepsis der Mitteleuropäer gegenüber der Funktionsfähigkeit einer bis auf weiteres zahnlosen KSZE als Sicherheitsgaranten, vor allem angesichts des nuklearen Potentials der Sowjetunion.⁴⁰⁰

Auch die bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abzug ihrer Truppen aus der ČSFR gesammelten schlechten Erfahrungen, der beginnende Jugoslawienkonflikt sowie die Stärkung der westlichen Position durch ihr geschlossenes und entschiedenes Auftreten im Golfkrieg dürfen bei der Bewertung für die Ursachen dieses Stimmungsumschwungs nicht außer Acht gelassen werden. Daneben scheidet eine Neutralitätsoption von vornherein aus, da sie weder effektiv noch finanzierbar erscheint und die ČSFR darüber hinaus zu einer Pufferzone zwischen Ost und West machen würde.⁴⁰¹ Spätestens seit dem gescheiterten Putschversuch in Moskau im August 1991 ist die sicherheitspolitische Westintegration innerhalb der tschechischen Regierung deshalb unumstritten, und auch die Opposition scheint mangels echter Alternativen fast ausnahmslos dieser Option zuzustimmen.⁴⁰² Jiří Dienstbier drückt die Stimmung in Prag folgendermaßen aus: „Wir bestehen überhaupt nicht darauf, daß diese Rolle [als Stabilisator, B.K.] gerade von der NATO gespielt werden muß, das Häkchen besteht jedoch darin, daß es einfach keine andere für diesen Zweck geeignete effektive und lebensfähige Institution gibt.“⁴⁰³

zufrieden mit dem Erreichten“): Klaus spricht sich in seiner jüngsten Regierungserklärung zwar für die KSZE aus, „aber wir sind gegen den Versuch, ihr einen anderen Inhalt zu geben, als sie heute hat, und sie über bereits existierende Sicherheitsinstitutionen zu stellen“.

399 ČTK (Prag) vom 11. Februar 1991.

400 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 31; Broer, Michael/Diehl, Ole, Die Sicherheit der neuen Demokratien, S. 370; Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest, S. 37; Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik, S. 134.

401 Vgl. Broer, Michael/Diehl, Ole, Die Sicherheit der neuen Demokratien, S. 369; vgl. Handelsblatt vom 22. März 1991 („Brüssel soll die Tür für Prag offen halten“).

402 Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik, S. 128 – 129: eine Ausnahme bilden hier lediglich die radikalen Linken; vgl. Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, S. 29 – 30.

403 Zitiert in: Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz: Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa?, Münster/Hamburg 1994, S. 50.

Am deutlichsten wird die damalige Haltung der ČSFR gegenüber dem Bündnis in der Rede Václav Havels am Sitz der NATO in Brüssel vom 21. März 1991. Beginnend mit einer Entschuldigung für die während der kommunistischen Herrschaft verbreiteten Lügen über die NATO, legt Havel noch einmal die von seiner Regierung bislang verfolgte Politik dar und kommt schließlich zu dem Ergebnis,

„(...) daß mehr Drehungen und Wendungen die Wege der Geschichte begleiten, als wir zu dem Zeitpunkt gedacht hatten, da wir noch die erste Freude über die mitreißenden Ereignisse auskosteten, die wir beobachtet oder erlebt hatten.

Ich möchte hiermit nicht sagen, daß das Ideal, auf das ich hingewiesen habe, aufgegeben werden muß [neue Sicherheitsstruktur mit NATO als Kern, B.K.] (...) Wir haben nur einfach erkannt, daß der Weg dahin wahrscheinlich länger und komplizierter sein wird, als wir ursprünglich annahmen.“⁴⁰⁴

Havel fährt mit einer Aufzählung der Probleme im ehemaligen Ostblock fort und folgert daraus, daß die Länder dort gefährlich in ein politisches, wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Vakuum abgleiten würden. Ein wesentlicher Faktor, um dies zu vermeiden, sei eine engere Kooperation mit der NATO. „Uns ist bewußt, daß, aus verschiedenen Gründen, unser Land im Moment nicht reguläres Mitglied der NATO werden kann. Zugleich glauben wir aber, daß das Bündnis von Ländern, die durch die Ideale von Freiheit und Demokratie vereint sind, nicht für immer solchen Nachbarstaaten verschlossen bleiben sollte, die dieselben Ziele verfolgen.“⁴⁰⁵ Es ist auffallend, daß gerade die Betonung der (westlichen) Werte im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine engere Kooperation mit der NATO im Gegensatz zu den Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft immer wieder Verwendung in Prager Stellungnahmen finden.⁴⁰⁶ So erklärt Václav Havel kurz vor dem Brüsseler Gipfeltreffen im Januar 1994, die ČR wolle in erster Linie der NATO beitreten, da sie die Mitgliedschaft als Anerkennung der von beiden Seiten geteilten Werte sehe. Sicherheitsgarantien kämen erst an zweiter Stelle.⁴⁰⁷ Ein Grund für diese Einstellung dürfte sicherlich die bis zum Vertrag von Maastricht⁴⁰⁸ überwiegend ökonomische Integration der Europäischen Gemeinschaft sein, während der Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 bereits in seiner Präambel von der Entschlossenheit der Signatarstaaten spricht, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer

404 Zitiert in: EA 10/1991, S. D244.

405 Zitiert ebenda, S. D246.

406 Vgl. z.B. Havel, Václav, A call for sacrifice: The co-responsibility of the West, in: Foreign Affairs 3/4/1994, S. 4–5: Der Autor kritisiert hier sogar den westlichen Werteverfall.

407 Reuter (Prag) vom 7. Januar 1994.

408 So heißt es in der Präambel zum Maastricht Vertrag: „(...) In Bestätigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit (...)“; gleichwertige Passagen sind in den drei vorangegangenen großen Vertragsabschlüssen (EWG, EGKS, EAG) nicht zu finden.

Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“. Es sind diese Werte, denen sich Prag verpflichtet fühlt und mit denen die Zugehörigkeit zum westlichen Lager dokumentiert werden soll.

Ein weiterer Aspekt der Rede vom März 1991 verdient ferner Beachtung. Man ist sich in Prag trotz des Bekenntnisses zum westlichen Bündnis auch bewußt, daß aufgrund der geopolitischen Lage des Landes eine einseitige Absicherung fatale Folgen haben kann. Sicherheit ist ohne die US-Präsenz in Europa ebenso gefährdet wie ohne die Integration der Sowjetunion in eine größere europäische Sicherheitsarchitektur, wodurch nicht nur eine außenpolitische Absicherung, sondern auch eine gewisse Kontrolle über die innersowjetischen Reformprozesse gewährleistet werden kann.⁴⁰⁹ Deswegen wolle, so Havel in seiner Rede, die ČSFR auch weiterhin ihr großes Ziel eines neuen Sicherheitssystems auf der Basis des KSZE-Prozesses verfolgen. Eine entsprechende Initiative der ČSFR erfolgt am 9. April 1991, als Jiří Dienstbier erneut den Vorschlag wiederholt, im Rahmen der KSZE ein ständiges Organ zur Beilegung aktueller Krisenfälle zu schaffen. Zur Lösung der Konflikte müßten dabei im wesentlichen die EG, die WEU sowie die NATO herangezogen werden.⁴¹⁰ Zusammenfassend läßt sich daher ab 1991 die langfristig ausgerichtete Strategie Prags erkennen, aus dem geschützten Hafen der NATO eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa aufbauen zu wollen.

Havel vollzieht mit seiner Rede vor der NATO einen beachtlichen Schritt: Er bewertet die bisherige Politik seines Landes als quasi-naiv und kündigt eine Kurskorrektur zugunsten einer Zusammenarbeit mit der NATO an.⁴¹¹ Ein baldiger Beitritt wird direkt noch nicht gefordert. Benötigt wird im Osten auch weniger die Mitgliedschaft an sich, als vielmehr die damit verbundene Sicherheitsgarantie, vor allem von Seiten der Amerikaner. Über eine sich verstärkende Kooperation soll dieses Ziel eines Tages erreicht werden, für Prag lieber früher als später. Doch man ist sich dort auch bewußt, daß der beste Weg zur Integration eher in einer allmählichen Annäherung liegt.⁴¹² Neben den außenpolitischen Konsequenzen müssen nämlich auch interne Faktoren in Betracht gezogen werden, die die Umstrukturierung der Verteidigungsstrukturen betreffen.

409 Vgl. Handl, Vladimír, The West European integration in the political and security area and the widening of the EC. A view from Eastern Europe, in: Wessels, Wolfgang/Engel, Christian (Hrsg.), The European Union in the 1990s – Ever closer and larger?, Bonn 1993, S. 228.

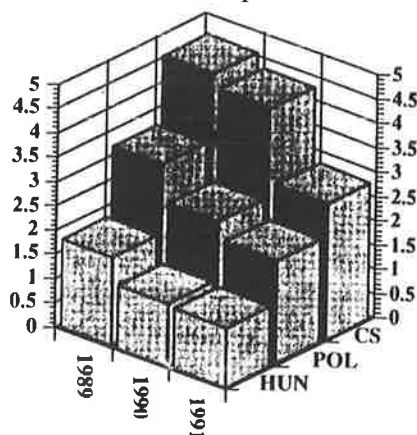
410 Erklärung von Jiří Dienstbier auf dem KSZE-Außenministerrat in Berlin am 19./20. Juni 1991, in: EA 14/1991, S. D350–D352; vgl. Dienstbier, Jiří, Central Europe's security, S. 120–127; vgl. Frankfurter Rundschau vom 10. April 1991 („Prag will ein Sicherheitssystem für ganz Europa“).

411 Vgl. Zieleniec, Josef, Partnership for Peace – The perspective from Prague, in: NATO's Sixteen Nations 2/1994, S. 14: „For the Czech Republic, NATO is the logical choice: it is a club of democracies, it has a well established military structure and it links the United States with Europe.“

412 Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, S. 30.

Abgesehen von der auch im militärischen Bereich folgenreichen Landesteilung⁴¹³ ist insbesondere das Erbe des Warschauer Paktes und das damit verbundenen Militärkonzept zu verarbeiten, war doch sowohl die Planung als auch die Ausrüstung auf sowjetisches Interesse ausgelegt⁴¹⁴. Die dadurch bedingte offensive Ausrichtung der Truppen soll nun durch eine rein defensive ersetzt werden und sich auf die Gewährleistung der Verteidigung der staatlichen Souveränität, der territorialen Integrität und der Bevölkerung der Tschechischen Republik konzentrieren. Daneben ist man mittelfristig und langfristig gewillt, eine Annäherung an westliche Standards und die Fähigkeit der Interoperabilität mit den Truppen der NATO zu erreichen.⁴¹⁵ Um dies zu erfüllen, so die Rechnung des tschechischen Verteidigungsministeriums, würden für die nächsten zwölf Jahre zusätzlich zu den laufenden Kosten nochmals rund 700 Millionen US-Dollar jährlich hinzukommen, ein Unterfangen, das angesichts des gesamten Verteidigungshaushalts von insgesamt 800 Millionen US-Dollar⁴¹⁶ für 1993 als nahezu utopisch angesehen werden darf.⁴¹⁷ Eine konkrete Perspektive für eine absehbare NATO-Mitgliedschaft würde aber mit Sicherheit die Entscheidung über neue Mittel erheblich beeinflussen, so Jan Obrman.⁴¹⁸

Der Verteidigungshaushalt der mitteleuropäischen Länder (in Milliarden US-Dollar):



aus: Clark, Douglas L., Central Europe: Military cooperation in the triangle, in: RFE/RL Research Report 2/1992, S. 44.

-
- 413 Ebenda, S. 32: „Eine Folge der Abspaltung der Slowakei ist ein drastischer Rückgang der Waffenproduktionskapazität der Tschechischen Republik“; vgl. Van den Doel, Theo, Central Europe, S. 75: „(...) a number of training centers are situated in Slovakia“.
- 414 Zielonka, Jan, Security in Central Europe, S. 45; vgl. ebenda, S. 46: Mittlerweile haben die einzelnen Staaten wieder die völlige nationale Kontrolle über ihre Armeen, aber obwohl damit ihre Souveränität einen neuen Stellenwert bekommen hat, bedeutet dieser Schritt noch lange nicht eine Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit.
- 415 Luzny, Petr, Das neue Aufbaukonzept für die Armee, in: A-Report Nr. 20, Juli 1993, abgedruckt in: Osteuropa-Archiv 5/1994, S. A246.
- 416 Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, S. 32: *Etat zum Überleben*.
- 417 Obrman, Jan, Military reform in the Czech Republic, in: RFE/RL Research Report 41/1993, S. 40.
- 418 Ebenda, S. 42.

Als weitere Hauptaufgaben der Reformen müssen das Verteidigungsministerium verkleinert sowie die Streitkräfte unter zivile Leitung und parlamentarische Kontrolle gestellt werden. Dieser Prozeß hat unter dem ehemaligen zivilen Verteidigungsminister Antonin Baudys bereits große Fortschritte erzielt.⁴¹⁹ Auch die Armee selbst wird von jetzt 105.000 Soldaten bis Ende 1996 auf 65.000 verringert, wobei hierzu eine Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate erheblich beiträgt.⁴²⁰ Als reformbedürftig erweist sich auch das Personalwesen, das durch einen großen Überhang höherrangiger Offiziere gekennzeichnet ist, während im unteren Bereich, jetzt auch aufgrund ziviler wirtschaftlicher Alternativen, kaum Nachwuchs nachrückt.⁴²¹ Problematisch erweist sich dabei vor allem die bislang unvollkommene Säuberung der Armee von alten Kadern, waren vor 1989 doch mehr als 90% der Berufssoldaten Mitglieder der Kommunistischen Partei.⁴²² Die Kommandostruktur soll sich in Zukunft aus einer strategischen, operationalen und taktischen Ebene aufbauen.⁴²³ Die sowjetisch geprägte Divisionsstruktur der Armee wird einer Brigadestruktur weichen. Land- und Luftstreitkräfte, Luftverteidigungskräfte sowie die Logistik stellen künftig die Teileinheiten der Armee dar.⁴²⁴ Die Einrichtung einer schnellen Eingreiftruppe von ungefähr 3.000 Mann weist daneben bereits starke Ähnlichkeit mit vergleichbaren Strukturen (Krisenreaktionskräfte) in den NATO-Ländern auf.⁴²⁵ Insgesamt ist somit deutlich die Tendenz erkennbar, die neue Militärstruktur westlichem Standard anzupassen.⁴²⁶

Bei den Partnern der Visegrad-Gruppe ruft diese eindeutige Ausrichtung Prags auf die NATO Unbehagen hervor. Nicht selten wird in diesem Zusammenhang auch der Vorwurf laut, die tschechische Verteidigungspolitik unterschätze die Bedeutung einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit⁴²⁷. Doch Prags Haltung ist hier eindeutig. Der polnische Wunsch nach einer Institutionalisierung der Visegrad-Gruppe auch im sicherheitspolitischen Bereich stößt auf einhellige Ablehnung. Verteidigungsminister Baudys ist sogar

419 Ebenda, S. 37; vgl. Zielonka, Jan, *Security in Central Europe*, S. 47–48: Gesetzesmaßnahmen, Kontrolle der Finanzmittel sowie eine spezielle parlamentarische Kontrollkommission haben das Militär in ein gehorsames und apolitisches Instrument der jeweiligen zivilen Regierung gewandelt; vgl. Novotny, Jaromir, *The Czech Republic – an active partner with NATO*, in: *NATOreview* 3/1994, S. 13.

420 Kusin, Vladimír V., *Tschechische Republik*, S. 31.

421 Luzny, Petr, *Das neue Aufbaukonzept*, S. A247; Obrman, Jan, *Military reform*, S. 38.

422 Hoppe, Hans-Joachim, *Die Lage der mittel- und südosteuropäischen Länder*, in: *Außenpolitik* 2/1994, S. 136; Zielonka, Jan, *Security in Central Europe*, S. 47; vgl. FAZ vom 21. September 1994 („Baudys soll entlassen werden“).

423 Novotny, Jaromir, *The Czech Republic*, S. 13–14.

424 Ebenda, S. 14.

425 Obrman, Jan, *Military reform*, S. 39.

426 Kusin, Vladimír V., *Tschechische Republik*, S. 32.

427 Candole, James de, *Czechoslovakia*, S. 22; vgl. Müller, Uwe, *Tschechischer Alleingang*, in: *PZ* vom 13. Januar 1994.

der Auffassung, es gebe keinen Grund, warum die Armeen der Visegrad-Staaten untereinander enger zusammenarbeiten sollten als beispielsweise mit den österreichischen Streitkräften.⁴²⁸ Wie im wirtschaftlichen Bereich wird die Visegrad-Gruppe auch in diesem Zusammenhang allenfalls als *Vehikel*⁴²⁹ angesehen, durch das die Voraussetzungen für eine schnellere Westbindung leichter erreicht werden kann.

In den Jahren 1992/1993 läßt sich aber in Mitteleuropa ganz allgemein Enttäuschung und sogar Verbitterung bezüglich der Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der NATO wahrnehmen. Eine wesentliche Ursache dafür liegt in der von den Betroffenen empfundenen fehlenden Bereitschaft der Atlantischen Allianz, unter den früheren Gegnern zu differenzieren, und sie somit weiterhin als Block zu betrachten. Ein zweiter Grund entstammt dem Gefühl, jetzt nach der Revolution, in der der Glaube an ein freies Europa und an die Solidarität der Demokratien verteidigt wurde, mit den Problemen allein gelassen zu werden.⁴³⁰ Nach einer gewissen Phase der Anpassung aber sollten die Mitteleuropäer, wie Havel in seiner Rede fordert, in die NATO aufgenommen werden.⁴³¹ Man erwartet deswegen klare Perspektiven auf die Vollmitgliedschaft oder zumindest Garantien für die eigene Sicherheit.⁴³²

Prag, wie auch die anderen Regierungen, versucht in der Zwischenzeit über den eher pragmatischen Ansatz bilateraler Beziehungen, bei denen die USA, Deutschland und auch Frankreich eine hervorgehobene Rolle spielen, Anschluß an den Westen zu finden und damit eine gewisse sicherheitspolitische Bindewirkung über Umwege zu erzielen.⁴³³ Dieser Ansatz bietet auch die Chance zum allmählichen Aufbau sicherheitsrelevanter Beziehungen in Europa, wenn sich etwa die WEU als eigenständige Komponente auf dem Kontinent durchsetzen sollte.⁴³⁴ Diese wird dabei als der militärische Arm der EG angesehen⁴³⁵, dem aufgrund der durch die Assoziierungsabkommen fortgeschrittenen Beziehungen eine wachsende Position zugemessen wird. Die WEU besitzt allerdings aus tschechischer Sicht momentan noch den entscheidenden Fehler, *Amerika-frei* zu sein. Ihre

428 Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, S. 33.

429 Wettig, Gerhard, Gesamtkonstellation, S. 45.

430 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 32; Obrman, Jan, Military reform, S. 42.

431 Timmermann, Heinz, Europa, S. 717.

432 Kohler, Berthold, Kein neues Jalta schaffen, in: FAZ vom 7. Januar 1994.

433 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 33; Obrman, Jan, Military reform, S. 42; Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest, S. 41; vgl. Militärische Zusammenarbeit mit den mittelosteuropäischen Staaten, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik Nr.17 vom 6. September 1994, S. 1–2.

434 Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 33.

435 Miszczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas, S. 298.

Rolle ist somit bislang danach bemessen worden, wie nützlich sie bei der Annäherung an die NATO sein kann.⁴³⁶

Seit Sommer 1991 existieren Kontakte zwischen deutschen und tschechoslowakischen/tschechischen Einheiten.⁴³⁷ Vor allem der Transfer von westlichem Know how in Technik und Ausbildung ist bei den östlichen Kameraden gefragt. Für Deutschland hingegen, so Verteidigungsminister Volker Rühe, seien die tschechoslowakischen/tschechischen Erfahrungen bei der Entsendung von Truppen im Auftrag der Vereinten Nationen (VN) von Interesse.⁴³⁸ So zeugen Beteiligungen in Angola (1989–1992), Namibia (1989–1990), Somalia (1992–1993), Irak (1992–1993), Jugoslawien (seit 1992), Moçambique (seit 1993), Liberia (seit 1993) und Georgien (seit 1993)⁴³⁹ von einer regen Teilnahme Prags an den Missionen der VN und unterstreichen das Bemühen, in der internationalen Politik aktiv mitwirken zu wollen.

2. Die Antworten der NATO auf die Transformationsprozesse

Die NATO ist die zweite westliche Organisation, auf die sich die Bemühungen der früheren Ostblockstaaten um eine Annäherung und eine spätere Mitgliedschaft konzentrieren. Auch hier, wie bei der EG, werden Antworten und Lösungen auf die drängenden Probleme in den Umbruchländern erwartet. Aber anders als bei der Gemeinschaft müssen die Antworten, Lösungen und, damit untrennbar verbunden, auch die Veränderungen der eigenen Struktur nicht parallel zu einem internen Entwicklungsprozess betrieben werden, der durch die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa abgebremst werden könnte. Die Reaktion der NATO auf den Wandel im ehemaligen Ostblock ist vielmehr erst durch den Wandel selbst hervorgerufen worden. Das bringt zum einen den Vorteil, sehr flexibel auf die Herausforderungen reagieren zu können, zum anderen aber auch den Nachteil, unmittelbar auf die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa antworten zu müssen.

Es geht hier generell um die Frage der sicherheitspolitischen Einbindung Mittel- und Osteuropas, um die Gestaltung einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung auf dem europäischen Kontinent. Daß die NATO dabei als einzig intakte Sicherheitsorganisation eine wesentliche Rolle spielt, ist selbstverständlich. Wie hat nun aber die NATO tat-

436 Kohler, Berthold, Kein neues Jalta schaffen.

437 Vgl. Lohse, Eckart, Nicht nur die Socken aus Armeebeständen, in: FAZ vom 16. September 1994; laut Information der Pressestelle der 4. PzGrenDiv. in Regensburg vom März 1994 besteht eine Partnerschaft zwischen der Panzerbrigade 12 in Amberg und einer tschechischen Division, deren Kooperation sich allerdings bislang auf gegenseitige Besuche der jeweiligen Führungsebenen sowie auf vereinzelte Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen beschränkt hat.

438 FAZ vom 7. Oktober 1993 („Aus Gegnern werden Partner“).

439 Novotny, Jaromir, The Czech Republic, S. 14.

sächlich auf die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa und auf die Forderung nach einer Osterweiterung des Bündnisses reagiert? Dieser Frage soll im folgenden vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Allianz nachgegangen werden. Dabei ist festzuhalten, daß der Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 in Art. 10 die Möglichkeit eröffnet, durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder jeden anderen europäischen Staat aufzunehmen, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen. In der folgenden Darstellung darf auch die politische Situation Rußlands nicht aus den Augen verloren werden, nicht nur weil Rußland sein Heil eher in der KSZE zu finden glaubt, sondern auch weil sich hier ein *analytisches Dilemma*⁴⁴⁰ ergibt. In der aktuellen Debatte wird die Position Rußlands nämlich sowohl als Argument für eine Aufnahme verwendet, um den mittel- und osteuropäischen Staaten Schutz vor einer neuen russischen Bedrohung zu gewähren, als auch dagegen, da man durch eine geographische Annäherung der NATO an die russischen Grenzen dort ein Wiedererstarken konservativer Kräfte befürchtet.⁴⁴¹

2.1. Von London nach Rom

Der Wegfall des unmittelbaren Feindes und damit auch die vordergründige langjährige Rechtfertigung der eigenen Existenz führt in Brüssel zunächst zu einer Art Identitätskrise⁴⁴², aus der der Versuch gestartet wird, die eigene Rolle der gewandelten internationalen Lage anzupassen. In einem Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates⁴⁴³ am 14. und 15. Dezember 1989 in Brüssel wird deshalb gesondert auf die Bedeutung des Bündnisses eingegangen. So bilde die NATO auch in Zukunft die wesentliche Grundlage für die Sicherheit der Mitgliedsländer, ihr komme eine entscheidende Rolle bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu, man wolle aber auch die Möglichkeit des Bündnisses bei der Förderung des politischen Wandels in Stabilität aktiv und schöpferisch nutzen. Dabei werde auch der KSZE eine wachsende und zentrale Rolle zugeschrieben.⁴⁴⁴ Anders als in der ČSFR zu diesem Zeitpunkt wird dem KSZE-Prozeß von der NATO

440 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“ der NATO, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Interne Studien und Berichte Nr.57/1993, S. 1.

441 Ebenda, S. 1 – 2.

442 Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz, S. 42.

443 In: EA 6/1990, S. D157 – D160; im Anhang des Kommuniqués befindet sich das von der Versammlung verabschiedete Konzept des „Offenen Himmels“, durch das der Luftraum für den früheren Gegner geöffnet werden soll. Zweck dieser Maßnahme soll es sein, „gegenseitige Offenheit unter den Teilnehmerstaaten zu fördern, die Beobachtung von militärischen Aktivitäten und Einrichtungen auf ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen und dadurch Vertrauen und Sicherheit zu stärken“, zitiert ebenda, S. D158.

444 In: EA 6/1990, S. D152 – D153.

allerdings eine der eigenen Rolle untergeordnete Bedeutung zugemessen. Weiter werden in dem Kommuniqué die Entwicklungen im anderen Teil des Kontinents konkret angesprochen und schon jetzt eindeutig jene Prinzipien dargelegt, die die Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa entscheidend beeinflussen sollten:

„Wir sind entschlossen, sie [die Reformen, B.K.] zu erleichtern und zu fördern ohne einseitige Vorteile erlangen zu wollen (...) Wir haben keinerlei Absicht, die legitimen Sicherheitsinteressen irgendeines Staates zu beeinträchtigen (...) Wir sind uns bewußt, daß jedes Land in Europa seine eigene Individualität hat und daß diese Vielfalt geachtet und ihr Gelegenheit zur Entfaltung gegeben werden muß. Es ist die Angelegenheit eines jeden Landes in Osteuropa, seine eigenen Probleme durch innere Reformen zu lösen. Wir meinen aber, daß auch wir eine konstruktive Rolle spielen können (...)“⁴⁴⁵

Diese Haltung wird in den folgenden Monaten wiederholt bekräftigt⁴⁴⁶, und findet im Vorfeld des Londoner Gipfeltreffens in der *Botschaft von Turnberry* der Außenminister des Nordatlantikrates vom 7. und 8. Juni 1990 einen vorläufigen Höhepunkt. Erneut wird hier die Bedeutung des Bündnisses „als Instrument zur Wahrung der Sicherheit seiner Mitglieder und der Stabilität in Europa sowie als Eckstein unserer Bemühungen zur Förderung einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung“⁴⁴⁷ hervorgehoben, gleichzeitig aber auch den ehemaligen Gegnern „die Hand zur Freundschaft und Zusammenarbeit gereicht“⁴⁴⁸. Dabei gelte es auch, so das Kommuniqué, eine Überprüfung der Militärstrategie der NATO und der Mittel zu ihrer Implementierung vorzunehmen.⁴⁴⁹

Als entscheidend sowohl für die künftigen Beziehungen zwischen der NATO und den Staaten Mittel- und Osteuropas als auch für eine Anpassung der eigenen Bündnisstruktur erweist sich dann die *Londoner Erklärung* der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten vom 5. und 6. Juli 1990. Sie faßt, was eine Veränderung der Strukturen der Allianz betrifft, die Ergebnisse der einzelnen internen Tagungen der letzten Monate zusammen. Neben dem eindeutigen Bekenntnis zum Fortbestand der Allianz wird dabei vor allem die Absicht betont, die politische Komponente zu stärken und den eigenen Denkansatz in Verteidigungsfragen grundlegend zu

445 Zitiert ebenda, S. D151–D152.

446 Vgl. Kommuniqué der Ministertagung der Euro-Gruppe in der NATO am 21. Mai 1990 in Brüssel, in: EA 17/1990, S. D444–D445; vgl. Kommuniqué der Ministertagung des Verteidigungsausschusses am 22./23. Mai 1990 in Brüssel, in: EA 17/1990, S. D445–D447.

447 Zitiert in: EA 17/1990, S. D448.

448 Zitiert ebenda, S. D448.

449 Ebenda, S. D450.

ändern. Desweiteren müsse auch die Streitkräftestruktur und die Strategie des Bündnisses den gewandelten Gegebenheiten angepaßt werden.⁴⁵⁰

Als besonders bemerkenswert erscheint die bereits in der *Botschaft von Turnberry* angedeutete und jetzt konkretisierte Haltung der NATO gegenüber den ehemaligen Gegnern. Die *Hand zur Freundschaft* besteht dabei aus einer persönlichen Einladung an Präsident Gorbatschow sowie an weitere Vertreter anderer mittel- und osteuropäischer Länder, diplomatische Verbindungen mit der NATO aufzunehmen und die militärischen Kontakte zu intensivieren.⁴⁵¹ Während sich in Moskau die militärische Führung sehr zurückhaltend gibt, wird die Einladung in den mitteleuropäischen Ländern dankbar aufgenommen, allen voran in Ungarn, dann aber auch in Polen und der ČSFR.⁴⁵²

In der Folgezeit erzielten die diplomatischen Beziehungen gute Fortschritte. Schon kurz nach dem Londoner Gipfel lassen alle Staaten des Warschauer Paktes ihre Brüsseler Botschafter bei der NATO förmlich akkreditieren. Gegenseitiger Informationsaustausch wie auch hochrangige diplomatische und militärische Delegationen sind heute an der Tagesordnung. Dabei wird hier von NATO-Seite immer auf die Einhaltung zweier Verhaltensregeln geachtet, nämlich die Sowjetunion bzw. Rußland nie zu diskriminieren, und die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten nie als Gruppe, sondern, wenn möglich, einzeln zu empfangen.⁴⁵³ Dem Vorwurf aus Prag und den anderen mitteleuropäischen Zentren, die NATO differenziere zu wenig unter den ehemaligen Gegnern, kann daher nur bedingt zugestimmt werden, wie auch im folgenden noch zu sehen sein wird.

Eindeutige Angebote der Zusammenarbeit bleiben von Seiten des Bündnisses aber vorerst aus.⁴⁵⁴ Havels Forderungen nach einer Partnerschaft in seiner Rede vom März 1991 werden, wenn auch höflich, in Brüssel sogar abgelehnt.⁴⁵⁵ Erst Ende April bietet Wörner auf einer Konferenz über europäische Sicherheit in Prag ein dichtes Gewebe von Beziehungen an, in das die Sowjetunion als konstruktiver Partner einbezogen werden solle, ohne aber näher auf seinen Vorschlag einzugehen.⁴⁵⁶ Es sind die Außenminister Genscher und Baker, die in einer gemeinsamen Erklärung vom 10. Mai 1991 Wörners Gedanken-spiel aufnehmen und mit der Idee einer Liaisonfunktion der NATO zum ersten Mal konkrete Schritte vorstellen. Sie wollen intensivere Kontakte zu Mittel- und Osteuropa

450 Ebenda, S. D457 – D458.

451 Ebenda, S. D457.

452 Reisch, Alfred A., *Central and Eastern Europe's quest*, S. 36 – 37.

453 Hauser, Erich, *Der Dichterpräsident als Vorreiter bei der NATO*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. März 1991.

454 NCA (Brüssel) vom 6. September 1990: Auch als Wörner am 6. September 1990 einen ersten Besuch in Prag abstattet, gibt es keine aufschlußreichen Erklärungen.

455 Reisch, Alfred A., *Central and Eastern Europe's quest*, S. 38.

456 FAZ vom 26. April 1991 („Die NATO sucht ein System gegenseitiger Sicherheit für ganz Europa“).

auf politischer, militärischer und diplomatischer Ebene ebenso einrichten wie den Austausch über Fragen der Militärstrategie erleichtern.⁴⁵⁷ Diese Initiative wird unter Betonung einer Stärkung des KSZE-Prozesses in der *Erklärung zu Mittel- und Osteuropa* der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 6. Juni 1991 in Kopenhagen festgeschrieben und konkretisiert.⁴⁵⁸ Auch wird wieder einmal davon gesprochen, daß die Sicherheit der Allianz untrennbar mit der der übrigen europäischen Staaten verknüpft sei, doch auch hier macht das Bündnis kurz vor dem Eingehen bindender Verpflichtungen Halt.⁴⁵⁹

Neben dem Ausbruch der Kampfhandlungen in Jugoslawien im Sommer 1991 ist es wiederum der gescheiterte Putschversuch in Moskau vom August, der neue Vorschläge anzuregen scheint.⁴⁶⁰ In einer von Havel, Walesa und Antall unterzeichneten gemeinsamen Erklärung vom 6. Oktober 1991 bringen diese ihre Absicht zum Ausdruck, endlich enge und vor allem institutionalisierte Beziehungen mit der NATO mit dem Ziel einer späteren Vollmitgliedschaft aufbauen zu wollen.⁴⁶¹ Dieser Vorstoß der Mitteleuropäer kommt nicht ohne Grund. Bereits am 2. Oktober hatten Genscher und Baker, beziehend auf ihr Liaisonkonzept vom Mai, die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, die politischen Konsultationsmechanismen der NATO auf die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes inklusive der Baltischen Staaten auszudehnen und dafür einen Kooperationsrat zu gründen.⁴⁶² Die Visegrad-Staaten teilen daraufhin in ihrer gemeinsamen Erklärung mit, sie hätten „mit Freude die Erklärung der (...) [beiden Außenminister, B.K.] begrüßt“ und stellten „mit Befriedigung fest, daß die Vorschläge, die in dieser Erklärung enthalten sind, in vollem Umfang ihren Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit des Bündnisses mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn entsprechen“⁴⁶³.

Auf dem kurz darauf am 7. und 8. November 1991 in Rom stattfindenden NATO-Gipfel bekunden die Staats- und Regierungschefs der Allianz ihre Bereitschaft, ein stärker institutionalisiertes Verhältnis zu den Staaten Mittel- und Osteuropa aufzubauen. Diesem wollen sie mit dem neu zu schaffenden *Nordatlantischen Kooperationsrat* (North Atlantic Cooperation Council = NACC), auch als Ausdruck einer stärkeren politischen Rolle der

457 FAZ vom 13. Mai 1991 („Baker und Genscher wollen für die NATO eine stärkere politische Rolle“).

458 In: EA 2/1992, S. D38: Durchführung von Beamten- und Expertentreffen, intensivierte Militärkontakte, Teilnahme mittel- und osteuropäischer Experten an bestimmten Bündnisveranstaltungen, schrittweise Ausdehnung der NATO-Informationsprogramme sowie die Förderung intensiverer Kontakte zwischen den mittel- und osteuropäischen Parlamenten und der Nordatlantischen Versammlung.

459 Reisch, Alfred A., *Central and Eastern Europe's quest*, S. 38.

460 Kamp, Karl-Heinz, *Die Frage einer „Osterweiterung“*, S. 6.

461 Weydenthal, Jan B. de, *Czechoslovakia, Hungary and Poland appeal for association with NATO*, RFE/RL Research Institute, Program Brief, 7. Oktober 1991; Reuter (Krakau) vom 6. Oktober 1991.

462 FAZ vom 10. Oktober 1991 („Zusammenarbeit mit der NATO“).

463 Ebenda

Allianz, einen organisatorischen Rahmen geben. Geplant sind bei regelmäßigen multilateralen Treffen auf den unterschiedlichen politischen und militärischen Ebenen die Erörterung sicherheitspolitischer Fragen und die Koordination westlicher Unterstützungen.⁴⁶⁴ Allgemein gibt die Schlußerklärung der Konferenz ein deutliches Bild einer gewandelten Allianz wieder, die nicht nur ein neues strategisches Konzept mit einer schlagkräftigen und mobilen Eingreiftruppe vorstellt, sondern auch in den Elementen Dialog, Kooperation und Aufrechterhaltung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit einen breiter angelegten sicherheitspolitischen Ansatz vorstellt und damit ihr politisches Selbstverständnis neu definiert.⁴⁶⁵

Parallel zur Auflösung der Sowjetunion treffen sich am 20. Dezember 1991 die NATO-Mitgliedsstaaten und die Mitglieder des ehemaligen Warschauer Paktes in Brüssel zur konstituierenden Sitzung des NACC.⁴⁶⁶ Ein umfangreiches Arbeitsprogramm wird verabschiedet, das Fragen der Verteidigungsplanung bzw. Umstrukturierung der Streitkräfte ebenso miteinschließt wie den Erfahrungsaustausch in den Bereichen der Konversion oder Rüstungsindustrie.⁴⁶⁷ Das *Arbeitsprogramm für Dialog, Partnerschaft und Zusammenarbeit* für das Jahr 1994 erweitert die einzelnen Inhalte.⁴⁶⁸ Sehr schnell entwickelt sich so der NACC zum zentralen Forum für die Beratung der sicherheitspolitischen Probleme vor Ort, wie etwa für die Erfüllung des VKSE-Vertrages nach Auflösung der Sowjetunion⁴⁶⁹ und für den Wissenstransfer nach Mittel- und Osteuropa⁴⁷⁰. Aber auch hier bleiben kritische Stimmen nicht aus. Es ist vor allem die vermeintliche Doppelfunktion dieses Gremiums, gleichzeitig ein Angebot zur Zusammenarbeit und ein Instrument zur Abwehr unerwünschter Beitrittsaspiranten zu sein⁴⁷¹, die Skepsis gerade in den mitteleuropäischen Ländern hervorruft.⁴⁷² Auch die Tatsache, mit Rußland, der Ukraine und den übrigen GUS-Staaten gerade das größte Konfliktpotential in den eigenen Reihen zu haben⁴⁷³, erweckt nicht selten Unruhe in den mitteleuropäischen Zentren.⁴⁷⁴

464 In: EA 2/1992, S. D67 – D68.

465 Vgl. Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz, S. 47.

466 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 10: „Anfangs nahm Frankreich an den Sitzungen des NACC nicht teil, um so seine Mißbilligung einer politischen Funktion der NATO zu demonstrieren“; vgl. Deutsche Presse-Agentur (DPA) (Brüssel) vom 19. Dezember 1991.

467 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 6 – 7.

468 In: EA 3/1994, S. D113.

469 FAZ vom 3. Juni 1992 („Die politische Rolle der NATO umstritten“); vgl. Van den Doel, Theo, Central Europe, S. 5: Der Autor sieht die Aufteilung des militärischen (nuklearen) Potentials der ehemaligen Sowjetunion als primäre Aufgabe des NACC.

470 Vgl. Meiers, Franz-Josef/Goetschel, Laurent, Bedingungen europäischer Sicherheit: von der Versailler Friedensordnung bis zum Ende des Kalten Krieges, Bern/Stuttgart/Wien 1993, S. 283.

471 FAZ vom 7. Januar 1994 („Der Nordatlantische Kooperationsrat – nur ein bescheidener erster Schritt“).

472 Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz, S. 48; Clement, Rolf, Ein Forum der Streithähne von einst und jetzt, in: Rheinischer Merkur vom 13. März 1992.

473 Gillissen, Günther, Die NATO übt sich an neuen Aufgaben, in: FAZ vom 26. Juni 1992: „Diese

Hinzu kommen jetzt noch Schwierigkeiten in der Finanzierung einzelner Vorhaben, die den anfänglichen Glanz des NACC weiter verblassen lassen. Seit Anfang 1993 macht sich deshalb eine gewisse Desillusionierung⁴⁷⁵ in dem auf mittlerweile 38 Staaten angewachsenen Gremium breit, dem jedoch nach wie vor große Bedeutung in der sicherheitspolitischen Diskussion eingeräumt wird. Doch ist es offensichtlich, daß der NACC kein Exekutivorgan darstellt, das in irgendeiner Art und Weise akzeptierte Sicherheitsgarantien aussprechen kann. Dies könne, so auch die Auffassung in Prag, letztendlich nur der endgültige Beitritt zur NATO.⁴⁷⁶

2.2. Von Rom nach Brüssel

Die folgenden Monate sind geprägt von der Diskussion um eine Osterweiterung der NATO. So schließt der damalige US-Verteidigungsminister Richard Cheney bei einem Deutschlandbesuch Mitte Januar 1992 die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in die NATO nicht mehr aus. „Die NATO-Mitgliedschaft ist möglich“⁴⁷⁷, so Cheney wörtlich. Dieser Aussage widerspricht Manfred Wörner etwas später in einem Interview. Er sehe keinen Ansatz, die NATO nach Osten auszuweiten. Sie müsse vielmehr darauf achten, ihre Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren, indem sie zu einer Art KSZE würde.⁴⁷⁸ Zwar glaubt auch Wörner, daß es eine wichtige Aufgabe sei, diese Staaten fest in Europa zu verankern, doch wichtiger erscheint es ihm offenbar, zunächst den Bestand der Allianz zu sichern, deren Mitglieder sicherheitspolitisch orientierungslos wirken.⁴⁷⁹

Im Zentrum der internen Diskussion steht dabei grundsätzlich der Gegensatz zwischen den Gegnern einer Ausweitung und den Befürwortern einer raschen Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas in die NATO. Die unklare Situation in der ehemaligen Sowjetunion, die Schwierigkeiten bei der Integration der neuen Streitkräfte, aber auch die fehlende direkte militärische Bedrohung werden, neben Wörners Einwänden, von den Erweiterungsgegnern als stichhaltige Argumente angeführt.⁴⁸⁰ Überlagert werden diese

betrachten die NATO leider auch als Bühne für die polemische Austragung ihrer Nationalitätenkonflikte“.

474 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 7.

475 Zieleniec, Josef, Partnership for Peace, S. 14.

476 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 7–8.

477 FAZ vom 15. Januar 1992 („Cheney: Osteuropäer können in die NATO“).

478 Die Welt vom 31. Januar 1992 („Die NATO wird nicht nach Osten ausgeweitet“); zu den Nachteilen eines Systems kollektiver Sicherheit vgl. Wolf, Reinhard, Kollektive Sicherheit und das neue Europa, in: EA 13/1992, S. 365–374.

479 Adam, Werner, Ostmitteleuropa läßt nicht locker, in: FAZ vom 25. November 1993.

480 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 4–5.

Bedenken, so Karl-Heinz Kamp, vor allem von der Furcht, in eine Vielzahl territorialer und ethnischer Konflikte hineingezogen zu werden.⁴⁸¹ Die Befürworter einer raschen Aufnahme bedienen sich dagegen in ihrer Argumentation eines fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses sowie dessen Absicherung durch die Ausweitung von Stabilität nach Mittel- und Osteuropa. Mittlerweile aber haben einerseits die Befürworter erkannt, daß mit einem raschen Beitritt auch glaubhafter politischer und militärischer Beistand inklusive Nuklearpotential geleistet werden muß, und kritische Fragen nach der Handlungsfähigkeit des Bündnisses zunächst unbeantwortet bleiben. Andererseits haben auch die Gegner eingesehen, daß eine ständige Blockierung der Osterweiterung letztendlich den Ausschluß aller Länder Mittel- und Osteuropas bedeutet und der eigenen Politik entgegenläuft, konstruktiv an der Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur mitwirken zu wollen.⁴⁸²

Ergänzend dazu sind die Positionen einzelner Länder aufzuzeigen. Großbritannien gibt sich äußerst skeptisch und möchte die Rolle der NATO durch die Aufnahme weiterer Mitglieder nicht *verwässert* sehen.⁴⁸³ Frankreich zeigt sich nach anfänglicher Weigerung jetzt durchaus offen für Veränderungen, will aber die Allianz auf das rein militärische Niveau beschränken, um eine stärkere Stellung der USA in Mittel- und Osteuropa zu vermeiden.⁴⁸⁴ Den USA kommt in der ganzen Debatte die entscheidende Rolle zu, stellt doch die amerikanische Nukleargarantie einen zentralen Baustein für die transatlantischen Beziehungen dar.⁴⁸⁵ Hier zeigt sich langfristig ein Trend zugunsten Mittel- und Osteuropas, das in der Zwischenzeit durch eine Vielzahl verschiedener Kooperationsaktivitäten herangeführt werden soll.⁴⁸⁶ Deutschland tritt verstärkt für eine rasche Aufnahme der Visegrad-Staaten vor allem aus dem Bewußtsein heraus ein, *Frontstaat* zu einer Zone *verminderter Sicherheit* zu sein. Doch haben die zurückhaltenden Stellungen der Verbündeten in dieser Angelegenheit sowie auch die Wünsche der russischen Regierung den deutschen Vorstoß etwas abgebremst.⁴⁸⁷ Insgesamt ist somit festzuhalten,

481 Ebenda, S. 5–6.

482 Ders., Die Osterweiterung der NATO, in: Europäische Sicherheit 4/1994, S. 181.

483 Ders., Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 8–9; Nonnenmacher, Günther, Neue Regeln und die alte Botschaft, in: FAZ vom 9. November 1991; Heimrich, Bernhard, Historische Gespenster, in: FAZ vom 7. Januar 1994.

484 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 12: Frankreich ist selbst bislang lediglich politisch in das Bündnis integriert; Mihalka, Michael, Squaring the circle: NATO's offer to the East, in: RFE/RL Research Report 12/1994, S. 6; Nonnenmacher, Günther, Neue Regeln und die alte Botschaft; Münchhausen, Thankmar von, Für eine stärkere Zusammenarbeit, in: FAZ vom 7. Januar 1994.

485 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 35.

486 Ebenda, S. 13.

487 Mihalka, Michael, Squaring the circle, S. 7–8; Feldmeyer, Karl, Partnerschaft für den Frieden, in: FAZ vom 27. Oktober 1993; ders., Unterstützung und Sympathie, in: FAZ vom 7. Januar 1994.

daß die NATO dem Gedanken einer Einbindung heute grundsätzlich positiv gegenüber steht und lediglich die Frage eine raschen Aufnahme reserviert behandelt.⁴⁸⁸

Erst gegen Ende des Jahres 1992 gewinnt die Frage einer NATO-Osterweiterung wieder an internationaler Bedeutung, so daß sie in den folgenden Monaten dann vermehrt auf der Tagesordnung stehen wird. Dieser Stimmungswandel ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, von denen der erste in einem verstärkten Drängen der mitteleuropäischen Staaten zu finden ist. Es ist bezeichnenderweise der ungarische Außenminister Geza Jeszensky, der auf einem Treffen des NACC im Dezember 1992 in Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Konflikt die Aufstellung von NATO-Truppen unter dem Mandat der Vereinten Nationen oder der KSZE in seinem Land vorschlägt. Zwar wird dieser Aufruf einerseits in der Sache selbst als verfrüht angesehen, doch andererseits auch als ein Signal verstanden, daß die Mittel- und Osteuropäer die Kontakte mit der NATO nicht nur auf das Reden beschränken wollen⁴⁸⁹. Ergänzt wird diese Initiative durch das Angebot Ungarns und Polens, NATO-Manöver auf ihrem Territorium durchführen zu lassen, sowie durch die Aussage Polens, in Zukunft keine sowjetischen Rüstungsgüter mehr zu beziehen.⁴⁹⁰

Eine zweite Ursache für die Dynamisierung der Debatte stellen Äußerungen hochrangiger Vertreter aus wichtigen NATO-Staaten dar. Ende März 1993 spricht sich der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe für baldige Beratungen über eine Osterweiterung der NATO aus und hält sogar den NATO-Beitritt der Reformländer vor dem Beitritt zur EG für möglich.⁴⁹¹ Diese Auffassung wird auch von tschechischen Politikern geteilt, so etwa vom stellvertretenden Außenminister Alexander Vondra, der Anfang Juli zusammen mit anderen mitteleuropäischen Kollegen die Möglichkeit einer assoziierten NATO-Mitgliedschaft aufwirft⁴⁹², ohne allerdings auf rechtliche Grundlagen innerhalb der NATO zurückgreifen zu können. In der Folgezeit wiederholt Rühe seine Überlegungen und konzentriert seine Vorschläge dabei auf die mitteleuropäischen Länder Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei. Die Assoziierung zur EG, so Rühe, sei eine Vorentscheidung für die Vollmitgliedschaft dieser Länder. Deshalb gebe es keinen vernünftigen Grund, ihnen einen NATO-Beitritt zu verweigern.⁴⁹³ Aber auch Rußland sei durch ein Netzwerk umfassender Kooperation in die europäischen Prozesse einzubinden.⁴⁹⁴

488 Vgl. Feldmeyer, Karl, Partnerschaft für den Frieden.

489 Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest, S. 43.

490 Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 14.

491 Ebenda, S. 15; vgl. FAZ vom 3. April 1993 („Rühe für Erweiterung der NATO nach Osten“).

492 Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest, S. 46.

493 FAZ vom 22. Mai 1993 („Rühe offen für neue NATO-Mitglieder“).

494 FAZ vom 18. Mai 1993 („Rühe: Gleiche Verantwortung, gleiche Lasten für Deutschland“).

Unterstützung findet Rühle vor allem bei amerikanischen Politikerkollegen. So spricht sich US-Verteidigungsminister Les Aspin bei der Eröffnung des George-Marshall-Centers for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen am 5. Juni 1993 zusammen mit Rühle für eine gezielte, aber energische Öffnung von EG und NATO nach dem Osten aus.⁴⁹⁵ Auch der sehr einflußreiche US-Senator Richard Lugar, der ehemalige Außenminister Henry Kissinger sowie der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski treten für eine rasche Osterweiterung der NATO um die vier mitteleuropäischen Staaten ein.⁴⁹⁶ Im Mai 1993 werden sogar schon Kriterien für eine Mitgliedschaft genannt, die sich vor allem auf eine zivile Kontrolle der Armee sowie auf die Kompatibilität der Ausrüstung konzentrieren.⁴⁹⁷ Einen Monat später setzt sich der damalige NATO-Oberbefehlshaber John Shalikashvili bei einem Aufenthalt in Prag für eine verstärkte Militärkooperation ein und kündigt die Eröffnung eines NATO-Koordinationsbüros in der tschechischen Hauptstadt an.⁴⁹⁸

Ein dritter Grund findet sich in der veränderten Position Rußlands. Bei Besuchen zuerst in Warschau und dann in Prag erklärt der russische Präsident Boris Jelzin Ende August 1993 für viele unerwartet, Rußland habe kein Recht, einen souveränen Staat an der Mitgliedschaft in einer europäischen Organisation zu hindern.⁴⁹⁹ Unerwartet ist dieser offensichtliche Stimmungswechsel deshalb, weil Moskau zwei Jahre zuvor Partnerschaftsverträge mit den Mitteleuropäern abschließen wollte, die den Beitritt in ein anderes Bündnis, das die damalige Sowjetunion als gegen sich gerichtet betrachten könnte, untersagen ließ. Die Regierungen der ČSFR, Polens, Ungarns und auch Bulgariens verweigerten damals die Unterzeichnung mit dem Hinweis, die Sowjetunion wolle damit lediglich ihre politische Einflußzone absichern.⁵⁰⁰ Unerwartet ist dieser Schritt auch aus dem Grunde, weil Jelzins Außenminister Kosyrew noch am Vorabend der Reise seines Präsidenten die Mitteleuropäer erneut vor einem NATO-Beitritt warnt. Eine Mitgliedschaft würde reaktionäre und revanchistische politische Kräfte in Moskau stärken. Vielmehr sollten diese Länder eine Brückenfunktion zwischen Ost und West wahrnehmen, die aber von Václav Klaus, wie dargelegt, entschieden abgelehnt wird.⁵⁰¹

Unter dem Eindruck all dieser Ereignisse fühlt sich Wörner am 12. September 1993 veranlaßt zu erklären, daß es jetzt an der Zeit wäre, konkretere Perspektiven einer

495 SZ vom 7. Juni 1993 („Aspin fordert neues europäisches Sicherheitssystem“).

496 Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments and hopes, in: RFE/RL Research Report 12/1994, S. 21; Wieland, Leo, Langsame Gangart Rußlands wegen, in: FAZ vom 7. Januar 1994.

497 Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest, S. 45.

498 Ders., Central Europe's disappointments, S. 28.

499 Mihalka, Michael, Squaring the circle, S. 3.

500 Hacker, Jens, Osteuropa und die NATO, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.), Von der Ost-West-Konfrontation zur europäischen Friedensordnung, Südosteuropa-Studie 50, München 1992, S. 228.

501 Ludwig, Michael, Jelzin in Warschau: Polen ist in allen seinen Entscheidungen souverän, in: FAZ vom 26. August 1993.

Mitgliedschaft für die Staaten Mittel- und Osteuropas aufzuzeigen. Als geeigneten Termin dafür sehe er den NATO-Gipfel Anfang Januar in Brüssel.⁵⁰² Als dann aber Ende September Boris Jelzin in Briefen an Clinton, Mitterrand, Major und Kohl plötzlich wieder Bedenken an einer NATO-Mitgliedschaft dieser Länder äußert und somit seine Aussage vom August widerruft⁵⁰³, fühlen sich viele Skeptiker bestätigt. Grund für Jelzins Stimmungsumschwung ist die angespannte innenpolitische Lage in Rußland, die vor allem von den Militärs in Moskau argwöhnisch beobachtet wird. In dieser Situation kann Jelzin nichts wagen, was seine Stellung weiter schwächen könnte.⁵⁰⁴

Gerade die Reaktion in den verschiedenen Lagern auf Jelzins Brief macht vor dem Hintergrund des Putschversuches in Moskau Anfang Oktober jenes eingangs erwähnte *analytische Dilemma* deutlich. Während sich die ČR jetzt noch drängender um eine Annäherung an die NATO bemüht, wird das Bündnis selbst wieder vorsichtiger. Bei einem Besuch Rühes in Prag am 8. Oktober zeigt der stellvertretende tschechische Außenminister Vondra zwar Verständnis dafür, daß es im Januar noch nicht um das *Wie* und *Wann* gehen könne. Wichtiger sei jetzt vielmehr ein deutliches Zeichen der Bereitschaft, daß sich die NATO nicht als *exklusiver Klub* verstehe.⁵⁰⁵ Ähnlich wie in den Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft vor dem Gipfel in Kopenhagen beklagen jetzt die Mittel- und Osteuropäer die Unentschlossenheit der NATO und fordern sie auf, auf ihrem Gipfel in Brüssel konkrete Schritte vorzuschlagen. Die Heftigkeit⁵⁰⁶, mit der die Tschechen dabei auf die Aufnahme drängen, ist vor allem aus ihrer durch den Brief Jelzins verstärkt hervorgegangenen Befürchtung heraus zu erklären, bei einem Sieg der reaktionären Kräfte in Rußland den Anschluß an die NATO auf Dauer zu verlieren. Denn wenn bereits jetzt, bei einer einigermaßen demokratisch geführten russischen Regierung, Zweifel an dem Nutzen einer Aufnahme Mitteleuropas angeführt werden, wie stark wird man sich dann erst in Brüssel gegen einen solchen Schritt wehren, wenn wieder andere Kräfte in Moskau walten⁵⁰⁷. In einer Ansprache vor dem tschechischen Parlament am 12. Oktober drängt Václav Havel die Allianz geradezu, die russischen Wünsche zu ignorieren und die ehemaligen sowjetischen Satelliten zu integrieren: „NATO should increase its cooperation with them, count on them, seek various forms of possible association as a transition to membership at a later date.“⁵⁰⁸

502 Agence France Presse (AFP) (Brüssel) vom 12. September 1993.

503 Mihalka, Michael, *Squaring the circle*, S. 3.

504 Reisch, Alfred A., *Central Europe's disappointments*, S. 24.

505 FAZ vom 9. Oktober 1993 („Prag will Integration in den Westen“); vgl. Frank, Michael, Hochnäsiger alle obszönen Anträge abgelehnt, in: SZ vom 11. Oktober 1993.

506 Reuter (Prag) vom 12. Oktober 1993: Havel drängt die Atlantische Allianz dazu, die russischen Wünsche zu ignorieren und die früheren kommunistischen Staaten in die NATO aufzunehmen.

507 Havel, Václav, Warum die NATO Prag nicht Nein sagen darf, in: Die Welt vom 27. November 1993.

508 Übertragen im Prague Radio am 12. Oktober 1993. Eine schriftliche Übersetzung wurde vom RFE/RL Research Institute dem Autor zur Verfügung gestellt. Dieser Eintrag wird im Literaturverzeichnis

Wörner hingegen gibt Anfang Oktober zu verstehen, daß eine Mitgliedschaft der Mitteleuropäer nur im Einklang mit den legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands zu erreichen sei und auf absehbare Zeit ausgeschlossen werden könne. Selbst Volker Rühle, bislang ein vehementer Verfechter einer raschen Öffnung der NATO, macht auf seiner Visite in Prag zur Enttäuschung vieler jetzt deutlich, daß an eine baldige Ausdehnung der NATO nach Osten aus Rücksicht auf Rußland, das eine strategische Partnerschaft mit der NATO suche, wohl nicht zu denken sei.⁵⁰⁹

Auf dieser Basis wird die NATO-Tagung in Travemünde am 20. Oktober 1993 wegweisend für die künftige Politik des Bündnisses. Hier wird klar, daß die Vereinigten Staaten auf absehbare Zeit nicht beabsichtigen, durch eine Osterweiterung der NATO eine zusätzliche Beistandsverpflichtung und die damit verbundenen Risiken zu übernehmen. Als Alternative bringt US-Verteidigungsminister Aspin das amerikanische Konzept einer *Partnerschaft für den Frieden* mit allen Ländern Mittel- und Osteuropas ins Gespräch⁵¹⁰. Zunächst soll, laut Aspin, die konkrete Zusammenarbeit für die überschaubare Zukunft auf die Felder Friedenssicherung, Krisenbewältigung, Rettungsaktionen und Katastrophenschutz beschränkt bleiben, zugleich aber auch als Einstieg in eine spätere Vollmitgliedschaft genutzt werden können.⁵¹¹ Gerade jetzt will man weder von Washington⁵¹² noch von Brüssel aus falsche Signale nach Moskau senden, die die angespannte Lage in der russischen Hauptstadt weiter verschärfen könnte. Wörner versichert deshalb auf dem Treffen erneut, die NATO werde nichts tun, was die Sicherheitsinteressen Rußlands zum jetzigen Zeitpunkt verletzen könnte.⁵¹³ Diese Linie wird auf der Herbsttagung der NATO-Außenminister in Brüssel Anfang Dezember bestätigt. Am 10. Dezember 1993 einigt man sich dort ganz offiziell auf das Angebot einer PfP.⁵¹⁴ Der Ausgang der Parlamentswahlen in Rußland am 12. Dezember 1993 mit dem starken Abschneiden der Antireformkräfte scheint den eingeschlagenen gemäßigten Weg der NATO mit ihrem Angebot an alle Staaten des ehemaligen Ostblocks zu rechtfertigen, die politische Stimmung in Moskau nicht noch weiter anzuheizen.⁵¹⁵

Die ersten offiziellen Reaktionen aus der tschechischen Hauptstadt sind vor allem von der Erkenntnis geprägt, daß die NATO zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht mehr

deshalb nicht aufgeführt.

509 FAZ vom 9. Oktober 1993 („Prag will Integration in den Westen“).

510 Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz, S. 74.

511 FAZ vom 22. Oktober 1993 („Die NATO bietet eine „Partnerschaft für den Frieden“ an“).

512 Wieland, Leo, Langsame Gangart Rußlands wegen: PfP ist „Ausdruck einer vorsichtigen, von der Rücksicht auf Rußland bestimmten, minimalistischen Außenpolitik der Regierung Clinton“, die im wesentlichen von Clintons Sonderberater und *Rußlandzar* Strobe Talbott mitbestimmt wird.

513 FAZ vom 22. Oktober 1993 („Die NATO bietet eine „Partnerschaft für den Frieden“ an“).

514 Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 182.

515 Mihalka, Michael, Squaring the circle, S. 2.

anbieten kann.⁵¹⁶ Die verschiedenen Stellungnahmen spiegeln daher eher verordnete Zufriedenheit als echte Zustimmung wider. So nennt Baudys zum Beispiel die PfP einen *ausgewogenen Vorschlag* und einen *geeigneten ersten Schritt*.⁵¹⁷ Doch die doppelte Befürchtung vor einer erneuten russischen Bedrohung einerseits und einer Vertröstung des Ostens durch die NATO auf eine ungewisse Zukunft andererseits läßt die Politiker in Mitteleuropa weiter auf eine Vollmitgliedschaft setzen.⁵¹⁸ Eine gemeinsame Erklärung von Zieleniec und seinem polnischen Amtskollegen Olechowski stellt fest, man erwarte aus Brüssel noch immer ein klares Signal, daß die Allianz im Prinzip für die Länder Mittel- und Osteuropas offenstehe.⁵¹⁹ Insbesondere Václav Havel fordert die NATO auf, Rußland kein Veto-Recht bei der Osterweiterung des Bündnisses einzuräumen.⁵²⁰ Er reagiert damit auf die negative Antwort Jelzins im Hinblick auf den litauischen NATO-Mitgliedsantrag von Anfang Januar 1994⁵²¹. Doch als auf einem Treffen der Visegrad-Außenminister am 7. Januar 1994 in Warschau⁵²² versucht wird, eine gemeinsame Stellungnahme der vier Länder vor dem bevorstehenden Gipfel in Brüssel zu erreichen, lehnt die Tschechische Republik dieses Vorgehen aus den bekannten Motiven heraus ab.⁵²³

3. Die Partnerschaft für den Frieden

3.1. Inhalt und Kritik des Abkommens

Das Brüsseler Gipfeltreffen am 10. und 11. Januar wird von vielen als ein Wendepunkt⁵²⁴ in der Geschichte des Bündnisses angesehen, da hier im wesentlichen die Leitlinien für die weitere Entwicklung festgelegt werden. Als zentrale Punkte gelten die Erneuerung und Festigung der transatlantischen Beziehungen⁵²⁵, die Bekämpfung der

516 Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 183.

517 Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments, S. 29 – 30.

518 Reuter (Prag) vom 5. Januar 1994; Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 182.

519 Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments, S. 30.

520 Reuter (Prag) vom 7. Januar 1994; vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Der NATO-Gipfel von Brüssel und die Osterweiterung des Bündnisses, Bonn Januar 1994, S. 6: So bezeichnet auch die neue russische Militärdoktrin eine Erweiterung von militärischen Blöcken und Bündnissen zum Nachteil der russischen Sicherheitsinteressen als potentielle Quellen neuer militärischer Gefahren.

521 SZ vom 7. Januar 1994 („Jelzin warnt vor einer Erweiterung der NATO“).

522 Bezeichnenderweise entsendet Prag lediglich den Stellvertreter Jiří Pospisil.

523 Vgl. DPA (Prag) vom 10. Januar 1994; vgl. Miszczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas, S. 295.

524 Vgl. u.a. Wörner, Manfred, Die Vorbereitung des Bündnisses auf die Zukunft, in: NATO Brief 1/1994, S. 3.

525 Bill Clinton hat die Stationierung von 100.000 US-Soldaten in Europa bekräftigt, in: Bulletin der Bundesregierung Nr.3 vom 17. Januar 1994, S. 17.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Verabschiedung des Konzepts eines Alliierten Streitkräftekommandos, das den Aufbau multinationaler, teilstreitkräfteübergreifender Stäbe vorsieht und somit eine größere Flexibilität zwischen NATO und WEU ermöglicht⁵²⁶. Darüber hinaus verpflichtet sich die NATO, jetzt nicht nur an friedenswahrenden, sondern auch an friedensschaffenden Aktionen der Vereinten Nationen oder KSZE teilzunehmen.⁵²⁷ Das fünfte große Ergebnis von Brüssel stellt die einvernehmliche Billigung der Initiative für eine PfP dar.⁵²⁸ Ziel dieser Partnerschaft ist die Ausweitung von Stabilität nach Mittel- und Osteuropa durch den Aufbau einer sicherheitspolitischen Partnerschaft unterhalb der Schwelle der NATO-Mitgliedschaft. „Sie soll“, so die offizielle Erklärung, „den neuen Demokratien in dieser Region die Gewißheit vermitteln, daß das Bündnis ihre politischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt und ihre sicherheitspolitischen Sorgen ernst nimmt.“⁵²⁹

Das Dokument selbst ist aufgeteilt in eine Einladung an die Staaten des NACC und an andere KSZE-Länder zur Teilnahme und in ein Rahmendokument, in dem die einzelnen Punkte genauer abgehandelt werden. Der zentrale Satz der Einladung lautet: „Wir bekräftigen, daß die Allianz (...) für eine Mitgliedschaft anderer europäischer Staaten offenbleibt, die in der Lage sind, die Grundsätze des Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen.“⁵³⁰ Die aktive Beteiligung an der PfP spiele dabei, so das Dokument weiter, im evolutionären Prozeß der NATO-Erweiterung eine wichtige Rolle. Die Partner werden eingeladen, sich an politischen und militärischen Gremien im NATO-Hauptquartier zu beteiligen, sofern sie sich mit Partnerschaftsaktivitäten befassen. Die NATO beabsichtige dabei, mit jedem aktiven Teilnehmer an der Partnerschaft in gegenseitige Konsultationen einzutreten, „wenn dieser Partner eine direkte Bedrohung seiner territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit sieht“⁵³¹.

Das Rahmendokument beruft sich zu Beginn auf gemeinsame sicherheitspolitische Überzeugungen und allgemeine Werte, die dem friedlichen Nebeneinander im innen- wie außenpolitischen Bereich verpflichtet sind. Die Ziele der Zusammenarbeit werden dabei folgendermaßen beschrieben:

526 Vgl. Vincent, Richard, Der Brüsseler Gipfel aus militärischer Sicht, in: NATO Brief 1/1994, S. 8.

527 Bulletin der Bundesregierung Nr.3 vom 17. Januar 1994, S. 21: „Wir bekräftigen unser Angebot, (...) friedenswahrende und andere Operationen unter der Autorität des VN-Sicherheitsrates oder der Verantwortung der KSZE zu unterstützen (...)“; vgl. FAZ vom 12. Januar 1994 („Die NATO will stärker mit der WEU zusammenarbeiten“).

528 FAZ vom 11. Januar 1994 („Die NATO-Länder billigen einstimmig die „Partnerschaft für den Frieden“).

529 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Der NATO-Gipfel von Brüssel, S. 7.

530 Bulletin der Bundesregierung Nr.3 vom 17. Januar 1994, S. 23.

531 Ebenda, S. 23.

- „a) Förderung von Transparenz nationaler Verteidigungsplanung und Haushaltsverfahren;
- b) Gewährleistung demokratischer Kontrolle über die Verteidigungskräfte;
- c) Aufrechterhaltung der Fähigkeit und Bereitschaft, zu Einsätzen unter der Autorität der VN und/oder Verantwortung der KSZE beizutragen, vorbehaltlich verfassungsrechtlicher Erwägungen;
- d) Entwicklung kooperativer militärischer Beziehungen zur NATO mit dem Ziel gemeinsamer Planung, Ausbildung und Übungen, um ihre Fähigkeit für Aufgaben auf den Gebieten Friedenswahrung, Such- und Rettungsdienst, humanitäre Operationen und anderer eventuell noch zu vereinbarender Aufgaben zu stärken;
- e) auf längere Sicht Entwicklung von Streitkräften, die mit denen der Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam operieren können.“⁵³²

Die Partnerstaaten sollen im Anschluß an den Beitritt zur PfP der NATO ein Einführungsdokument (Presentation Document) übermitteln, um Art und Umfang der geplanten politischen und militärischen Beteiligung näher darzulegen. So muß zum Beispiel angegeben werden, welche Streitkräfte und welche Mittel der Partner für die Aktivitäten der PfP einbringen will und an welchen Übungen er teilnehmen wird.⁵³³ Aber auch die Schritte zur Erreichung der Transparenz der Verteidigungsplanung und zur Sicherstellung der demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte sollten darin enthalten sein.⁵³⁴ Die NATO entwirft zur Unterstützung ein eigenes Arbeitsprogramm mit Rat- und Vorschlägen. Auf der Grundlage dieser beiden Dokumente wird dann gemeinsam ein individuelles Partnerschaftsprogramm entwickelt werden, das erst nach beiderseitiger Übereinstimmung veröffentlicht werden soll. Zur Erleichterung der gemeinsamen Aktivitäten fordert die NATO die Partner dabei auf, ein eigenes Verbindungsbüro beim NATO-Hauptquartier einzurichten. In Brüssel selbst ist seit dem Gipfel ein eigenständiges Komitee (Political-Military Steering Committee) für die detaillierte Ausarbeitung des Programms und für seine Verwirklichung zuständig.⁵³⁵

Das Programm der PfP, das in seiner Brüsseler Ausgabe nur knapp zwei Seiten ausfüllt, enthält trotz seiner Kürze eine Reihe von wichtigen Elementen, die noch einmal betont werden müssen.⁵³⁶ Erstens schließt der Vorschlag der NATO keine Staaten Europas aus diesem Programm aus, die mögliche Beteiligung aller KSZE-Staaten wird explizit erwähnt, wodurch das Markieren neuer sicherheitspolitischer Grenzen in Europa vermieden werden soll. Zweitens ist das Prinzip der grundsätzlichen Offenheit der NATO am Anfang der Einladung zur Partnerschaft zu finden und unterstreicht damit die Bedeutung dieser Aussage, ohne dabei jedoch einen irgendwie gearteten Zeitplan aufzustellen oder

⁵³² Ebenda, S. 24.

⁵³³ Aspin, Les, Das neue Europa und die neue NATO, in: NATO Brief 1/1994, S. 12.

⁵³⁴ Moltke, Gebhardt von, Building a Partnership for Peace, in: NATOreview 3/1994, S. 5.

⁵³⁵ Ebenda, S. 7.

⁵³⁶ Mihalka, Michael, Squaring the circle, S. 4; Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 182; Aspin, Les, Das neue Europa, S. 13–14.

einen Automatismus zu garantieren. Eine Mitgliedschaft, so NATO-Vertreter, stehe hier am Ende und nicht am Anfang des Prozesses.⁵³⁷ Das Programm erlaubt den einzelnen Teilnehmerstaaten desweiteren, ihren individuellen Fahrplan selbst festzulegen (Selbstausschleungsverfahren⁵³⁸) und damit durch ihren Grad der Beteiligung an den gemeinsamen Aktivitäten auch ihre tatsächliche Bereitschaft zur Mitgliedschaft zu demonstrieren. Vergleiche mit Art.4 des Nordatlantikvertrages, „die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind“, lassen außerdem gewisse Ähnlichkeiten mit der Übereinkunft zu Konsultationen bei Krisensituationen erkennen, wenngleich auch die erhoffte Sicherheitsgarantie nach wie vor nicht im Programm enthalten ist. Doch kann es auch im Rahmen der Partnerschaft zum Einsatz von NATO-Truppen kommen, wie etwa US-Präsident Bill Clinton bemerkt: „Sie (die Partnerschaft) kann der NATO neue Instrumente in die Hand geben, um auf ethnische Instabilität sowie andere Gefahren für unsere Region zu reagieren. Der Einsatz von NATO-Streitkräften bei derartigen Missionen wird und muß allerdings stets jeweils von Fall zu Fall entschieden werden.“⁵³⁹ So sieht die Clinton-Regierung die PfP jetzt durchaus auch als einen möglichen Schutzschild an, falls die Entwicklung in Rußland eine negative Richtung nimmt.⁵⁴⁰ Die Möglichkeit, mit der NATO in ein 16+1 Gespräch einzutreten, ist jedenfalls als ein erheblicher Fortschritt gegenüber den Mechanismen des NACC anzusehen, wo bei Krisensituationen der Aggressor höchstwahrscheinlich mit am Tisch sitzen würde. Darüber hinaus sollte zusätzlich die Intensivierung der militärischen Kooperation nicht unbeachtet bleiben. Hier konzentriert sich die Partnerschaft vor allem auf friedenserhaltende Einsätze unter dem Mandat der VN oder der KSZE und baut auf den politischen Erfahrungen einer im Dezember 1992 etablierten NACC Ad hoc-Gruppe auf. Gemeinsame Übungen werden dabei im Zentrum der Aktivitäten stehen, um eine Annäherung auch im militärischen Sektor voranzutreiben.⁵⁴¹ So findet vom 12. bis 16. September 1994 ein erstes gemeinsames Manöver dieser Art in der Nähe von Posen in Polen statt, an dem rund 600 Soldaten aus Deutschland, Italien, Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien, den USA, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Litauen,

537 Moltke, Gebhardt von, *Building a Partnership for Peace*, S. 7.

538 Wörner, Manfred, *Die Vorbereitung des Bündnisses auf die Zukunft*, S. 6.

539 Zitiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Der NATO-Gipfel von Brüssel*, S. 8–9.

540 Mihalka, Michael, *Squaring the circle*, S. 9.

541 Moltke, Gebhardt von, *Building a Partnership for Peace*, S. 5.

Rumänien, der Slowakei, der Ukraine und Polen teilnehmen.⁵⁴² Eine weitere Übung im ähnlichen Rahmen beginnt Ende Oktober in den Niederlanden.⁵⁴³

3.2. Die Reaktionen in Prag

Vergleiche mit den im Vorfeld von der tschechischen Regierung aufgestellten Erwartungen lassen vermuten, daß man dort mit dem Erreichten durchaus zufrieden sein kann. Vor allem das Bekenntnis der NATO zur prinzipiellen Offenheit des Bündnisses sowie die Möglichkeit einer individuellen Annäherung entsprechen den Wünschen Prags. Die offiziellen Reaktionen aus der tschechischen Hauptstadt spiegeln daher eine gewisse Zuversicht und vorsichtigen Optimismus wider. Václav Klaus sieht in dem Plan eine gute Gelegenheit zur Knüpfung enger militärischer und politischer Kontakte zur NATO, und sein Verteidigungsminister Baudys fügt hinzu, das Konzept biete einen unglaublich breiten Raum, der von Null bis zur engstmöglichen Zusammenarbeit reiche.⁵⁴⁴ Für die Tschechische Republik bedeute es das Maximum des Möglichen und das Minimum des Erforderlichen. Die PfP gelte daher als wesentliche Vorstufe zur NATO-Vollmitgliedschaft, so Baudys.⁵⁴⁵ Auch Havel gibt sich zuversichtlich. Die PfP sei ausgewogen und durchdacht und der einzige Kritikpunkt liege darin, daß dieser Schritt nicht schon ein oder zwei Jahre früher unternommen wurde.⁵⁴⁶

Greifbarere Aussagen der tschechischen Regierung sind dann unter anderem einer Stellungnahme des Außenministers Josef Zieleniec zu entnehmen, der konkreter auf die Partnerschaft eingeht.⁵⁴⁷ Man wolle in einem ausgewogenen Verhältnis die politischen und militärischen Elemente der Partnerschaft nutzen, so der Minister. Seiner Ansicht nach soll sie politisch zu einem verstärkten Informationsaustausch und damit auch zu einem effektiven Konfliktmanagement beitragen. Die Möglichkeit zu Konsultationen in Krisenfällen stelle dabei ein wesentliches Element dar.⁵⁴⁸ Im militärischen Bereich biete sie darüber hinaus eine große Möglichkeit, die Transformation der eigenen Streitkräfte zu erleichtern. Man wolle insbesondere an multilateralen Trainingseinheiten teilnehmen

542 FAZ vom 23. August 1994 („Gemeinsame Manöver von NATO und Partnern in drei Wochen“); Ludwig, Michael, Kinder bitten Soldaten um Autogramme, in: FAZ vom 13. September 1994; ders., Zwei Minister im Gelände, in: FAZ vom 14. September 1994.

543 FAZ vom 22. Oktober 1994 („Manöver mit Soldaten aus elf Ländern“).

544 SZ vom 12. Januar 1994 („NATO-Angebot wird begrüßt“).

545 Prager Wochenblatt 2/3/1994, S. 2.

546 Übertragen im Prague Radio am 12. Januar 1994; vgl. hierzu Fußnote 137.

547 Zieleniec, Josef, Partnership for Peace, S. 14–15.

548 Vgl. Novotny, Jaromir, The Czech Republic, S. 15: Man plant in diesem Zusammenhang sowohl ein Verbindungsbüro im NATO-Hauptquartier in Brüssel zu eröffnen als auch Verbindungsoffiziere nach Mons zu entsenden.

und selbst solche Möglichkeiten im eigenen Land schaffen. Interessant ist Zieleniecs Aussage, daß die Partnerschaft auch eine regionale Kooperation fördern könnte, hatte sich doch Bill Clinton bei seinem Besuch in Prag am 11. und 12. Januar 1994 für eine solche stark gemacht⁵⁴⁹. Während Clinton darunter allerdings eine Zusammenarbeit der Visegrad-Länder untereinander versteht, tritt Zieleniec für eine Einbeziehung auch von NATO-Staaten ein. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Zum einen wird damit erneut jede Art des gemeinsamen regionalen Vorgehens und Handelns von Seiten Prags abgelehnt, sobald der Verdacht einer Institutionalisierung der Visegrad-Gruppe aufkommt. Zum anderen sucht man den direkten Weg zu einzelnen NATO-Staaten, um die bilateralen Beziehungen auszubauen. Die Tschechische Republik erklärt sich desweiteren bereit, die mit der Partnerschaft verbundenen finanziellen Lasten zu übernehmen, hofft aber auch auf Unterstützung durch die NATO. Mittelfristig rechnet man in Prag nun mit der Mitgliedschaft im westlichen Bündnis, legt aber einen Termin nicht näher fest.

Unterschiedlich wird die PfP von der tschechische Presse bewertet, die jedoch in das eigentliche Zentrum ihrer Berichterstattung das Verhältnis der mitteleuropäischen Staaten untereinander rückt. Vorwürfe gegen die PfP betreffen hier in erster Linie die nachgiebige Haltung des Westens gegenüber Moskau. Bezugnehmend auf das Münchner Abkommen von 1938⁵⁵⁰ schreibt die Tageszeitung *Lidova Demokracie*: „Heute sieht es so aus, daß auch ohne uns verhandelt wird. Doch wird uns das Ergebnis diesmal eleganter mitgeteilt.“⁵⁵¹ Die tschechische Zeitung *Mlada fronta dnes* kritisiert den mangelhaften Einsatz des Westens und ist der Auffassung, daß die PfP lediglich humanitäre Hilfe verkörpere, die – ähnlich wie in Bosnien – nur den Zeitraum der Befürchtungen verlängere.⁵⁵² Die NATO selbst, so *Mlada fronta dnes*, habe sich nach Ende des Kalten Krieges entschieden verändert und bemühe sich jetzt eher um eine Zusammenarbeit mit Rußland als um dessen Zurückweisung.⁵⁵³ In diese Sparte der Betrachtungsweise, die das Ergebnis aus dem internationalen Zusammenhang heraus interpretiert, fällt auch das Urteil über das politische Verhältnis zur Visegrad-Gruppe. So läßt, nach Meinung von Uwe Müller, die tschechische Regierung es deutlich an Feingefühl gegenüber ihren mitteleuropäischen Nachbarn missen. Müller sieht darin die Gefahr einer tschechischen Überheblichkeit.⁵⁵⁴ Zu einem anderen Urteil kommen Presseorgane, die von einem rein nationalen Standpunkt aus argu-

549 Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments, S. 33.

550 Immer wieder werden in der Diskussion um eine sicherheitspolitische Anbindung an den Westen die Ereignisse um das Münchner Abkommen auch von offizieller Seite in Prag als Argument für einen raschen Beitritt verwendet; vgl. z.B. Havels Rede vor dem tschechischen Parlament am 12. Oktober 1993, übertragen im Prague Radio am 12. Oktober 1993; vgl. hierzu Fußnote 137.

551 Abgedruckt in: PZ vom 13. Januar 1994 („Über uns ohne uns“).

552 Abgedruckt in: FAZ vom 12. Januar 1994 („Mangelhafter Einsatz“).

553 Buchert, Viliam, Partnerschaft nur für Partner, in: *Mlada fronta dnes* vom 13. Januar 1994, abgedruckt in: Osteuropa-Archiv 6/1994, S. A345.

554 Müller, Uwe, Tschechischer Alleingang.

mentieren und in der PfP daher ein willkommenes Instrument für einen tschechischen Alleingang erkennen. So ist etwa die Zeitung *Lidove noviny* der Auffassung, daß das Ergebnis von Brüssel auch bei einem geschlossenen Auftreten aller vier Staaten das gleiche gewesen wäre⁵⁵⁵. Die offizielle Außenpolitik in Prag mit ihrer Abkehr vom Visegrad-Prozeß findet durch solche Äußerungen eine nicht unbedeutende Rückendeckung in großen Teilen der Publizistik.⁵⁵⁶

Es ist so kaum verwunderlich, daß die PfP und die Politik der Prager Regierung bei ihren mitteleuropäischen Nachbarn auf Ablehnung stößt. Heftige Vorwürfe an die Adresse der NATO kommen etwa von Staatspräsident Lech Walesa, der die PfP-Initiative als Erpressung⁵⁵⁷ und als einen zu kurzen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet.⁵⁵⁸ „Wenn die Reformländer nicht in die europäischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen einbezogen werden, kann Moskau erneut versucht sein, seinen Einflußbereich gen Westen auszudehnen.“⁵⁵⁹ Kritiker richten sich dabei generell gegen die vermeintliche Unentschlossenheit des Westens. So zeige das Dokument keinen direkten Weg in die NATO-Mitgliedschaft auf und enthalte nur sehr allgemein formulierte Bedingungen zur Zusammenarbeit. Auch das Fehlen einer konkreten Sicherheitsgarantie wird bemängelt.⁵⁶⁰ Skepsis wird weiter durch die Tatsache geweckt, daß Rußland der Partnerschaft anscheinend positiv gegenüberstehe. So spricht der russische Außenminister Andrej Kosyrew von einem wichtigen Schritt nach vorn bei der Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen Rußland, den USA und den anderen NATO-Staaten. Daß die übrigen Staaten Mittel- und auch Osteuropas aufgrund dieser und ähnlicher Aussagen erneut eine Bipolarisierung der Sicherheitspolitik auf ihre Kosten befürchten, liegt auf der Hand.⁵⁶¹

Der Dissens in Mitteleuropa über die PfP, grundsätzlich aber das gespaltenes Verhältnis zu dem Visegrad-Prozeß prägt das Gipfeltreffen der vier Länder mit US-Präsident Bill Clinton in Prag im direkten Anschluß an den NATO-Gipfel. Es entspricht der tschechischen Linie, dem Treffen, trotz des heftigen Widerstandes ihrer Partner, einen durchaus bilateralen Charakter zu geben.⁵⁶² Sichtbar wird dies durch den organisatorischen Ablauf

555 Tigríd, Pavel, Brüssel und Prag in Fragen und Antworten, in: *Lidove noviny* vom 19. Januar 1994, abgedruckt in: *Osteuropa-Archiv* 6/1994, S. A343.

556 Bahlcke, Joachim, Tschechische Republik: Distanz zu den beitrtrittswilligen Ländern, in: *Osteuropa-Archiv* 6/1994, S. A339 – A340.

557 AFP (Warschau/Prag/Köln) vom 10. Januar 1994; vgl. SZ vom 11. Januar 1994 („Walesa: PfP ist Erpressung“).

558 SZ vom 12. Januar 1994 („NATO-Angebot wird begrüßt“).

559 Zitiert in: Mischczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas, S. 296.

560 Ebenda, S. 295 – 296.

561 Ebenda, S. 296; vgl. Nógrádi, Georg, Partnerschaft für den Frieden, S. 242.

562 Gensicke, Günter, Viel Lärm um fast nichts, in: PZ vom 20. Januar 1994; Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments, S. 32 – 33.

des zweitägigen Besuches Clintons. Der erste Tag steht unter dem Zeichen eines rein bilateralen Treffens zwischen den USA und der ČR und spiegelt zudem das gute Verhältnis zwischen Clinton und Havel wider. Havel akzeptiert die PfP und wird von Clinton darin bestärkt, daß die PfP einen Prozeß zur Mitgliedschaft in der NATO einleite.⁵⁶³ Man sei bereit, sofort Verhandlungen über alle Aspekte der Partnerschaft aufzunehmen, so Havel.⁵⁶⁴ Dasselbe wiederholt sich tags darauf mit den restlichen drei Ländern, wenngleich in etwas angespannterer Atmosphäre. Schließlich stimmt aber auch Polen der PfP-Initiative mit dem Argument zu, man wolle das Konzept letztendlich nicht blockieren, auch wenn man mehr erwartet habe.⁵⁶⁵ Havel wertet den Besuch insgesamt als großen Erfolg und sieht in der Entscheidung Clintons für Prag als Tagungsort eine Bestätigung dafür, daß die ČR sowohl der NATO als auch der EG früher als jeder andere Aspirant beitreten werde.⁵⁶⁶ Am 10. März 1994 unterzeichnet Václav Klaus die PfP in Brüssel.⁵⁶⁷ Bereits am 17. Mai 1994 wird das tschechische Einführungsdokument eingereicht, womit, so ein hoher Beamter des tschechischen Verteidigungsministeriums, das Interesse seines Landes an einer engen Zusammenarbeit mit der NATO noch einmal bekräftigt werden soll.⁵⁶⁸ Inzwischen haben bis Anfang September 1994 22 Staaten aus Mittel- und Osteuropa die PfP-Initiative unterzeichnet⁵⁶⁹, die alle auch mit Verbindungs-offizieren im NATO-Hauptquartier in Mons vertreten sind.

4. Exkurs: Die WEU und Mittel- und Osteuropa⁵⁷⁰

Seit der Gründung des Brüsseler Paktes am 17. März 1948⁵⁷¹ und seiner späteren Umbenennung in die Westeuropäische Union (WEU) am 23. Oktober 1954 hat diese rein europäische Organisation eine Nebenrolle in der sicherheitspolitischen Diskussion in Europa gespielt. Ausschlaggebend dafür ist vor allem Art.4 des entsprechenden WEU-Vertrages, der eine Konkurrenz mit der NATO vermeiden will und daher den Aufbau

563 Reisch, Alfred A., *Central Europe's disappointments*, S. 33.

564 SZ vom 13. Januar 1994 („Visegrad-Staaten akzeptieren NATO-Partnerschaft“).

565 Vgl. FAZ vom 13. Januar 1994 („Clinton macht Hoffnung in Prag: Ein Schritt auf dem Weg zur vollen NATO-Mitgliedschaft“).

566 Prague Radio vom 12. Januar 1994, vgl. Fußnote 137; Reuter (Prag) vom 18. Januar 1994.

567 Central and Eastern Europe, RFE/RL Research Report 11/1994, Beilage News Briefs: 7. – 11. März 1994, S. 19; vgl. Reisch, Alfred A., *Central Europe's disappointments*, S. 36.

568 Novotny, Jaromir, *The Czech Republic*, S. 12.

569 NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ angelaufen, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik Nr.17 vom 6. September 1994, S. 3.

570 Ausreichende Informationen über das Verhältnis zwischen der WEU und der ČSFR/ČR konnten nicht gefunden werden. Die folgende Analyse der Ereignisse deckt daher ganz Mittel- und Osteuropa ab.

571 Hervorgegangen ist der Brüsseler Pakt aus dem Vertrag von Dünkirchen aus dem Jahre 1947.

eines eigenständigen militärischen Apparates untersagt⁵⁷², obwohl die sicherheitspolitische Komponente der WEU weiter reicht als die der NATO. So verpflichtet Art.5 die WEU-Staaten im Falle eines bewaffneten Angriffes, „alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung“ zu leisten, während der Nordatlantikvertrag von 1949 in Art.5 den einzelnen Partnern lediglich vorschreibt, jene Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, zu treffen, die sie für erforderlich halten, um die Sicherheit des Bündnisgebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Ihre fehlende militärische Schlagkraft läßt die WEU in der Folgezeit in ihrer Rolle zwischen EG und NATO nahezu in die Bedeutungslosigkeit abrutschen. Erst die 80er Jahre sehen wieder ernsthafte Versuche, die WEU in ihrer Stellung zu heben. Diese Bemühungen finden schließlich im Vertrag von Maastricht ein vorläufiges Ende. Mit dem darin festgelegten Ziel, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen, wird im Art.J.4 Abs.2 die WEU als integraler Bestandteil der EU bezeichnet, ohne dabei jedoch in Konkurrenz mit der NATO zu treten. Dieses Verhältnis zwischen WEU und NATO bestimmt als ein zentrales Thema die Diskussion seit 1989 und wird auch im Brüsseler Abschlußdokument vom Januar 1994 konkret behandelt. Dabei unterstützt die NATO eine Stärkung der WEU als europäischen Pfeiler der Allianz und stellt ihr Ressourcen sowie Kommando- und Streitkräftestrukturen zur Verfügung.⁵⁷³ Die fehlende konkrete Gestalt der WEU wird daneben nicht selten auch als Möglichkeit gesehen, flexibel auf die Anforderungen zu reagieren⁵⁷⁴, die sich mit der Öffnung Mittel- und Osteuropas ergeben haben. Die WEU steht dabei in Prinzip allen Staaten offen, so die Präambel des Vertrages, „die von den gleichen Idealen geleitet und von der gleichen Entschlossenheit beseelt sind“, doch dürfte es spätestens seit Maastricht Nicht-EG-Mitgliedern schwer fallen, sich erfolgreich um einen Beitritt zu bemühen.

Der ständige Rat als wichtigstes Organ der WEU, der auf seiner höchsten Ebene aus den Außen- und Verteidigungsministern der Mitgliedsstaaten besteht, beginnt seine Neuorientierung gegenüber Mittel- und Osteuropa im Laufe des Jahres 1989. Deutlich wird das zunächst in seiner veränderten Terminologie. Wird vor diesem Zeitpunkt immer von *Ost-West-Beziehungen* gesprochen, so rückt der Begriff der *Beziehungen mit Mittel- und Osteuropa* immer mehr in den Vordergrund und markiert, wie bei der Europäischen Gemeinschaft und der NATO, die Absicht der WEU, diese Staaten nicht mehr als einen politischen und militärischen Block anzusehen.⁵⁷⁵ In der Selbsterkenntnis, nicht das

572 Art.4 (WEU-Vertrag): „Da der Aufbau einer Parallelorganisation zu den militärischen NATO-Stäben unerwünscht ist, sind der Rat und sein Amt in militärischen Angelegenheiten hinsichtlich Auskunftserteilung und Beratung auf die zuständigen militärischen NATO-Stellen angewiesen.“

573 Bulletin der Bundesregierung Nr.3 vom 17. Januar 1994, S. 20–21.

574 Nonnenmacher, Günther, Der Durchlauferhitzer, in: FAZ vom 27. Mai 1991.

575 Podraza, Andrzej, The WEU and Central Europe: A new relationship, The Royal Institute of International Affairs Discussion Paper No.41, London 1992, S. 25.

geeignete Forum für ausführliche Sicherheitsdiskussionen zu sein, beschränkt man sich zunächst auf die Unterstützung politischer und wirtschaftlicher Reformen. Das Jahr 1990 sieht dann aber eindeutige Fortschritte in den Bemühungen, konkrete Kontakte mit Mittel- und Osteuropa aufzunehmen. In einem Kommuniqué des Rates auf dessen Treffen am 23. April 1990 in Brüssel gehen die Minister auf die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sowie auf die Konsequenzen für die Sicherheit auf dem Kontinent ein. Sie begrüßen die Aktivierung der KSZE, betonen aber gleichzeitig die Fortsetzung des Europäischen Integrationsprozesses und die Bedeutung der NATO für die Sicherheit in Europa. Man beabsichtigt darüber hinaus, einen Informationsaustausch mit den demokratisch gewählten Regierungen in Mittel- und Osteuropa einzurichten. Dabei soll sowohl der Parlamentarischen Versammlung der WEU als auch dem neu zu gründenden WEU-Institut für Sicherheitsstudien eine tragende Rolle zukommen.⁵⁷⁶

Die Parlamentarische Versammlung hat bereits seit 1987 Kontakte zunächst mit dem obersten Sowjet in Moskau unterhalten, diese aber seit 1989 auf die übrigen Länder Mittel- und Osteuropas ausgedehnt. Die gegenseitigen Treffen mit Vertretern der einzelnen nationalen Parlamente schließen dabei Einladungen zu den Versammlungen der WEU als Gast oder Beobachter ebenso mit ein wie gemeinsame Diskussionen über die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa. Im März 1990 findet in diesem Zusammenhang eine erste Sitzung in Luxemburg statt, die sich ausschließlich mit den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa auseinandersetzt und dabei Gäste aus den Warschauer Pakt-Staaten begrüßen kann.⁵⁷⁷ Das Institut für Sicherheitsstudien in Paris, das im Juni 1990 seine Arbeit aufnimmt, soll unter anderem in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Organisationen in Ost und West Treffen und Seminare vor allem mit Ländern des Warschauer Paktes organisieren und dabei die Entwicklung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur als eine wesentliche Aufgabe fördern.⁵⁷⁸

In einem zweiten Kommuniqué vom 21. August begrüßt der Ministerrat die Kontaktaufnahme des WEU-Generalsekretärs Willem van Ekel mit Ländern aus Mittel- und Osteuropa und fordert ihn auf, diese Ebene weiterzuentwickeln.⁵⁷⁹ Es schließen sich daraufhin Besuche einer WEU-Delegation in Ungarn im Oktober und in der ČSFR im November 1990 an. Im März 1991 folgt Polen, im Herbst Bulgarien und Rumänien. Vergleicht man die Kontaktaufnahme der WEU mit der Entwicklung in den Beziehungen zwischen der EG und Mittel- und Osteuropa, so läßt sich folgern, daß sich die WEU, im Gegensatz zur NATO, an das EG-Prinzip der Differenzierung anlehnt. Die auf der Präferenzliste der WEU ganz oben stehenden Länder sind folglich diejenigen, die bereits

576 In: EA 17/1990, S. D440–D441.

577 Podraza, Andrzej, *The WEU*, S. 30.

578 Ebenda, S. 31.

579 In: EA 8/1991, S. D206.

politische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet haben und in einem engen Kontakt zur EG stehen.⁵⁸⁰

Im April 1991 wird in der Versammlung der WEU zum ersten Mal der Vorschlag eingebracht, die Länder Polen, Ungarn und ČSFR an die WEU zu assoziieren. In einem von der Versammlung gebilligten Bericht heißt es dazu, die drei Länder könnten an den Aktivitäten des Instituts für Sicherheitsstudien und in den Organen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung mitwirken. Desweiteren wäre eine Teilnahme an den Tätigkeiten des WEU-Ministerrates möglich, die die Bereiche Abrüstung sowie neue europäische Friedensordnung umfassen.⁵⁸¹ Auf einem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister in Vianden im Juni 1991 wird daraufhin beschlossen, die Kontakte mit Mittel- und Osteuropa durch neue Initiativen zu intensivieren: Überprüfung der Möglichkeit, durch Ad hoc Kontakte etwa auf Ministerebene den politischen Dialog zu stärken, die Herstellung eines regelmäßigen Informationsaustausches mit den jeweiligen Botschaften, eine Intensivierung des Gedankenaustausches zwischen Fachleuten sowie die Einrichtung eines Stipendienprogramms durch das Institut für Sicherheitsstudien.⁵⁸² Diese Entschlüsse treffen nur teilweise den in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 6. Oktober 1991 ausgedrückten Wunsch der Visegrad-Staaten, ihre Beziehungen neben der NATO auch mit der WEU, als der einzigen rein europäischen Verteidigungsorganisation, zu institutionalisieren.⁵⁸³

Entscheidend für die eigene Rollenfindung, aber auch für die Beziehungen mit den Ländern des ehemaligen Ostblocks, wird dann ein WEU-Ministertreffen am 18. November 1991 in Bonn. Zwischen dem NATO-Gipfel in Rom und dem Maastrichter Gipfel der EG betont die WEU in ihrem Kommuniqué ihre Bedeutung im europäischen Einigungsprozeß als europäischer Pfeiler der NATO. Die WEU beabsichtigt, ihre Kontakte auf die Sowjetunion und die baltischen Staaten, wenn auch auf niedrigerem Niveau als mit den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern, auszudehnen und beschließt eine Reihe von neuen Maßnahmen. Dazu gehören ein Sondertreffen des Rates mit den Außen- und Verteidigungsministern der Reformstaaten, Seminare des WEU-Instituts in diesen Ländern, eine Ausweitung des Stipendienprogramms sowie Reisen des Generalsekretärs in die Sowjetunion und die baltischen Staaten. Die WEU sei überzeugt, so das Kommuniqué, daß ihre Vorhaben sich mit den Bestrebungen der NATO und EG ergänzen werden.⁵⁸⁴ Ein deutscher Vorschlag nach Einrichtung eines regelmäßigen WEU-Kooperationsrates nach NATO-Muster wird abgelehnt, da man eine Schwächung der gleichgerichteten

580 Podraza, Andrzej, *The WEU*, S. 27–28; vgl. FAZ vom 19. Juni 1992 („Die Westeuropäische Union berät über Kampfeinsätze“).

581 FAZ vom 18. April 1991 („Die WEU will für Assoziierung offen sein“).

582 In: EA 2/1992, S. D44; vgl. Podraza, Andrzej, *The WEU*, S. 28.

583 AFP (Krakau) vom 6. Oktober 1991.

584 In: EA 2/1992, S. D73.

NATO-Initiative befürchtet.⁵⁸⁵ Offenbar will man aber nach wie vor eine Institutionalisierung der Beziehungen auf politischer Ebene vermeiden und es zunächst bei Konsultationsvereinbarungen belassen.⁵⁸⁶

Auf einer Tagung der WEU in Berlin am 1. April 1992 setzt sich der damalige deutsche Außenminister Genscher für institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit zwischen der WEU und den Ländern der Visegrad-Gruppe ein und merkt an, daß das Verhältnis dieser Länder zur WEU ihrem Verhältnis zur EG entsprechen sollte. Wenn Staaten folglich eine Assoziierung zur EG erhalten hätten, dann sollte ihnen auch eine entsprechende Zusammenarbeit mit der WEU ermöglicht werden. Genscher kündigt daher für Juni desselben Jahres einen Sonderministerrat in Bonn an, an dem auch die Reformländer Ost- und Mitteleuropas teilnehmen sollen.⁵⁸⁷ In der dort verabschiedeten *Petersberger Erklärung* des Ministerrates vom 19. Juni 1992 werden zunächst die künftigen Schritte der WEU sowie ihre Rolle auf dem Kontinent dargelegt. Dabei wird die Stärkung der operativen Rolle der WEU ebenso betont, wie die Beziehungen zwischen der WEU und anderen europäischen Mitgliedsstaaten der EG und der NATO neu geregelt. Die Bereitschaft zur Teilnahme an friedenserhaltenden und auch friedensschaffenden Maßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen und der KSZE wird erklärt.⁵⁸⁸

Entscheidend für das Verhältnis mit Mittel- und Osteuropa wird aber die im Anschluß stattfindende WEU-Tagung der Außen- und Verteidigungsminister mit ihren Kollegen aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn und auch der ČSFR. In einer gemeinsamen Stellungnahme vom 19. Juni 1992 erklären sie sich bereit, den Umfang der Beziehungen zu erweitern und zu intensivieren. Dabei soll der gegenwärtige Zustand durch eine Strukturierung des Dialogs, der Konsultationen und der Zusammenarbeit verstärkt werden. Konkret beschließt man zur Überwachung der getroffenen Maßnahmen und zur Einbeziehung weiterer Felder der Zusammenarbeit die Einrichtung eines mindestens einmal pro Jahr tagenden Creminums der Außen- und Verteidigungsminister und eines mindestens zweimal pro Jahr einzuberufenden Konsultationsforums zwischen dem ständigen WEU-Rat und den Botschaften der betroffenen Länder. Diese Entscheidungen sollen sich dabei mit den Aktivitäten der NATO ergänzen.⁵⁸⁹

Erst im Herbst 1993 erreicht die Diskussion um eine Einbindung Mittel- und Osteuropas in die WEU wieder einen neuen Höhepunkt. Es ist die Haltung Rußlands und die dadurch beeinflusste amerikanische Initiative einer Partnerschaft für den Frieden von Travemünde, die die WEU als Alternative für eine verstärkte Einbindung dieser Länder in eine

585 Podraza, Andrzej, *The WEU*, S. 29.

586 FAZ vom 29. Oktober 1991 („Wie soll die WEU zur EG und zur NATO stehen?“).

587 FAZ vom 2. April 1992 („Tagung der Westeuropäischen Union“).

588 In: EA 14/1992, S. D479 – D485.

589 Ebenda, S. D485 – D486; vgl. EA 15/1993, S. D289.

sicherheitspolitische Institution des Westens wieder aktuell macht. Am 12. November 1993 schlugen die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Juppe und Kinkel, die Assoziierung der Länder Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei an die WEU vor.⁵⁹⁰ Die WEU-Ministertagung am 22. November in Luxemburg geht auf die deutsch-französische Initiative ein und legt fest, daß die Beziehungen der WEU parallel zu der engeren Zusammenarbeit dieser Staaten mit der Europäischen Union erweitert und vertieft werden sollen.⁵⁹¹ Das in diesem Zusammenhang erwähnte Europa-Abkommen sowie das grundsätzliche Bekenntnis zu einem besseren Status für diese Länder läßt darauf hoffen, daß man jetzt im Prinzip dazu bereit ist, über eine assoziierte Mitgliedschaft der Reformstaaten bei der WEU mit der Option eines späteren Beitritts nachzudenken.

Doch schon kurz nach dem Treffen meldet der Journalist Werner Adam⁵⁹² Bedenken an. Die Einbindung Mittel- und Osteuropas in die WEU als Ersatzlösung zur NATO werde immer unwahrscheinlicher. So sei nach der Tagung nicht mehr von einer assoziierten Mitgliedschaft sondern nur noch von einem Vernetzungsverhältnis die Rede. Die Kluft zwischen Wort und Tat werde wieder breiter. Grundlage dieser Kritik sind die Maastrichter Erklärung der WEU vom 10. Dezember 1991⁵⁹³, die Petersberger Erklärung vom 19. Juni 1992⁵⁹⁴, das Dokument zur assoziierten Mitgliedschaft vom 20. November 1992⁵⁹⁵ sowie eine spätere Folgeerklärung vom 9. Mai 1994⁵⁹⁶, die eine im WEU-Vertragwerk selbst nicht verankerte assoziierte Mitgliedschaft in der WEU lediglich für NATO-Mitglieder in Aussicht stellen. Eine Assoziation umfaßt dabei die volle Teilnahme an den Tagungen des WEU-Rates, seiner Arbeitsgruppen und der Nebenorgane, unter Ausschluß des Rechts, Konsensentscheidungen der Mitglieder zu blockieren. Desweiteren fallen darunter auch die gleichberechtigte Teilnahme an WEU-Militäroperationen, sofern sich nicht die Mehrheit der Mitglieder dagegen ausspricht, sowie eine finanzielle Beteiligung am WEU-Haushalt.⁵⁹⁷ Entscheidend für das Verhältnis zwischen der WEU und den assoziierten (NATO-)Mitgliedern Türkei, Norwegen und Island ist aber das

590 FAZ vom 25. November 1993 („Kinkel will sich für eine Assoziierung der Visegrad-Staaten mit der WEU einsetzen“).

591 In: EA 3/1994, S. D108 – D109.

592 Adam, Werner, Ostmitteleuropa läßt nicht locker.

593 In: EA 3/1992, S. D96: „Die Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind, werden eingeladen, der WEU zu den nach Artikel XI des geänderten Brüsseler Vertrages zu vereinbarenden Bedingungen beizutreten oder, falls sie dies wünschen, Beobachter zu werden. Gleichzeitig werden die übrigen europäischen Mitgliedsstaaten der NATO eingeladen, assoziierte Mitglieder der WEU nach Modalitäten zu werden, die es ihnen ermöglichen, an den Tätigkeiten der WEU voll teilzunehmen.“

594 In: EA 14/1992, S. D483 – D484.

595 In: EA 6/1993, S. D125 – D126.

596 Bulletin der Bundesregierung Nr.46 vom 20. Mai 1994, S. 409.

597 Zu den genauen Rechten und Pflichten der assoziierten Mitglieder siehe EA 6/1993, S. D125 – D126.

Bekenntnis des Rates, „den Sicherheitsinteressen der assoziierten Mitglieder in vollem Umfang Rechnung zu tragen“⁵⁹⁸. Somit ist der Weg einer assoziierten WEU-Mitgliedschaft für die Staaten Mittel- und Osteuropas versperrt, da die WEU in Anlehnung an die NATO zu einem solchen Schritt gegenüber ihnen nicht bereit ist. Am 9. Mai 1994 beschließen daher die Außen- und Verteidigungsminister der WEU in Luxemburg auf der Suche nach einer Kompromißlösung, eine besondere Form der Zusammenarbeit für die Länder Mittel- und Osteuropas auszuarbeiten. Mit dem Angebot einer *assoziierten Partnerschaft* (keine Mitgliedschaft) an die Länder Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien sowie Estland, Lettland und Litauen wollen die Minister die Partnerschaft für den Frieden ergänzen und den Wunsch der Reformländer nach einer festeren Verankerung in der EG entsprechen.⁵⁹⁹ Diese assoziierte Partnerschaft enthält folgende Bestimmungen⁶⁰⁰:

- 1) Die Partner können an den Tagungen des Rates teilnehmen, aber keine Beschlüsse blockieren, für die ein Konsens unter den Mitgliedern nötig ist. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen des Rates informiert und können gegebenenfalls zu diesen auch eingeladen werden.
- 2) Die assoziierten Partner können darüber hinaus an der Planung, Übung und Durchführung humanitärer Aufgaben und Rettungseinsätzen sowie an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen im Rahmen der WEU teilnehmen, sofern nicht die Mehrheit der WEU-Mitglieder dem widerspricht. Die Modalitäten der Teilnahme werden im einzelnen abgestimmt, generell gilt aber hier der Grundsatz *gleiche Rechte, gleiche Pflichten*.

5. NATO und WEU: auf dem richtigen Weg?

Zieht man eine vorläufige Bilanz der letzten fünf Jahre, so läßt sich folgendes festhalten: Die Beziehungen zwischen der NATO und Mittel- und Osteuropa haben sich in diesem Zeitraum kontinuierlich fortentwickelt. Die PfP erweitert als vorläufiger Schlußstein dieses Prozesses die Zusammenarbeit und ergänzt sie um wichtige Bereiche. Sie fördert die Interoperabilität und hilft den Beitrittsaspiranten, sich auf eine spätere

598 Bulletin der Bundesregierung Nr.46 vom 20. Mai 1994, S. 409; vgl. Petersberger Erklärung des WEU-Ministerrates vom 19. Juni 1992, in: EA 14/1992, S. D483: „Ferner hoben sie [die Minister der WEU-Staaten, B.K.] hervor, daß die Sicherheitsgarantien und Verteidigungspflichten in den Verträgen, welche die Mitgliedsstaaten innerhalb der Westeuropäischen Union und innerhalb der Atlantischen Allianz miteinander verbinden, sich gegenseitig verstärken (...)“

599 FAZ vom 9. Mai 1994 („Die WEU will den Ostmitteleuropäern neue Wege eröffnen“).

600 Bulletin der Bundesregierung Nr.46 vom 20. Mai 1994, S. 408 – 409.

Mitgliedschaft vorzubereiten und die Geschwindigkeit dorthin selbständig zu bestimmen.⁶⁰¹ Im Gegensatz zum NACC betont die PfP-Initiative allerdings den bilateralen Charakter der Beziehungen⁶⁰² und rückt somit die NATO automatisch in das Zentrum der sicherheitspolitischen Diskussion.

Trotzdem kann von einem Mittelkurs der NATO gesprochen werden, der angemessen auf die Situation in Rußland reagiert und gleichzeitig die übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas nicht außer acht läßt. Daß bei der Ausgestaltung der PfP die Ereignisse in Rußland einen wesentlichen Einfluß ausgeübt haben, liegt auf der Hand. Doch wer dem Bündnis in diesem Zusammenhang den Vorwurf macht, es habe eine historische Chance vertan, oder es richte sich zu sehr nach den Interessen Moskaus, verkennet entweder die tatsächlichen Möglichkeiten der NATO oder schätzt die internationale Situation falsch ein. Alle 16 NATO-Staaten hätten einer Erweiterung des Bündnisses und damit auch der Sicherheitsgarantie zum jetzigen Zeitpunkt nie zugestimmt.⁶⁰³ Außerdem bietet eine starke und in sich geschlossene NATO, die sich nicht, wie von Rußland gewünscht, in ein System kollektiver Sicherheit unter dem Schirm der KSZE umwandelt, den Mittel- und Osteuropäern die Chance, ihr sicherheitspolitisches Umfeld souverän zu gestalten.⁶⁰⁴ Desweiteren löst die NATO mit ihrer Initiative auch eine Selbstblockade auf, stellt sie doch mit der PfP den gesuchten Kompromiß zwischen Erweiterungsskeptikern und Aufnahmebefürwortern her und schafft sich gleichzeitig den notwendigen zeitlichen Aufschub, ihre Rollenfindung nach Ende des Kalten Krieges ohne Druck zu vollenden.⁶⁰⁵

Die PfP ist ein Programm, dessen Verwirklichung von zwei Seiten abhängt. Bewußte Verhinderungstrategien von Seiten der NATO dürften in diesem Zusammenhang nicht zu erwarten sein. Der entscheidende Faktor für das Gelingen wird vielmehr in den Hauptstädten der einzelnen Partnerländer gesucht werden müssen. Prag wird sich angesichts seiner außenpolitischen Zielsetzungen aber hüten, diese Chance ungenutzt verstreichen zu lassen. Einer produktiven Zusammenarbeit zwischen der NATO und der ČR scheint daher wenig im Wege zu stehen. Inwieweit die PfP aber ihren Erwartungen gerecht werden wird, kann erst die Zukunft zeigen, wobei, wie so oft, finanzielle Aspekte einen nicht unbedeutenden Faktor ausmachen werden.⁶⁰⁶

Die WEU hingegen ist nach wie vor geprägt von ihrer Stellung zwischen EG und NATO, wodurch ihre Selbständigkeit auch gegenüber Mittel- und Osteuropa erheblich eingeschränkt ist. Deutlich sichtbar wird dieser Zwiespalt in ihrem Angebot einer as-

601 Wörner, Manfred, Die Vorbereitung des Bündnisses auf die Zukunft, S. 5–6.

602 Nerlich, Uwe, Die NATO als Kernstück einer europäischen Sicherheitsarchitektur, in: EA 17/1994, S. 505.

603 Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 183.

604 Miszczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas, S. 297.

605 Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, S. 182.

606 Ebenda, S. 183.

soziierte Partnerschaft, stellt dieser Begriff doch eine Mischung aus der Assoziation der EG und der PfP der NATO dar. Mit dieser neu geschaffenen assoziierten Partnerschaft unterhält die WEU jedenfalls neben der Kooperation, der assoziierten Mitgliedschaft und der reinen Mitgliedschaft vier Formen der Zusammenarbeit, die mit Sicherheit nicht zu einer Erleichterung der Entscheidungsfindung innerhalb der Organisation selbst beitragen werden.⁶⁰⁷ Doch war man letztendlich zu dieser Zwischenlösung gezwungen, um einerseits nicht mit den Interessen der NATO zu kollidieren und andererseits der Osteuropapolitik der EG gerecht zu werden. Dabei wird es spätestens seit dem Maastricht Vertrag im Zusammenhang mit der Fortentwicklung einer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem die EG sein, die die Beziehungen der WEU zu den Ländern Mittel- und Osteuropas leiten und bestimmen wird. Im Hinblick darauf wird Prag nur über geringe Einflußmöglichkeiten gegenüber der WEU verfügen.

Vergleicht man die Grundpfeiler der mitteleuropäischen Sicherheitsperspektive mit dem Erreichten, so ist letztendlich festzuhalten, daß in Abwägung des Notwendigen und Machbaren sowohl die NATO als auch die WEU den Erwartungen der Mittel- und Osteuropäer eines gutes Stück näher gekommen sind. In den mitteleuropäischen Hauptstädten wird man sich dieser Tatsache zusehends bewußt, auch wenn mit der PfP und der assoziierten Partnerschaft nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten.⁶⁰⁸ Man weiß aber auch in Brüssel, daß diese Initiativen nicht die letzten Antworten auf die Transformationsprozesse sein können.

V. Schlußbetrachtungen

1. EG und NATO im Vergleich

Was läßt sich zusammenfassend aus der Gegenüberstellung von EG und NATO folgern? Auffallend ist mit Sicherheit das positivere Urteil über die Aktivitäten der NATO, das offenbar in der Zielsetzung und Struktur der Allianz begründet liegt. Das Bündnis war insgesamt in der Lage, flexibler als die EG auf die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa zu antworten. Ein erster Grund dafür ist sicherlich in der einfachen Feststellung zu finden, daß der Nordatlantikvertrag kürzer und allgemeiner gehalten ist als das Vertragsnetz der EG, und Veränderungen der internationalen Situation daher nicht durch Vertragsänderungen aufgefangen oder in vorhandene Gesetzesstrukturen eingeordnet werden müssen. Dieser Gegensatz spiegelt sich auch im Verhältnis des schlichten PfP-Dokuments

607 FAZ vom 9. Mai 1994 („Die WEU will den Ostmitteleuropäern neue Wege eröffnen“).

608 Reisch, Alfred A., *Central Europe's disappointments*, S. 37.

zum detaillierten Europa-Abkommen wider. Die NATO wurde daneben in ihrer Politik nicht durch einen internen Entwicklungsprozeß gehindert und konnte somit unmittelbarer auf die Prozesse in Mittel- und Osteuropa reagieren. Desweiteren besitzt die NATO den entscheidenden Vorteil, lediglich den sicherheitspolitischen Bereich abdecken zu müssen und so die eigenen Kräfte auf einen konkreten und überschaubaren Punkt bündeln zu können.

Die EG hat es diesbezüglich schwerer. Die weitaus komplizierteren Folgeerscheinungen des Jahres 1989 allein im wirtschaftspolitischen Bereich verlangen umfangreichere und genauere Regelungen von Seiten der Gemeinschaft. Hinzu kommt jetzt der eigene Integrationsprozeß, der zwar ein großes Hindernis in den Beziehungen der EG zu den Ländern Mittel- und Osteuropas zu überwinden versucht, nämlich die fehlende politische Identität der Gemeinschaft, durch die Parallelität der Ereignisse aber die ganze Thematik doch erheblich erschwert. Dennoch ist dieser Schritt notwendig, denn

„hat die Gemeinschaft kein eigenes Gewicht, keine eigene Identität, aufgrund derer sie selbst es ist, die in ihren Gremien ihre eigenen Außenbeziehungen bestimmt und den Einzelstaaten darin die Plätze zuweist, dann ist sie nach außen vor allem das, was jeder einzelne Mitgliedsstaat für die Stärkung seiner eigenen jeweiligen außenpolitischen Priorität in der Welt aus ihr macht“⁶⁰⁹.

Die Öffnung des früheren Ostblocks hat diesen Mangel klar aufgedeckt. Zwar ist der Integrationsprozeß schon weit fortgeschritten, die EG spricht aber noch nicht mit einer Stimme. Ein wesentlicher Grund dürfte dabei in dem für viele EG-Staaten beängstigenden Gefühl zu finden sein, im jetzigen Stadium der Integration nationale Interessen mehr und mehr aufgeben zu müssen. Die Regierungen in den Hauptstädten Westeuropas verteidigen deshalb zäh ihre eigenen Standpunkte und verweigern so eine angemessene Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa. Verstärkt wird dieses Element durch den unmittelbaren Einfluß, den zum Beispiel Änderungen im Wirtschaftsbereich auf die innenpolitische Situation eines jeden EG-Landes ausüben. Diese Punkte treffen für die NATO und für die Sicherheitspolitik nur bedingt zu. Zwar existieren auch hier nationale Interessen, die die Außenpolitiken der NATO-Mitglieder mitbestimmen, und auch hier kann auf keine politische Identität zurückgegriffen werden, doch die NATO berührt direkt keine Souveränitätsrechte und scheint in der nun vorherrschenden grundlegenden Ausrichtung ein geeignetes Mittel gefunden zu haben, das den Mitgliedern die Möglichkeit bietet, ihren verschiedenen Zielsetzungen nachzugehen⁶¹⁰. Konkret gesagt, die unterschiedlichen

609 Deubner, Christian/Kramer, Heinz, Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa: Wende oder Ende der Gemeinschaftsbildung?, in: APUZ B18-19/1994, S. 13.

610 Vgl. Feldmeyer, Karl, Europa mit Rußland, Europa gegen Rußland. Eine Frage für alle und deshalb für keinen, in: FAZ vom 7. Dezember 1994: Die USA etwa will in der Frage der Einbindung Mittel- und Osteuropas der EG nicht das Feld alleine überlassen. Frankreich hofft durch eine Mitwirkung zu

nationalen Interessen sehen sich hier, anders als in der EG, in der offiziellen Politik der NATO, die den Rahmen des Möglichen ausschöpft, wahrgenommen.

Aber auch Gemeinsamkeiten zwischen der EG und der NATO lassen sich feststellen. So stehen beide Organisationen unter ständigem Druck von Seiten der Reformländer, denen die Entscheidungen in Brüssel oft zu langsam getroffen und dann von ihnen meist als ungenügend bezeichnet werden. Im Hinblick darauf spielt der Putschversuch in Moskau von August 1991 eine bedeutende Rolle, scheint dieser doch so manche Vorbehalte der EG und der NATO gegen eine engere Kooperation mit Mittel- und Osteuropa beseitigt zu haben. Gemeinsam ist EG und NATO letztendlich auch die Bewertung des Europa-Abkommens und der PfP, da beide Initiativen lediglich einen ersten konkreten Schritt darstellen, um an der Zusammenführung der früheren Kontrahenten des Kalten Krieges und damit an der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents aktiv mitzuwirken.

2. Europa — Quo vadis?

Wie wird sich Europa weiterentwickeln? EG, NATO und die Länder Mittel- und Osteuropas haben die Chance, den europäischen Kontinent nach dem Wegfall der ideologischen und politischen Konfrontation neu in ihrem gemeinsamen Interesse zu gestalten. Wohin dieser Weg führen wird, liegt somit im Ermessen der Beteiligten. Und wie dieser Weg aussehen könnte, dazu sollen folgende Ideen und Anmerkungen zum Abschluß einen kleinen Beitrag leisten.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Institutionen EG und NATO und den Ländern Mittel- und Osteuropas haben sich in den letzten fünf Jahren ohne Zweifel grundlegend geändert und deutlich verbessert. Dennoch kann von einem spannungsfreien Nebeneinander noch lange nicht die Rede sein. EG und NATO stehen hier nicht selten vor dem Zwiespalt, zum einen als Stabilitätsanker zu fungieren, zum anderen aber gerade diese Stabilität aufgeben zu müssen, um den Anforderungen und Erwartungen der mittel- und osteuropäischen Länder auch gerecht zu werden.⁶¹¹ Angesichts der Ereignisse läßt sich aber der Eindruck der Konzeptlosigkeit des Westens nicht vermeiden, ohne daraus jedoch einen Vorwurf machen zu wollen. Der Zusammenbruch des Ostblocks in seiner rasanten Geschwindigkeit mit allen daraus resultierenden Konsequenzen konnte kaum

verhindern, daß Deutschland eine zu starke Position in Europa ausbaut. England versucht, gegenüber Deutschland und Frankreich nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten.

611 Vgl. Hassner, Pierre, Die europäische Einigung und der Umbruch in Osteuropa. Identität und Öffnung, in: Dewandre, Nicole/Lenoble, Jacques (Hrsg.), Projekt Europa, Berlin 1994, S. 176.

vorhergesehen werden.⁶¹² Doch ist festzustellen, daß der Mangel an realisierbaren Konzepten bislang eher am Bewährten festhalten läßt.⁶¹³ Hier muß jetzt grundsätzlich gefragt werden, ob auf Dauer durch die Aufrechterhaltung des Status quo in Europa nicht Instabilität erzeugt wird und damit genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich zu erhalten versucht. Die Einstellung zu Veränderungen auch im eigenen Lager ist somit unter anderem ein Gradmesser für die eigentliche Kooperationsbereitschaft und den Gestaltungswillen in Brüssel. Bei den Reformländer hingegen herrscht, trotz teilweise berechtigter Kritik, oft eine unrealistische Vorstellung darüber vor, wie schnell und mit welchen Mitteln die westlichen Institutionen auf ihre Anforderungen und Bitten reagieren können. Die Wünsche und Erwartungen der Beitrittskandidaten können jedenfalls nicht die alleinigen Kriterien für eine Bewertung der Frage nach einer Osterweiterung von EG und NATO darstellen.⁶¹⁴ Verständnis und Geduld sind somit insgesamt unter den allerersten Tugenden, die bei der Analyse der Probleme auf beiden Seiten gefordert sind.

Wie bereits erwähnt sollte die EG bei ihren Bemühungen zwei Hauptziele vor Augen haben, nämlich die politische Neugestaltung des europäischen Kontinents und die wirtschaftliche Genesung der mittel- und osteuropäischen Nachbarn. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht stehen der EG zahlreiche, bislang zum Teil ungenutzte Möglichkeiten für Hilfsaktionen offen. Dazu gehört an erster Stelle eine sinnvolle Koordination aller westlicher Hilfen. Das könnte zum Beispiel den oftmals in die allgemeine Diskussion eingebrachten Aufbau einer gesamteuropäischen Organisation beinhalten, die die Planung, Koordinierung und Kontrolle der Hilfen jeder Art übernehmen und somit für eine Reformgewißheit auf beiden Seiten sorgen würde.⁶¹⁵ Auch über eine neue Art des *Marshallplans*⁶¹⁶, der den Betroffenen eine langfristige finanzielle Sicherheit für die Transformationsprozesse bietet, muß in diesem Zusammenhang nachgedacht werden. Zu den weiteren möglichen Hilfeleistungen gehört zweitens, die Handelspolitik gegenüber den schwächeren Reformstaaten so liberal wie möglich zu gestalten, zumal die Handelsüberlegenheit der EG den momentanen Protektionismus kaum rechtfertigt. Überflüssige

612 Vgl. Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa, S. 8–10.

613 Vgl. Czempel, Ernst-Otto, Bausteine einer europäischen Friedensordnung, in: EA 4/1994, S. 91.

614 Vgl. Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“, S. 49.

615 Vgl. Weidenfeld, Werner, Zur Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Transformation Europas, in: Kreile, Michael (Hrsg.), Die Integration Europas, Opladen 1992, S. 331; vgl. Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa, S. 89–90; vgl. Dauderstädt, Michael/Domitra, Michael/Ehrke, Michael, Solidarität mit Osteuropa, S. 19.

616 Im Mai 1990 hatte Jiří Dienstbier die Idee eines neuen Marshallplans vorgetragen, doch werden von westlicher Seite die gegenüber der Nachkriegszeit veränderten internationalen Bedingungen sowie heftiger Widerstand von Seiten der Entwicklungsländer, die einen Bedeutungsverlust befürchten, als Hauptargumente gegen diese Pläne angeführt; vgl. Dienstbier, Jiří, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 406; vgl. Hughes, Michael, Can the West agree on aid to Eastern Europe, in: RFE/RL Research Report 11/1992, S. 35–42.

Beschränkungen verhindern vielmehr einen schnellen Anschluß der mittel- und ost-europäischen Volkswirtschaften und verlängern somit die ehemals schon problembeladene Übergangsperiode.⁶¹⁷ Diese Problematik betrifft aber auch ein konsequentes Überdenken der eigenen Richtlinien vor allem im Agrarbereich⁶¹⁸ und eine angemessene Verteilung der Lasten innerhalb der westlichen Industrieländer. So existiert in Deutschland die weitverbreitete und wahrscheinlich auch nicht unbegründete Meinung, der deutsche Einfluß in Mittel- und Osteuropa sei nicht zu groß, vielmehr sei die Hilfe der anderen europäischen Staaten eher zu gering.⁶¹⁹

Bei der Lösung der politischen Frage, das heißt der unmittelbaren Gestaltung des europäischen Kontinents, stehen mehrere Optionen zur Auswahl. Im Zentrum befindet sich hier die Frage, wohin die EG steuert, die Frage nach Erweiterung und/oder Vertiefung. Insgesamt vier Schulen lassen sich zunächst unterscheiden, die die Diskussion darüber beherrschen⁶²⁰: Die erste Schule mit Anhängern aus weniger gemeinschaftsorientierten Kreisen vertritt die These, der Erweiterung sei Priorität einzuräumen, um die Entwicklung des Kontinents hin zu Demokratie und Marktwirtschaft tatkräftig zu unterstützen. Die zweite Denkrichtung tritt dagegen für eine Vertiefung als Priorität ein, um die EG zu einem effizienten Wachstums- und Stabilitätspol auszuformen. Ihre Befürworter sind in den Kreisen der Kommission, des Europäischen Parlaments, aber auch in den großen Mitgliedsstaaten zu finden. Eine dritte Gruppe, die Prioritätensetzungen vermeiden will, zieht eine gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung in Betracht. Hier stehen verschiedene Modelle zur Verfügung⁶²¹, die über mehr oder weniger vertiefte Formen der Anbindung diesen Spagat zwischen gleichzeitiger Vertiefung und Erweiterung meistern wollen. Schließlich ist noch die vierte Schule zu nennen, die eine Vertiefung der EG zum Zwecke der späteren Erweiterung vorantreiben will.

Eine reine Erweiterungsrunde der EG schließt sich aufgrund des mangelnden Realitätsbezugs von vornherein aus, was die noch vorhandenen möglichen Alternativen auf drei

617 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 236.

618 Vgl. Dietrich Stefan, *Lebensfremde Entscheidungen allmächtiger Beamter*, in: FAZ vom 11. Juni 1994; vgl. FAZ vom 27. August 1994 („Die Agrarpolitik erschwert die Annäherung von Osteuropa an die EU“).

619 Bomsdorf, Falk u.a., *Die Risiken des Umbruchs*, S. 90; vgl. FAZ vom 1. Oktober 1994 („Deutschland ist einer der größten Zahler“): Nach einem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums hat die Bundesrepublik Unterstützungen in einem Gesamtwert von rund 136 Milliarden DM geleistet, wobei allein auf die mittel- und südosteuropäischen Länder 46 Milliarden DM entfielen. Mit einem Anteil von ca. 50% der internationalen Hilfeleistungen steht die Bundesrepublik damit einsam an der Spitze.

620 Vgl. Lippert, Barbara/Wessels, Wolfgang, *Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten*, in: Jakobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.), *Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven*, Opladen 1993, S. 439–457; vgl. Wessels, Wolfgang, *Deepening versus widening? Debate on the shape of EC-Europe in the nineties*, in: Wessels, Wolfgang/Engel, Christian (Hrsg.), *The European Union in the 1990s – Ever closer and larger?*, Bonn 1993, S. 17–56.

621 Auf diese Modelle wird später noch kurz eingegangen.

beschränkt. Alle drei treten nun für eine Vertiefung ein, doch was spricht dafür? Eine Europäische Gemeinschaft mit 20 oder noch mehr heterogenen Mitgliedern ist als politische Entscheidungsinstanz nach dem herkömmlichen Muster eigentlich kaum vorstellbar⁶²² und würde auf Dauer auch nicht überleben. Stabilität auf dem Kontinent wird somit nicht automatisch durch eine Erweiterung der EG produziert.⁶²³ Vielmehr kann nur eine leistungsstarke EG die auf sie wartenden Herausforderungen meistern, daß heißt konkret, sie muß sich zu einer handlungsfähigeren und effizienteren Organisation weiterentwickeln, um den Anforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden.⁶²⁴ Dazu gehört, wie auch von Jacques Delors mehrfach gefordert⁶²⁵, daß die Entscheidungsstrukturen innerhalb der EG und hier vor allem im Rat selbst klarer und einfacher werden. Auch das Demokratiedefizit muß durch eine Aufwertung des Parlaments weiter abgebaut werden, das in der Frage einer Unterstützung der Reformstaaten weniger national zu denken scheint. Von größter Bedeutung ist sicherlich die Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die der Schaffung eines Forums für außenpolitische Entscheidungen mit Mehrheitsprinzip ebenso bedarf wie einer aktiven Präventivpolitik, die auch vor schnellen militärischen Interventionen im Rahmen der WEU nicht zurückschreckt. Das alles schließt aber auch das Fortschreiten der wirtschaftlichen Integration mit ein.

Mit dem Abschluß des Maastricht-Vertrages allerdings wird die Priorität zunächst eindeutig in Richtung auf eine reine Vertiefung gelegt und damit die Hürden für eine spätere Erweiterung sehr hoch angesetzt. Doch die Gemeinschaft wird sich auf Dauer einer Mitgliedschaft der Reformstaaten nicht entziehen können. Zum einen liegt eine Erweiterung in dem politischen Anspruch der Gemeinschaft begründet.⁶²⁶ Zum anderen können auch die ökonomischen Argumente gegen eine Aufnahme leicht entkräftet werden.⁶²⁷ So werden finanzielle Hilfeleistungen von der EG auf jeden Fall geleistet werden müssen. Zudem wird eine zunehmende Konkurrenz mit der im Europa-Abkommen vorgesehenen Freihandelszone sowieso unumgänglich. Und gerade die Frage der Arbeitskräftewanderung ist abhängig von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen Mittel- und Osteuropas, die ohne westliche Hilfe nur schwer zu meistern sind.

622 Und mit 15?

623 Kramer, Heinz, *The European Community's response*, S. 239; diese Feststellung kann auch als Hauptargument gegen die erste Schule verwendet werden, die einer Erweiterung Priorität einräumt.

624 Vgl. Weidenfeld, Werner, *Zur Rolle der Europäischen Gemeinschaft*, S. 321.

625 Delors, Jacques, *Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft*, in: APUZ B1/1993, S. 8; vgl. *Die Erweiterung Europas*, S. 14–16.

626 Vgl. Präambel des EG-Vertrages: Grundsatz der Offenheit der EG; vgl. Garton Ash, Timothy/Mertes Michael/Moïsi, Dominique, *Vorrang für die Länder, die uns am nächsten stehen*, in: SZ vom 18. September 1991; vgl. Kühnhardt, Ludger, *Europäische Union und föderale Idee: Europapolitik in der Umbruchzeit*, München 1993, S. 117–118.

627 Vgl. Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, *Aufbruch im Osten*, S. 69–71.

Die Optionen für die EG schwanken somit zwischen einer kontrollierten Hilfestellung mit der Möglichkeit, auf die Gestaltung in Mittel- und Osteuropa positiv einzuwirken, und einer Geht-mich-nichts-an-Mentalität, deren Konsequenzen dann aber auch vom Westen mitgetragen werden müssen.

Die Kommission scheint ihre Wahl getroffen zu haben, wenn sie schreibt: „Die Gemeinschaft war niemals ein geschlossener Klub und darf sich jetzt der historischen Aufgabe, die Verantwortung für den gesamten Kontinent zu übernehmen und zur Entwicklung einer politischen und wirtschaftlichen Ordnung für ganz Europa beizutragen, nicht entziehen.“⁶²⁸ In diese Richtung weist nun endlich auch ein Beschluß des Rates vom 4. Oktober 1994, einen *strukturierten Dialog* für ein engeres politisches und wirtschaftliches Verhältnis mit den assoziierten Ländern aufbauen zu wollen. Dieses Vorgehen wird auf dem Gipfel in Essen am 9. und 10. Dezember 1994 bestätigt.⁶²⁹ Der strukturierte Dialog sieht unter anderem zweimal im Jahr Beratungen auf Außenministerebene und jährliche Treffen zwischen den Staats- und Regierungschefs der EG und der Reformstaaten vor und verdeutlicht, wie auch ihre Einladung nach Essen, vor allem den gestiegenen Stellenwert dieser Länder.⁶³⁰ Hier kommt es jetzt darauf an, möglichst schnell zu handeln und den immer noch vorhandenen Gestaltungsspielraum so kurz nach dem Ende der Blockkonfrontation auszunutzen. Eine Vertiefung zum Zwecke der späteren Erweiterung könnte diesen Zeitvorteil leichtfertig verspielen und so die Chance auf eine sinnvolle Hilfeleistung ungenutzt verstreichen lassen.

So bleibt nur noch die gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung als mögliche Alternative denkbar, doch auch hier ergeben sie Schwierigkeiten. Denn für die Reformstaaten selbst wäre eine zu schnelle Angliederung an die EG nicht unbedingt von Vorteil. Hier muß aus den Erfahrungen früherer Beitritte, und da insbesondere aus der letzten Erweiterungsrunde in den 80er Jahren mit Spanien, Griechenland und Portugal, gelernt werden. So dürfen zum Beispiel die mit einem Beitritt verbundenen Liberalisierungskosten nicht unterschätzt werden, die bei einer unzureichenden Konjunkturentwicklung zu erheblichen Schäden in den betroffenen Länder führen können. Auch kann die Kohäsionspolitik der EG lediglich subsidiär wirken und eine effektive nationale Wirtschaftspolitik nicht ersetzen.⁶³¹ Zudem wird eine echte Partnerschaft mit der Gemeinschaft auf der Grundlage einer eigenständigen Entwicklung leichter zu erzielen sein als auf der Grundlage einer einseitigen Abhängigkeit.⁶³²

628 Die Erweiterung Europas, S. 10.

629 FAZ vom 12. Dezember 1994 („In Essen ein erster Schritt zur nächsten Erweiterung“).

630 FAZ vom 5. Oktober 1994 („EU-Außenminister wollen engere Beziehungen zu den Ländern Ostmitteleuropas knüpfen“); vgl. FAZ vom 1. November 1994 („Die EU hält sich in der Beitrittsfrage weiter zurück“): Ein erstes Treffen dieser Art fand am 31. Oktober 1994 statt.

631 Axt, Heinz-Jürgen, Europäische Gemeinschaft, S. 304–306.

632 Randzio-Plath, Christa, Die EG und Mittel- und Osteuropa: Zur Neuordnung der Beziehungen, in:

Was bleibt also übrig? Während die Komponenten der Vertiefung leicht auszumachen sind und deren Verwirklichung eher eine Frage des menschlichen Willens als der tatsächlichen Möglichkeiten darstellt, erweist sich die Erweiterung der EG als echtes Problem. Doch auch hier kann eine Lösung gefunden werden, wenn man bereit ist, den Begriff der Erweiterung in ein dynamisches Konzept einzubinden. Dafür existieren eine Reihe von Optionen, die im folgenden kurz dargestellt werden sollen.

Die lange angepriesene Mitgliedschaft Mittel- und Osteuropas in der *EFTA* ist mit dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur EG faktisch hinfällig geworden. Hoffnungsvoll, aber wenig beachtet, ist der Vorschlag einer *affiliated membership* von Frans Andriessen geblieben, der eine partielle oder auch flexible Mitgliedschaft innerhalb der EG vorsieht. Nach der Assoziierung könnten die Reformländer so zunächst in einer Art korrespondierender Mitgliedschaft in die EG aufgenommen und an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sofern sie ihre Sache betreffen, etwa in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit.⁶³³ Eine vielversprechende Übergangslösung scheint hingegen das Modell der *konzentrischen Kreise* zu sein, das in Grundzügen schon heute besteht⁶³⁴. Hier sind um einen besonders stark integrierten Kern mehrere Ringe mit den übrigen europäischen Staaten gruppiert. Die Zugehörigkeit zu dem jeweiligen Ring ergibt sich nicht geographisch, sondern hängt vielmehr davon ab, inwieweit die einzelnen Staaten zur Integration politisch gewillt und wirtschaftlich fähig sind.⁶³⁵ In der Diskussion befindet sich auch das Modell eines *Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten*, das im Gegensatz zu dem Modell der konzentrischen Kreise ein gemeinsames Integrationsziel vorschreibt und durch unterschiedliche Fristsetzungen den Übergang zur nächsthöheren Stufe regelt.⁶³⁶ Ebenfalls interessant erscheint das *Europa à la carte* zu sein, das eine Mitgliedschaft all jenen Staaten anbietet, mit denen man eine Kooperation beabsichtigt, ohne sie aber von Anfang an auf den erreichten Integrationsstand zu verpflichten.⁶³⁷ Weiterhin zu nennen ist die Etablierung eines *Europäischen Politischen Raumes*, der die Zusammenarbeit auf Gebieten von gemeinsamen Interesse vorsieht und sein Vorbild in dem NACC findet.⁶³⁸ Bei all diesen Modellen, zu denen letztendlich auch das *Europa*

Schenk, Karl-Ernst/Seeler, Hans-Joachim (Hrsg.), Chancen für ein größeres Europa: Ost-Europa auf dem Weg in die EG, Baden-Baden 1992, S. 95.

633 Vgl. Schaefer, Guenther F., Die EG und die mittel- und osteuropäischen Staaten, S. 57.

634 Vgl. die Ausnahmeregelungen für Großbritannien und Dänemark in den Bereichen Sozialpolitik und Wirtschafts- und Währungsunion.

635 Fastenrath, Ulrich, Variable Geometrie, konzentrische Kreise, in: FAZ vom 6. September 1994.

636 Ebda; vgl. Schuller, Konrad, Zuerst freundlich, dann kritisch: Zu dem Dokument der CDU/CSU-Fraktion bezüglich eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten, das fünf Kernländer ausdrücklich nannte, heißt es in Prag: „(...) wir wünschen mehr Takt“.

637 Fastenrath Ulrich, Variable Geometrie, konzentrische Kreise.

638 Ebenda

der variablen Geometrie⁶³⁹ gehört, muß es darum gehen, zumindest den Kontakt zwischen den einzelnen Ländern und Ländergruppen zu bewahren und ein Auseinanderbrechen Europas in unkontrollierbare Teile zu verhindern.⁶⁴⁰ Zwei Fehler sollten daher vermieden werden: Eine politische Annäherung kann keine wirtschaftliche ersetzen, und alle diese Modelle müssen eine klare Perspektive für eine engere Zusammenarbeit mit der EG bis hin zur Vollmitgliedschaft bieten.⁶⁴¹

Die NATO konzentriert sich nach wie vor, trotz Betonung des politischen Sektors, verständlicherweise auf den militärischen Bereich. Dabei liegen die Ursachen für militärische Gewaltanwendung heute tiefer und erfordern paradoxerweise gerade den verstärkten Einsatz nicht-militärischer Mittel. Demokratisierung und wirtschaftliche Prosperität haben, wie die Entwicklung in Westeuropa bestätigt, erheblich zur friedlichen Entwicklung in diesem Teil des Kontinents beigetragen. Die stärkere Anbindung Mittel- und Osteuropas an die EG ist daher dem *Mitgliedsausweis*⁶⁴² der NATO vorzuziehen.

Doch Krieg zwischen Nationalstaaten im Osten ist nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes leider wieder möglich geworden. Somit ist es angesichts der zahlreichen Gefahrenherde in Europa zumindest für absehbare Zeit notwendig, die Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit der NATO zu erhalten, die in erster Linie auf der Solidarität der einzelnen Mitgliedsstaaten untereinander beruhen.⁶⁴³ Dabei sprechen mehrere Gründe für eine auch in Zukunft nicht nur defensive, sondern vor allem auch aktive Auseinandersetzung der NATO mit den Problemen in Mittel- und Osteuropa. Erstens kann das Bündnis aus seinem Selbstverständnis heraus nicht unbeteiligt bleiben, wenn an seinen Ostgrenzen Gefahren und Krisen auszubrechen drohen, die die Sicherheit seiner Mitglieder gefährden. Zweitens erfordern die im NATO-Vertrag grundsätzlich verankerte und in der Partnerschaft für den Frieden wiederholte Offenheit des Bündnisses sowie das Drängen der

639 Ebenda: „Je nach politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen werden unterschiedliche Staaten innerhalb und außerhalb der EU beteiligt, die dann gemeinsam auf dem jeweiligen Gebiet ihre Ziele verfolgen“, z.B. in der EBWE.

640 Höhmann, Hans-Hermann/Meier, Christian, *Systemic transformation*, S. 30–31.

641 Vgl. Busch, Berthold/Fröhlich, Hans-Peter, *Aufbruch im Osten*, S. 76–77.

642 Kamp, Karl-Heinz, *Die Osterweiterung der NATO*, S. 183; in diesem Zusammenhang ist auf den Plan des Europäischen Rates für einen *Stabilitätspakt* hinzuweisen. Ziel dieser Initiative ist es, zur Stabilität beizutragen, indem Spannungen und potentiellen Konflikten auf dem Kontinent vorgebeugt und die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen gefördert werden sollen. Doch die letztendlich im Mai 1994 gestartete Alternative muß ihre Existenzberechtigung erst noch erbringen, vor allem wenn Kohl und Mitterrand in einem gemeinsamen Beitrag anlässlich der Eröffnungskonferenz am 26. und 27. Mai 1994 von einer Abschlußkonferenz in einem Jahr oder noch später sprechen; vgl. hierzu EG-Bulletin 9/1993, S. 59; vgl. EG-Bulletin 12/1993, S. 12; vgl. Kohl, Helmut/Balladur, Edouard, Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden auf unserem Kontinent, in: FAZ vom 27. Mai 1994.

643 Rühl, Lothar, *Europäische Sicherheit*, S. 118.

Reformstaaten eine weitere Beschäftigung mit diesem Thema. Der wesentlichste Punkt aber liegt in der Logik des europäischen Integrationsprozesses, der in letzter Konsequenz eine NATO-Erweiterung unumgänglich macht. Denn es erscheint unverständlich, den Kern einer erweiterten Gemeinschaft zu schützen, den Rest aber außen vor zu lassen.⁶⁴⁴

Auch hier stellt sich die Frage nach dem geeignetsten Zeitpunkt einer Angliederung, und auch hier wird man um einen evolutionären Prozeß nicht herumkommen, wenn die Funktionsfähigkeit des Bündnisses erhalten und aus dieser Position der Stärke Stabilität gen Osten verbreitet werden soll. Die Partnerschaft für den Frieden sowie auch der NACC weisen dabei den richtigen Weg. Die von dem deutschen Verteidigungsminister Volker Rühe im Frühherbst 1994 erneut intensivierete Debatte um eine rasche Aufnahme der Reformstaaten⁶⁴⁵ und die Ende Oktober 1994 in Washington verbreitete Nachricht, die PfP sei zunehmend überholt⁶⁴⁶, schaden dagegen unter den heutigen Umständen dem Ansehen der NATO, bringen unnötige Unruhe in die Diskussion und erschweren in jedem Falle die durch die PfP eingeleitete Konsolidierungsphase der gegenseitigen Annäherung. Hier ist angeraten, zunächst einmal die flexiblen Handlungsmöglichkeiten der PfP bis hin zur militärischen Unterstützung heranzuziehen.

Sinnvoll erweist sich gerade hier eine Anlehnung an den europäischen Integrationsprozeß, bietet dieser doch einerseits durch seine Kriterien für eine Mitgliedschaft die Garantie eines vergleichbaren politischen und wirtschaftlichen Standards und verhindert andererseits auch unnötige Kompetenzstreitigkeiten zwischen den westlichen Institutionen. Der Faktor *Zeit* bietet darüber hinaus die Möglichkeit für das Bündnis, innere Reformen vor allem der künftigen Allianz-Struktur voranzutreiben, die bislang eher unbeachtet blieben, und das Verhältnis zur EG/WEU, VN und KSZE neu zu bestimmen. Schließlich sind hier auch die Beziehungen zu Moskau zu nennen, die sich künftig in erster Linie auf der Basis der inneren Situation in der ehemaligen Sowjetunion entwickeln werden. Eine gewisse Rücksichtnahme von Seiten der NATO ist hier solange berechtigt, wie dort der demokratische und wirtschaftliche Reformkurs beibehalten und auf imperiale Ambitionen verzichtet wird.⁶⁴⁷

Die Frage nach einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur kann hier nicht ausführlich behandelt werden, doch sollten einige Gesichtspunkte nicht unerwähnt bleiben. Die neue Sicherheitsarchitektur wird wahrscheinlich durch ein Zusammenspiel der bestehenden Organisationen KSZE, NATO, und EG/WEU gestaltet werden und dabei ein Muster von bi- und multilateralen Beziehungen der europäischen Staaten untereinander

644 Ders., *Jenseits der „Partnerschaft für den Frieden“: Eine neue Demarkationslinie durch Europa?*, in: EA 4/1994, S. 108.

645 Vgl. FAZ vom 7. Oktober 1994 („Differenzen zwischen Kinkel und Rühe in der Ostpolitik“).

646 FAZ vom 28. Oktober 1994 („Washington sondiert über Osterweiterung der NATO“).

647 Rühl, Lothar, *Europäische Sicherheit*, S. 120; vgl. Gillissen, Günther, *NATO-Erweiterung jetzt*, in: FAZ vom 17. November 1994.

entwickeln. Dabei ist es durchaus vorstellbar, daß das künftige Sicherheitssystem weniger das Produkt einer großangelegten Planung darstellt als vielmehr das Produkt einer Vielzahl spontaner Reaktionen auf spezifische Sicherheitsprobleme auf dem Kontinent.⁶⁴⁸ Neben dem unausweichlichen militärischen Kern einer stabilen und funktionsfähigen NATO wird in dieser Situation ein besonderer Stellenwert sicherlich der KSZE zukommen. Sie vermeidet zum einen als einziges gesamteuropäisches Forum die Gefahr einer neuen Demarkationslinie⁶⁴⁹ zwischen Ost und West und verhindert damit auch eine erneute Bipolarisierung der Sicherheitspolitik. Zum anderen hat die KSZE zwar mit der Aufnahme der ehemaligen Sowjetrepubliken ein erhebliches Konfliktpotential integriert, sie hat damit aber auch die Möglichkeit gewonnen, als Schiedsrichter dort tätig zu werden. Hinzu kommt die Tatsache, daß es für viele Staaten in Europa, wie etwa für Rußland, aber auch für die Ukraine oder Weißrußland, einfach keine echte Alternative zur KSZE gibt.⁶⁵⁰ Dabei kann sie als eine erste Schwelle bei aufkommenden Konflikten in einer nach Osten verlaufenden Sicherheitsabstufung dienen, an deren anderem Ende als letzte und höchste Schwelle der reine Bündnisfall nach Art.5 des Nordatlantikvertrages steht.⁶⁵¹ Die Allianz sollte in dieser Hinsicht der KSZE ergänzend beistehen.

Auch Mittel- und Osteuropa ist hier natürlich gefordert. Wie bereits mehrmals erwähnt, liegt auf den Reformstaaten die Hauptlast der Umgestaltung des eigenen Systems. Dazu gehören das unumkehrbare Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft, außerdem Geduld und Mut, anstehende Probleme anzugreifen. In erster Linie betrifft dieser Punkt die Neuordnung des Wirtschaftssystems sowie die Umgestaltung der Industriestruktur.⁶⁵² Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Aufbau und die Förderung regionaler Strukturen, die die Annäherung der Reformstaaten untereinander und an das Brüssel der EG und der NATO nur erleichtern kann.⁶⁵³ Nationale Alleingänge, wie die Außenpolitik der Tschechischen Republik deutlich macht, gilt es daher im Interesse aller einzuschränken. Zumal Brüssel heute kaum einen Staat integrieren wird, der als Nettoempfänger von vorn herein seinen eigenen Standpunkt in den Vordergrund stellt. Der ČR kommt vielmehr die undankbare Rolle eines Bittstellers zu, der zur Passivität verdammt ist. Ihre Funktion kann nur darin bestehen, durch sachliche Argumentation immer wieder auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der westlichen Institutionen hinzuweisen und durch die inneren

648 Vgl. Nerlich, Uwe, Die NATO als Kernstück, S. 500.

649 Rühl, Lothar, Jenseits der „Partnerschaft für den Frieden“, S. 106–107.

650 Plate, Bernard von, Ost- und Mitteleuropa: Eine Herausforderung für KSZE und NATO, in: Ders. (Hrsg.), Europa auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas, Baden-Baden 1994, S. 78.

651 Nerlich, Uwe, Die NATO als Kernstück, S. 506.

652 Vgl. Pradetto, August, Europa nach der Revolution, S. 5.

653 Vgl. Miszlivetz, Ferenc, Mitteleuropa – Der Weg nach Europa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/1991, S. 970–983; vgl. Altmann, Franz-Lothar, Chancen und Perspektiven, S. 431.

Reformprozesse mögliche Hindernisse im politischen wie ökonomischen Bereich zu beseitigen. Gerade die Tschechische Republik kann in diesem Zusammenhang aufgrund der eindeutig reformorientierten Politik und der positiven Wirtschaftsdaten gute Erfolge vorzeigen und darf wohl hoffen, von einem möglichen Erweiterungskonzept mit am ehesten profitieren zu können. Es bleibt allerdings zu befürchten, daß das erst langfristig zum Tragen kommen wird.

Abkürzungen

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AFP	Agence France Presse
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BIP	Bruttoinlandsprodukt
ČR	Tschechische Republik
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
ČSSR	Tschechische und Slowakische Sozialistische Republik
ČTK	Tschechisches Pressebüro
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DPA	Deutsche Presse-Agentur
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECU	European Currency Unit
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIB	Europäische Investitionsbank
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
HZDS	Bewegung für eine Demokratische Slowakei
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfond
KDS	Christlich-Demokratische Partei
KDU	Christlich-Demokratische Union
KOM	Kommission der Europäischen Gemeinschaften - Dokumente
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NACC	North Atlantic Cooperation Council
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NCA	News and Current Affairs (RFE/RL Research Institute)
ODA	Bürgerlich-Demokratische Allianz
ODS	Bürgerlich-Demokratische Partei

OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungen
OH	Bürgerliche Bewegung
PE	Europäisches Parlament — Sitzungsdokumente
PfP	Partnership for Peace
PHARE	Poland and Hungary Assistance for the Restructuring of the Economy
PZ	Prager Zeitung
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
SEK	Wirtschafts- und Sozialausschuß — Stellungnahmen und Berichte
SZ	Süddeutsche Zeitung
TEMPU	Transeuropäisches Mobilitätsprogramm für Universitätsstudenten
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VN	Vereinte Nationen
WEU	Westeuropäische Union

Dokumenten- und Literaturverzeichnis

Dokumente

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften:

— C 187 vom 18. Juli 1988; C 7 vom 10. Januar 1989; C 69 vom 20. März 1989; C 323 vom 27. Dezember 1989; C 113 vom 7. Mai 1990; C 242 vom 27. September 1990; C 260 vom 15. Oktober 1990; C 284 vom 12. November 1990; C 129 vom 20. Mai 1991; C 69 vom 18. März 1992.

— L 157 vom 24. Juni 1988; L 88 vom 31. März 1989; L 375 vom 23. Dezember 1989; L 257 vom 21. September 1990; L 291 vom 23. Oktober 1990; L 162 vom 3. Juli 1993; L 195 vom 4. August 1993; L 25 vom 29. Januar 1994.

Bulletin der Bundesregierung: Nr. 3 vom 17. Januar 1994; Nr. 46 vom 20. Mai 1994.

Europa-Archiv — Dokumente und Zeittafel: 17/1989, S. D490—D502; 3/1990, S. D58—D60; 6/1990, S. D150—D160; 17/1990, S. D440—D460; 8/1991, S. D195—D207; 10/1991, S. D243—D248; 11/1991, S. D284—D286; 14/1991, S. D350—D352; 2/1992, S. D29—D88; 3/1992, S. D96; 14/1992, S. D458—D486; 15/16/1992, S. D508—D514; 6/1993, S. D125—D126; 15/1993, S. D284—D291; 3/1994, S. D106—D119.

Europäisches Parlament — Sitzungsdokumente: PE A2—0371/88 vom 30. Januar 1989; PE A3—172/90 vom 29. Juni 1990; PE A3—174/90 vom 29. Juni 1990; PE A3—0297/93 vom 14. Oktober 1993; PE A3—0361/93 vom 30. November 1993.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Dokumente: KOM (88) 673 endg. vom 6. Dezember 1988; KOM (90) 381 endg. vom 6. Juli 1990; KOM (90) 398 endg. vom 27. August 1990; KOM (93) 386 endg. vom 28. Juli 1993; KOM (93) 404 endg. vom 3. August 1993.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Mitteilung der Kommission: Die Entwicklung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, in: EG-Nachrichten — Dokumentation Nr.4 vom 2. Mai 1990, S. 23—29.

Wirtschafts- und Sozialausschuß — Stellungnahmen und Berichte: SEK (90) 111 endg. vom 23. Januar 1990; SEK (90) 196 endg. vom 2. Februar 1990; SEK (90) 492/F vom 22. Juni 1990; SEK (91) 1119/Korr. vom 20. Oktober 1991; SEK (92) 2301 endg. vom 2. Dezember 1992.

Literatur

Adam, Werner, Ostmitteleuropa läßt nicht locker, in: FAZ vom 25. November 1993.

Allen, David, West European responses to change in the Soviet Union and Eastern Europe, in: Rummel, Reinhard (Hrsg.), Toward political union: Planing a common foreign and security policy in the European Community, Baden-Baden 1992, S. 119—134.

Altmann, Franz-Lothar, Reformpolitik in der Tschechoslowakei, in: Politische Studien 311/1990, S. 349—359.

Altmann, Franz-Lothar, Chancen und Perspektiven der regionalen Kooperation in Ostmitteleuropa, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa: Strategien und Optionen für Europa, Gütersloh 1993, S. 417—431.

Altmann, Franz-Lothar, Das Problem der Privatisierung im Transformationsprozeß der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, in: BIOst (Hrsg.), Aufbruch im Osten Europas: Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 227—247.

Arbeitsprogramm der Kommission für 1991, Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 1/1991.

Aspin, Les, Das neue Europa und die neue NATO, in: NATO Brief 1/1994, S. 12—14.

Axt, Heinz-Jürgen, Europäische Gemeinschaft: Osteuropa ante portas. Lehren aus der Süderweiterung für EG und Beitrittskandidaten, in: Südosteuropa 6/1991, S. 283—306.

Bahlcke, Joachim, Tschechische Republik: Distanz zu den beitrittswilligen Ländern, in: Osteuropa-Archiv 6/1994, S. A339—A340.

Barisitz, Stephan, Osteuropa und die europäische ökonomische Integration — politökonomische Analyse und historischer Abriß, in: Österreichische Osthefte 1/1994, S. 37—67.

- Barta, Vit, ČSFR on the way to EC: Double transition, in: Schenk, Karl-Ernst/Seeler, Hans-Joachim (Hrsg.), Chancen für ein größeres Europa: Ost-Europa auf dem Weg in die EG, Baden-Baden 1992, S. 26 – 34.
- Batt, Judy, After Czechoslovakia's velvet poll, in: The World Today 8/9/1990, S. 141 – 143.
- Batt, Judy, East Central Europe from reform to transition, London 1991.
- Batt, Judy, Czech-Slovakia in transition from federation to separation, London 1993.
- Becker, Werner, Währungen und Konvertibilität, in: Deutsche Bank / Volkswirtschaftliche Abteilung (Hrsg.), Osteuropa im Aufbruch, Frankfurt am Main 1991, S. 63 – 68.
- Bedarff, Hildegard, Die Osteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft 1975 – 1991: Zur Institutionalisierung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Münster/Hamburg 1992.
- Beyreuther, Ursula/Klett, Bernd, Tschechoslowakei, in: Deutsche Bank / Volkswirtschaftliche Abteilung (Hrsg.), Osteuropa im Aufbruch, Frankfurt am Main 1991, S. 45 – 49.
- Böhnlein, Barbara/Heitger, Bernhard, Die neue Handelspolitik der EG gegenüber Osteuropa, in: Die Weltwirtschaft 2/1991, S. 130 – 145.
- Bohata, Petr, Ein Jahr danach – Eine Zwischenbilanz der tschechoslowakischen Rechtsreform, in: Recht in Ost und West 8/1991, S. 233 – 237.
- Bomsdorf, Falk u.a., Die Risiken des Umbruchs in Osteuropa und die Herausforderungen für die Europäische Gemeinschaft, Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Arbeitspapiere zur internationalen Politik Band 74, Bonn 1993.
- Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“, Baden-Baden 1992.
- Brendel, Gerhard, Zu den Wirtschaftsbeziehungen der EG mit Polen, Ungarn und der ČSFR, in: IPW-Berichte 11/12/1991, S. 14 – 19.
- Broer, Michael/Diehl, Ole, Die Sicherheit der neuen Demokratien in Europa und die NATO, in: EA 12/1991, S. 367 – 376.
- Brokl, Lubomír/Mansfeldová, Zdeňka, Die letzten Wahlen der ČSFR 1992 und die Lage danach, Berichte des BIOst 2/1993.
- Brückner, Michael u.a., Der Europa-Plötz: Basiswissen über das Europa von heute, Freiburg/Würzburg 1993.

- Buchan, David, Central European sign trade accord with EC, in: Financial Times vom 17. Dezember 1991.
- Buchert, Viliam, Partnerschaft nur für Partner, in: Mladá fronta dnes vom 13. Januar 1994, abgedruckt in: Osteuropa-Archiv 6/1994, S. A344 – A345.
- Büscher, Klemens, Tschechien auf dem Weg nach Brüssel, in: FAZ vom 23. Mai 1995 (Beilage).
- Busch, Berthold/ Fröhlich, Hans-Peter, Aufbruch im Osten – Anpassung im Westen: Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, Institut der deutschen Wirtschaft, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Köln 1993.
- Cameron, Fraser, The European Community and Eastern Europe, in: Clesse, Armand/Tökés, Rudolf (Hrsg.), Preventing a new East-West-divide: The economic and social imperatives for the future Europe, Baden-Baden 1992, S. 318 – 326.
- Cameron, Fraser, Die Politik der EG gegenüber den Staaten Mittel- und Südosteuropas, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa: Strategien und Optionen für Europa, Gütersloh 1993, S. 353 – 361.
- Candole, James de, Czechoslovakia: The end of an illusion, London 1993.
- Central and Eastern Europe, RFE/RL Research Report 11/1994, Beilag News Briefs: 7. – 11. März 1994.
- Clark, Douglas L., Central Europe: Military cooperation in the triangle, in: RFE/RL Research Report 2/1992, S. 42 – 45.
- Clement, Rolf, Ein Forum der Streithähne von einst und jetzt, in: Rheinischer Merkur vom 13. März 1992.
- Coudenhove, Sophia, EC curbs replace embargo, in: The Prague Post vom 5. – 11. Mai 1993.
- Czech Foreign Trade in Statistics, Ministry of Industry and Trade (Hrsg.), o.O. 1993 (Faltblatt).
- CzechInvest Information Series, Czech Agency for Foreign Investment (Hrsg.), Prag 11/1993, No.2.
- Czempiel, Ernst-Otto, Bausteine einer europäischen Friedensordnung, in: EA 4/1994, S. 91 – 100.
- Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Stuttgart 1990.

Dahrendorf, Ralf, Wohin steuert Europa? Ein Streitgespräch: Ralf Dahrendorf, François Furet, Bronisław Geremek, Frankfurt am Main/New York 1993.

Dauderstädt, Michael/Domitra, Michael/Ehrke, Michael, Solidarität mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe, Vierteljahresberichte (Sonderheft), Bonn 1992.

Dauderstädt, Michael, EG und Osteuropa: im Leuchtturm geht das Feuer aus, Reihe Eurokolleg 23/1993.

Delors, Jacques, Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft, in: APUZ B1/1993, S. 3–9.

Der Handel der Europäischen Union mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, Eurostat Schnellberichte – Außenhandel und Zahlungsbilanz 7/1994.

Deubner, Christian/Kramer, Heinz, Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa: Wende oder Ende der Gemeinschaftsbildung?, in: APUZ B18–19/1994, S. 12–19.

Die Erweiterung Europas: eine neue Herausforderung, Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 3/1992, S. 9–20.

Dienstbier, Jiří, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei in einer neuen Zeit: Vorschläge zur wirtschaftlichen Gesundung Osteuropas, in: EA 13/14/1990, S. 397–407.

Dienstbier, Jiří, Träumen von Europa, Berlin 1991.

Dienstbier, Jiří, Central Europe's security, in: Foreign Policy 83/1991, S. 119–127.

Dietrich, Stefan, Lebensfremde Entscheidung allmächtiger Beamter, in: FAZ vom 11. Juni 1994.

Dyba, Karel, The relationship between Czechoslovakia and the European Community in the context of 1992, in: Clesse, Armand/Vernon, Raymond (Hrsg.), The European Community after 1992: A new role in world politics?, Baden-Baden 1991, S. 243–246.

Dyba, Karel/Svejnar, Jan, Czechoslovakia: Recent economic developments and prospects, in: The American Economic Review 2/1991, S. 185–190.

Dyker, David A., Free trade and fair trade with Eastern Europe, in: RFE/RL Research Report 26/1993, S. 39–42.

Ehrhart, Hans-Georg, Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas, in: APUZ B10/1993, S. 37–47.

- Europäische Gemeinschaft — Europäische Union: Die Vertragstexte von Maastricht, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bonn 1992.
- European Commission/Phare Information Office (Hrsg.), PHARE Assistance Programme, Brüssel o.J. (Faltblatt).
- Fastenrath, Ulrich, Variable Geometrie, konzentrische Kreise, in: FAZ vom 6. September 1994.
- Fehér, Ferenc, Außenpolitik und die neuen Demokratien in Ost-Mitteleuropa, in: Europäische Rundschau 3/1991, S. 109 — 116.
- Feldmeyer, Karl, Partnerschaft für den Frieden, in: FAZ vom 27. Oktober 1993.
- Feldmeyer, Karl, Unterstützung und Sympathie, in: FAZ vom 7. Januar 1994.
- Feldmeyer, Karl, Europa mit Rußland, Europa gegen Rußland. Eine Frage für alle und deshalb für keinen, in: FAZ vom 7. Dezember 1994.
- Ferdowski, Mir A., Probleme und Perspektiven der Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa, in: EA 9/1993, S. 249 — 255.
- Fischer, Bryan J, Large privatization in Poland, Hungary, and Czechoslovakia, in: RFE/RL Research Report 44/1992, S. 34 — 39.
- Frank, Michael, Hohnäsig alle obszönen Anträge abgelehnt, in: SZ vom 11. Oktober 1993.
- Gärtner, Wolfram, Die Annäherung osteuropäischer Staaten an die Europäischen Gemeinschaften, in: Recht in Ost und West 8/1991, S. 225 — 233.
- Galinos, Alexis, Central Europe and the EU: Prospects for closer integration, in: RFE/RL Research Report 29/1994, S. 19 — 25.
- Garton Ash, Timothy, Eastern Europe: Après le déluge. Nous, in: The New York Review of Books 37/1990, S. 51 — 57.
- Garton Ash, Timothy/Mertes, Michael/Moïsi, Dominique, Vorrang für die Länder, die uns am nächsten stehen, in: SZ vom 18. September 1991.
- Gensicke, Günter, Viel Lärm um fast nichts, in: PZ vom 20. Januar 1994.
- Gillessen, Günther, Die NATO übt sich an neuen Aufgaben, in: FAZ vom 26. Juni 1992.
- Gillessen, Günther, NATO-Erweiterung jetzt, in: FAZ vom 17. November 1994.

- Gilsdorf, Peter, Assoziierungsabkommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Entwicklung und Perspektiven, Saarbrücken 1990.
- Gumpel, Werner, Die Assoziierung der osteuropäischen Länder an die Europäische Union, in: Südosteuropa Mitteilungen 3/1994, S. 179–186.
- Hacker, Jens, Osteuropa und die NATO, in: Wagenlehner, Günther (Hrsg.), Von der Ost-West-Konfrontation zur europäischen Friedensordnung, Südosteuropa-Studie 50, München 1992, S. 219–230.
- Handelspolitik der EG im Zuge der Öffnung nach Osten, in: DIW-Wochenbericht 35/1990, S. 489–493.
- Handl, Vladimír, The West European integration in the political and security area and the widening of the EC. A view from Eastern Europe, in: Wessels, Wolfgang/Engel, Christian (Hrsg.), The European Union in the 1990s — Ever closer and larger?, Bonn 1993, S. 227–230.
- Handl, Vladimír, Tschechische Europapolitik: Profilsuche und Kursbestimmung, in: Integration 3/1993, S. 125–137.
- Hassner, Pierre, Die Europäische Einigung und der Umbruch in Osteuropa. Identität und Öffnung, in: Dewandre, Nicole/Lenoble, Jaques (Hrsg.), Projekt Europa, Berlin 1994, S. 169–181.
- Hatschikjan, Magarditsch, Die außenpolitischen Neuorientierungen in Ostmitteleuropa, in: Außenpolitik 1/1994, S. 52–60.
- Hauser, Erich, Der Dichterpräsident als Vorreiter bei der NATO, in: Frankfurter Rundschau vom 22. März 1991.
- Havel, Jiří/Kukla Eugen, Privatization and investment funds in Czechoslovakia, in: RFE/RL Research Report 17/1992, S. 37–41.
- Havel, Václav, Warum die NATO Prag nicht Nein sagen darf, in: Die Welt vom 27. November 1993.
- Havel, Václav, A call for sacrifice: The co-responsibility of the West, in: Foreign Affairs 3/4/1994, S. 2–7.
- Heimrich, Bernhard, Historische Gespenster, in: FAZ vom 7. Januar 1994.
- Höhm, Hans-Hermann/Meier, Christian, Die Wirtschaft Osteuropas im Umbruch: Konsequenzen für die Ost-West-Beziehungen zeichnen sich ab, in: Beiträge zur Konfliktforschung 4/1990, S. 35–57.

- Höhmnn, Hans-Hermann/Meier, Christian, Systemic transformation in the East of Europe: Tasks, risks and external aspects, Berichte des BIOst 4/1994.
- Hoppe, Hans-Joachim, Die Lage der mittel- und südosteuropäische Länder, in: Außen politik 2/1994, S. 134 – 145.
- Hrbek, Rudolf, Die EG und die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, in: Wirtschaftsdienst 5/1990, S. 247 – 255.
- Hrbek, Rudolf, Das Vertragswerk von Maastricht: Die EG auf dem Weg zur Europäischen Union, in: Wirtschaftsdienst 3/1992, S. 131 – 137.
- Hrbek, Rudolf, Die Rolle der EG beim Aufbau einer gesamteuropäischen Ordnung, in: Jacobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.), Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 581 – 605.
- Hughes, Michael, Can the West agree on aid to Eastern Europe?, in: RFE/RL Research Report 11/1992, S. 35 – 42.
- Hunya, Gábor u.a., Leichte Erholung folgt schwerer Rezession, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 5/1994, S. 288 – 304.
- Inotai, András, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration 1/1992, S. 25 – 35.
- Inotai, András, Die regionale Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten: Mehr Wettbewerb als Kooperation?, in: Integration 1/1994, S. 21 – 29.
- Izik Hedri, Gabriella, Die EG und die Staaten des „Visegráder Dreiecks“: Zu den Assoziierungsabkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, der Tschechoslowakei und insbesondere Ungarn, in: Osteuropa 2/1993, S. 154 – 166.
- Juchler, Jakob, Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989 – 1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994.
- Kamp, Karl-Heinz, Die Frage einer „Osterweiterung“ der NATO, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Interne Studien und Berichte Nr.57/1993.
- Kamp, Karl-Heinz, Die Osterweiterung der NATO, in: Europäische Sicherheit 4/1994, S. 181 – 183.
- Karadi, Matthias Z., Die Reform der Atlantischen Allianz: Bündnispolitik als Beitrag zur kooperativen Sicherheit in Europa?, Münster/Hamburg 1994.
- Karpíšek, Zdeněk/Reiman, Michal, Die ČSFR (1989 – 1991) und die Entstehung der Nachfolgestaaten Tschechien und Slowakei, in: Jacobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.),

- Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 211 – 229.
- Keich, Roland, Ungarn, ČSFR und Polen auf dem Weg zur Marktwirtschaft und zur EG, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Sozioökonomische Texte, Diskussionsbeiträge Nr.26, Hamburg 1991.
- Kimminich, Otto, Einführung in das Völkerrecht, München 1990⁴.
- Klaus, Václav, Am Vorabend der Kopenhagener Versammlung, in: Czech Report – Informationsbulletin der tschechischen Botschaft 6/1993, S. 7 – 8.
- Kohl, Helmut/Balladur, Edouard, Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden, in: FAZ vom 27. Mai 1994.
- Kohler, Berthold, Kein neues Jalta schaffen, in: FAZ vom 7. Januar 1994.
- Kohler, Berthold, Ohne Bremser nach Westen, in: FAZ vom 18. Januar 1994.
- Kohler, Berthold, Insel der Glückseligen, in: FAZ vom 25. Mai 1994.
- Kohler, Berthold, Seelenmassage in Prag, in: FAZ vom 18. Juli 1994.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Bulletins der Europäischen Gemeinschaften (EG-Bulletin) 1988 – 1993.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft und ihre östlichen Nachbarn, Europäische Dokumentation 8/1990.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu mittel- und osteuropäischen Ländern und zu den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), EG-Nachrichten – Dokumentation Nr.9 vom 20. Juli 1992.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Tschechische Republik – Erfolgreichstes Reformland in Mitteleuropa, Prag 12/1993.
- Kosta, Jiří, Die tschechoslowakische Außenwirtschaft unter alten und neuen ordnungspolitischen Bedingungen, Berichte des BIOst 18/1992.
- Kosta, Jiří, Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei und den beiden Nachfolgestaaten, in: Pradetto, August (Hrsg.), Die Rekonstruktion Ostmitteleuropas: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Opladen 1994, S. 157 – 187.
- Kramer, Heinz, Die Ostpolitik der EG im Kontext der westeuropäischen Integrationsdynamik, SWP-S354, Ebenhausen 1990.

- Kramer, Heinz, Das System der „Europäischen Abkommen“: Lösung oder Zwischenlösung für die Beziehungen der Gemeinschaft zu Osteuropa?, in: Deubner, Christian (Hrsg.), Die Europäische Gemeinschaft in einem neuen Europa: Herausforderungen und Strategien, Baden-Baden 1991, S. 117 – 140.
- Kramer, Heinz/Müller, Friedemann, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Assoziation, in: Bonvicini, Gianni u.a., Die EG und die jungen Demokratien in Europa: Ein gemeinsamer Bericht westeuropäischer Außenpolitik-Institute, Baden-Baden 1991, S. 27 – 39.
- Kramer, Heinz, Die EG und die Stabilisierung Osteuropas, in: Außenpolitik 1/1992, S. 12 – 21.
- Kramer, Heinz, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1992/93, Bonn 1993, S. 393 – 399.
- Kramer, Heinz, The European Community's response to the „New Eastern Europe“, in: Journal of Common Market Studies 2/1993, S. 213 – 244.
- Krenzler, Horst Günter, Ost- und Mitteleuropa und die Europäische Gemeinschaft, in: EG-Nachrichten Nr.44 vom 4. November 1991, S. 1 – 3.
- Kühnhardt, Ludger, Europäische Union und föderale Idee: Europapolitik in der Umbruchzeit, München 1993.
- Kuschel, Hans-Dieter, Die Europaabkommen der EG mit Polen, Ungarn und der ČSFR, in: Wirtschaftsdienst 2/1992, S. 93 – 100.
- Kuschel, Hans-Dieter, Die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen der Europäischen Gemeinschaft in den Europaabkommen der EG mit der ČSFR, Polen und Ungarn, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 18/1992, S. 571 – 574.
- Kusin, Vladimír V., Tschechische Republik, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.), Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des BIOst 43/1993, S. 29 – 33.
- Landesmann, Michael u.a., Industrial restructuring and the reorientation of trade in ČSFR, Polen and Hungary, Centre for Economic Policy Research Discussion Paper No.546, London 1991.
- Langhammer, Rolf J., Die Assoziierungsabkommen mit der ČSFR, Polen und Ungarn: wegweisend oder abweisend?, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge Nr.182, Kiel 1992.

Langhammer, Rolf J., EC integration widening towards Eastern Europe: Reconciling the political and economic rationale of supporting the transformation process, The Kiel Institut of World Economics, Kiel Working Paper No.524, Kiel 1992.

Lasten abgewälzt, in: Der Spiegel 39/1991, S. 155 – 159.

Lippert, Barbara, Mittel- und osteuropäische Staaten, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1990/91, Bonn 1991, S. 365 – 374.

Lippert, Barbara, Mittel- und osteuropäische Staaten, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 1991/92, Bonn 1992, S. 379 – 389.

Lippert, Barbara/Wessels, Wolfgang, Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten, in: Jacobeit, Cord/Yenal, Alparslan (Hrsg.), Gesamteuropa: Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven, Opladen 1993, S. 439 – 457.

Lohse, Eckart, Nicht nur Socken aus Armeebeständen, in: FAZ vom 16. September 1994.

Ludwig, Michael, Jelzin in Warschau: Polen ist in allen seinen Entscheidungen souverän, in: FAZ vom 26. August 1993.

Ludwig, Michael, Kinder bitten Soldaten um Autogramme, in: FAZ vom 13. September 1994.

Ludwig, Michael, Zwei Minister im Geländer, in: FAZ vom 14. September 1994.

Lužny, Petr, Das neue Aufbaukonzept für die Armee, in: A-Report, Nr.20, Juli 1993, abgedruckt in: Osteuropa-Archiv 5/1994, S. A246 – A248.

Maastricht: Ausblendung Osteuropas ein Fehler, in: DIW-Wochenbericht 15/1992, S. 188 – 193.

Mates, Pavel, The Czech constitution, in: RFE/RL Research Report 10/1993, S. 53 – 57.

McGregor, James P., Czechoslovakia: A new style for the Ministry of Foreign Affairs, in: RFE/RL Research Report 3/1992, S. 22 – 26.

Meier, Christian, Die „Europa-Verträge“ der EG mit der ČSFR, mit Polen und Ungarn, in: Gegenwartskunde 1/1992, S. 17 – 30.

Meiers, Franz-Josef/Goetschel, Laurent, Bedingungen europäischer Sicherheit: von der Versailler Friedensordnung bis zum Ende des Kalten Krieges, Bern/Stuttgart/Wien 1993.

- Merkel, Wolfgang, Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, in: APUZ B18-19/1994, S. 3 – 11.
- Merritt, Giles, Abenteuer Osteuropa: die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropa, Landsberg/Lech 1991.
- Meyer, Arthur, Ohne Adjektive, aber mit Wachstum, in: PZ vom 3. März 1994,
- Meyer, Gerd, Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch, in: APUZ B10/1993, S. 3 – 13.
- Mihalka, Michael, Squaring the circle: NATO's offer to the East, in: RFE/RL Research Report 12/1994, S. 1 – 9.
- Militärische Zusammenarbeit mit den mittelosteuropäischen Staaten, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik Nr. 17 vom 6. September 1994, S. 1 – 2.
- Miszczak, Krzysztof, Die Sicherheitsperspektiven Ostmitteleuropas: Zwischen NATO und Rußland, in: Europäische Sicherheit 6/1994, S. 295 – 298.
- Miszlivetz, Ferenc, Mitteleuropa – Der Weg nach Europa, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11/1991, S. 970 – 983.
- Moltke, Gebhardt von, Building a Partnership for Peace, in: NATOreview 3/1994, S. 3 – 7.
- Müller, Uwe, Tschechischer Alleingang, in: PZ vom 13. Januar 1994.
- Münchhausen, Thankmar von, Für eine stärkere Zusammenarbeit, in: FAZ vom 7. Januar 1994.
- Myant, Martin, Transforming socialist economies: The case of Poland and Czechoslovakia, Aldershot 1993.
- NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ angelaufen, in: IAP-Dienst Sicherheitspolitik Nr. 17 vom 6. September 1994, S. 3.
- Nerlich, Uwe, Die NATO als Kernstück einer europäischen Sicherheitsarchitektur, in: EA 17/1994, S. 499 – 508.
- Nötzold, Jürgen, New tasks of the European Community with regard to Eastern Europe, in: Clesse, Armand/Vernon, Raymond (Hrsg.), The European Community after 1992: A new role in world politics, Baden-Baden 1991, S. 232 – 242.
- Nógrádi, Georg, Partnerschaft für den Frieden: Illusionen und Ernüchterung, in: Europäische Sicherheit 5/1994, S. 242 – 243.

- Nonnenmacher, Günther, Der Durchlauferhitzer, in: FAZ vom 27. Mai 1991.
- Nonnenmacher, Günther, Neue Regeln und die alte Botschaft, in: FAZ vom 9. November 1991.
- Novotný, Jaromír, The Czech Republic — an active partner with NATO, in: NATOreview 3/1994, S. 12 — 15.
- Obrman, Jan, Czechoslovakia overcomes its initial reluctance, in: RFE/RL Research Report 23/1992, S. 19 — 24.
- Obrman, Jan, After the split: Challenges for Czech foreign policy, in: RFE/RL Research Report 45/1992, S. 26 — 31.
- Obrman, Jan, Military reform in the Czech Republic, in: RFE/RL Research Report 41/1993, S. 37 — 42.
- Okolicsanyi, Karoly, The Visegrád triangle's free-trade zone, in: RFE/RL Research Report 3/1993, S. 19 — 22.
- Okolicsanyi, Karoly, Trade between East Central Europe and the EC moving forward, in: RFE/RL Research Report 35/1993, S. 44 — 47.
- Oschlies, Wolf, „Wir haben uns friedlich und demokratisch getrennt...“. Start und Entwicklungsprobleme der parlamentarischen Demokratie in der (Ex) Tschechoslowakei, in: BIOst (Hrsg.), Aufbruch im Osten Europas: Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien 1993, S. 130 — 137.
- Palmer, John, The door to Brussels is still closed to the former communist bloc, in: The Guardian vom 10. April 1991.
- Pehe, Jiří, Czechoslovakia's changing political spectrum, in: RFE/RL Research Report 5/1992, S. 1 — 7.
- Pehe, Jiří, Czechoslovakia: Toward dissolution, in: RFE/RL Research Report 1/1993, S. 84 — 88.
- Pehe, Jiří, The Czech Republic: A successful transition, in: RFE/RL Research Report 1/1994, S. 70 — 75.
- Pehe, Jiří, Czech senate election stirs controversy, in: RFE/RL Research Report 14/1994, S. 7 — 12.
- Pinder, John, The European Community and Eastern Europe, London 1991.

- Plate, Bernard von, Ost- und Mitteleuropa: eine Herausforderung für KSZE und NATO, in: Ders. (Hrsg.), Europa auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas, Baden-Baden 1994, S. 71 – 94.
- Podraza, Andrzej, The WEU and Central Europe: A new relationship, The Royal Institut of International Affairs Discussion Paper No.41, London 1992.
- Pradetto, August, Europa nach der Revolution: Ost und West vor säkularen Herausforderungen, in: APUZ B6/1992, S. 3 – 10.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Der NATO-Gipfel von Brüssel und die Osterweiterung des Bündnisses, Bonn Januar 1994.
- Randzio-Plath, Christa, Die EG und Mittel- und Osteuropa: Zur Neuordnung der Beziehungen, in: Schenk, Karl-Ernst/Seeler, Hans-Joachim (Hrsg.), Chancen für ein größeres Europa: Ost-Europa auf dem Weg in die EG, Baden-Baden 1992, S. 93 – 108.
- Reichert, Peter, Drang nach Brüssel, in: Wirtschaftswoche vom 9. April 1993.
- Reisch, Alfred A., Central and Eastern Europe's quest for NATO-membership, in: RFE/RL Research Report 28/1993, S. 33 – 47.
- Reisch, Alfred A., The Central European Initiative: To be or not to be?, in: RFE/RL Research Report 34/1993, S. 30 – 37.
- Reisch, Alfred A., Central Europe's disappointments and hopes, in: RFE/RL Research Report 12/1994, S. 18 – 37.
- Reuter, Franz-Josef, Mitdenken bei der Gestaltung des gemeinsamen Europas, in: PZ vom 24. Februar 1994.
- Robejsek, Peter, Europapolitische Vorstellungen und Konzepte in der DDR, in Polen, der ČSSR und Ungarn, Berichte des BIOst 6/1990.
- Robinson, Anthony/Mauthner, Robert, Summit leaves Central Europeans in dark over future entry to EC, in: Financial Times vom 29. Oktober 1992.
- Roucek, Libor, After the bloc: The new international relations in Eastern Europe, The Royal Institut of International Affairs Discussion Paper No.40, London 1992.
- Rühl, Lothar, Europäische Sicherheit und Osterweiterung der NATO, in: Außenpolitik 2/1994, S. 115 – 122.
- Rühl, Lothar, Jenseits der „Partnerschaft für den Frieden“: Eine neue Demarkationslinie durch Europa?, in: EA 4/1994, S. 101 – 108.

- Schaefer, Guenther F., Die EG und die mittel- und osteuropäischen Staaten im Spannungsfeld zwischen Zusammenarbeit, Assoziierung und Mitgliedschaft, in: Vierteljahresberichte 127/1992, S. 51 – 58.
- Schuller, Konrad, Zuerst freundlich, dann kritisch, in: FAZ vom 7. Oktober 1994.
- Schulz, Hartwig, Die Europa-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Polen, Ungarn und der ČSFR, in: Zeitschrift für Zölle 5/1992, S. 140 – 144.
- Slay, Ben, The postcommunist economic transition: Barriers and progress, in: RFE/RL Research Report 39/1993, S. 35 – 44.
- Smutný, Pavel, Die Tschechoslowakei – eine Rückkehr zu sich selbst, in: APUZ B6/1992, S. 24 – 35.
- Svitek, Ivan, An assessment: Czechoslovak economic reform in 1991, in: RFE/RL Research Report 21/1992, S. 45 – 49.
- Tigrid, Pavel, Brüssel und Prag in Fragen und Antworten, in: Lidové noviny vom 19. Januar 1994, abgedruckt in: Osteuropa-Archiv 6/1994, S. A343.
- Tikal, Svatopluk, Czechoslovak economic reform and West European integration, in: Clesse, Armand/Tökés, Rudolf (Hrsg.), Preventing a new East-West-divide: The economic and social imperatives for the future Europe, Baden-Baden 1992, S. 83 – 87.
- Timmermann, Heinz, GUS und Ostmitteleuropa: Strategien der neuen Eliten zur außenpolitischen An- und Einbindung, Berichte des BIOst 40/1992.
- Timmermann, Heinz, Europa – der zentrale Bezugspunkt für die Länder des Ostens: Erwartungen, Möglichkeiten, Konzeptionen, in: Osteuropa 8/1993, S. 713 – 725.
- Tökés, Rudolf L., From Visegrád to Krakow: Cooperation, competition and coexistence in Central Europe, in: Problems of Communism 6/1991, S. 100 – 114.
- Ungerer, Werner, Die EG und der Umbruch in Osteuropa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1992, S. 171 – 180.
- Vachudova, Milada Anna, The Visegrád Four: No alternative to cooperation?, in: RFE/RL Research Report 34/1993, S. 38 – 47.
- Van den Doel, Theo, Central Europe: The new allies? The road from Visegrád to Brussels, Oxford 1994.
- Vincent, Richard, Der Brüsseler Gipfel aus militärischer Sicht, in: NATO Brief 1/1994, S. 7 – 11.

- Vondran, Ruprecht, Osteuropäische Einfuhren zerstören die EG-Märkte, in: Handelsblatt vom 29. Juli 1992.
- Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred, Osteuropa: Herausforderungen-Probleme-Strategien, Gütersloh 1992.
- Weidenfeld, Werner, Zur Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Transformation Europas, in: Kreile, Michael (Hrsg.), Die Integration Europas, Opladen 1992, S. 321 – 334.
- Werner, Horst, Ordnungspolitik im Reformprozeß Osteuropas, in: APUZ B7-8/1992, S. 33 – 43.
- Wessels, Wolfgang, Deepening versus widening? Debate on the shape of EC-Europe in the nineties, in: Ders./Engel, Christian (Hrsg.), The European Union in the 1990s – Ever closer and larger?, Bonn 1993, S. 17 – 56.
- Wettig, Gerhard, Gesamtkonstellation, in: Ders. (Hrsg.), Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen in Ost- und Mitteleuropa, Berichte des BIOst 43/1993, S. 43 – 47.
- Weydenthal, Jan B. de, Czechoslovakia, Hungary and Poland appeal for association with NATO, RFE/RL Research Institute, Programm Brief, 7. Oktober 1991.
- Weydenthal, Jan B. de, Czechoslovakia, Hungary and Poland gain associate membership in the EC, in: RFE/RL Research Report 6/1992, S. 24 – 26.
- Weydenthal, Jan B. de, EC keeps Central Europe at arm's length, in: RFE/RL Research Report 5/1993, S. 29 – 31.
- Weydenthal, Jan B. de, The EC and Central Europe: A difficult relationship, in: RFE/RL Research Report 21/1993, S. 7 – 9.
- Wieland, Leo, Langsame Gangart Rußlands wegen, in: FAZ vom 7. Januar 1994.
- Williamson, John, The economic opening of Eastern Europe, Washington 1991.
- Wintermann, Jürgen H., Tschechien – Land der Aktionäre, in: Die Welt vom 8. Februar 1994.
- Wörner, Manfred, Die Vorbereitung des Bündnisses auf die Zukunft, in: NATO Brief 1/1994, S. 3 – 6.
- Wolf, Reinhard, Kollektive Sicherheit und das neue Europa, in: EA 13/1992, S. 365 – 374.
- Wolff-Powęska, Anna, Die Zukunft Osteuropas: Herausforderungen, Probleme, Strategien, in: EA 19/1991, S. 567 – 572.

Zieleniec, Josef, Partnership for Peace — The perspective from Prague, in: NATO's Sixteen Nations 2/1994, S. 14–15.

Zielonka, Jan, Security in Central Europe, Adolphi Paper 272/1992.

Ziener, Markus, Die Koalition von Visegrád zeigt bereits deutliche Risse, in: Handelsblatt vom 1. März 1993.

Zschiedrich, Harald, Die Wirtschaften Mittel- und Osteuropas auf dem Weg in die EG, in: Osteuropa-Wirtschaft 3/1992, S. 201–214.

Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, in: DIW-Wochenbericht 50/1991, S. 701–704.

Zeitungen/Agenturmeldungen (ohne Namensnennung des Autors)

AFP: (Krakau) vom 6. Oktober 1991; (Brüssel) vom 12. September 1993; (Warschau/Prag/Köln) vom 10. Januar 1994.

ČTK: (Straßburg) vom 9. März 1993; (Prag) vom 2. Februar 1991.

Die Welt: 31. Januar 1992

DPA: (Brüssel) vom 19. Dezember 1991; (Prag) vom 10. Januar 1994.

Financial Times: 11. Januar 1993, Advertisement *The Czech Republic*.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: 18. April 1991; 26. April 1991; 13. Mai 1991; 23. August 1991; 10. Oktober 1991; 29. Oktober 1991; 15. Januar 1992; 2. April 1992; 3. Juni 1992; 19. Juni 1992; 9. September 1992; 3. April 1993; 18. Mai 1993; 22. Mai 1993; 9. Juni 1993; 7. Oktober 1993; 9. Oktober 1993; 22. Oktober 1993; 25. November 1993; 7. Januar 1994; 11. Januar 1994; 12. Januar 1994; 13. Januar 1994; 2. Februar 1994; 3. Februar 1994; 10. März 1994; 8. April 1994; 9. Mai 1994; 26. Mai 1994; 23. August 1994; 27. August 1994; 21. September 1994; 1. Oktober 1994; 5. Oktober 1994; 7. Oktober 1994; 22. Oktober 1994; 28. Oktober 1994; 1. November 1994; 6. Dezember 1994; 8. Dezember 1994; 12. Dezember 1994;

Frankfurter Rundschau: 10. April 1991.

Handelsblatt: 22. März 1991; 7./8. August 1992; 3. November 1992; 20. Januar 1993; 19./20. November 1993; 9. März 1994.

NCA: (Brüssel) vom 6. September 1990; (Brüssel) vom 28. Mai 1991; (Brüssel) vom 5. September 1991; (Brüssel) vom 1. Juni 1992; (London) vom 1. Dezember 1992.

Prager Wochenblatt: 2/3/1994.

Prager Zeitung: 13. Januar 1994; 17. März 1994.

Reuter: (Prag) vom 10. September 1991; (Krakau) vom 6. Oktober 1991; (Brüssel) vom 22. November 1991; (Prag) vom 22. April 1992; (Luxemburg) vom 20. Juni 1992; (Luxemburg) vom 5. Oktober 1992; (Prag) vom 22. Oktober 1993; (Prag) vom 5. Januar 1994; (Prag) vom 7. Januar 1994; (Prag) vom 18. Januar 1994.

Süddeutsche Zeitung: 23. September 1991; 20. Januar 1993; 7. Januar 1994; 11. Januar 1994; 12. Januar 1994; 13. Januar 1994.

The New York Times: 7. Januar 1994, Advertisement *The Czech Republic*.